ienstag, 29. Januar 1985 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 24 - 5.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

el Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) ... Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 12 24 / Vertriebsabteilung ... (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Übersiedler: „DDR"-Bewohner, die in die Bundesrepublik übersiedeln, stoßen verbreitet auf Skepsis, ergab eine Repräsentativumfrage. Nur 18 Prozent der Befragten hießen sie uneingeschränkt willkommen. Die Hälfte vermutete Spione unter den Übersiedlern. (S. 10)

Ermutigung: In einem Hirtenwort hat die Berliner Bischofskonferenz junge Christen in der „DDR" ermutigt, „anders zu sein als unsere Umgebung". Ein Christ müsse nicht in dauernder Opposition leben, er dürfe jedoch „nicht vorankommen wollen um jeden Preis". (S. 10)

Wehrdienstverweigerer: Die Frage, ob ein Zivildienst von 20 Monaten für anerkannte Wehrdienstverweigerer verfassungsgemäß ist, wird morgen vor dem Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe verhandelt. (S. 10)

Rotation: Der fraktionslose Bundestagsabgeordnete Gert Bastian hat an die Abgeordneten der Grünen appelliert, ihr Mandat bis zum Ende der Wahlperiode 1987 zu behalten. Damit werde den Vorstellungen der Grünen besser gedient als mit einem Rückzug aus dem Bundestag. Die bei den Grünen geführte Debatte um den für April geplanten Austausch nannte er ein „abstoßend-unglaubhaftes Spektakel".

Vermittlung: Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Bronfman, will im März die UdSSR besuchen. Moskau habe ihm zu verstehen gegeben, daß es an gemeinsamen jüdisch-sowjetischen Feiern zum Jahrestag der deutschen Kapitulation interessiert sei. Israels Premier Peres habe ihn gebeten, sich für eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen einzusetzen. (S. 5)

Volksmiliz: China will die Schlagkraft der Miliz erhöhen. Sie soll Luft- und Panzerabwehrwaffen erhalten und für die Abwehr von Angriffen mit chemischen, bakteriologischen und nuklearen Waffen ausgerüstet werden.

Golfkrieg: Erstmals seit mehr als zwei Jahren hat Irak wieder einen Angriff auf iranisches Gebiet gestartet. Nach irakischen Angaben handelt es sich um einen Präventivschlag gegen iranische Truppenmassierungen im südlichen Frontabschnitt.

Giftgas: Auf richterliche Anordnung ist der Besitz des US-Chemiekonzerns Union Carbide im indischen Bhopal beschlagnahmt worden. Die Maßnahme soll so lange in Kraft bleiben, bis alle Prozesse über Schadenersatzansprüche aus der Giftgaskatastrophe abgeschlossen sind.

Heute: Tagung des EG-Ministerrats über Spanien und Portugal.

ZITAT DES TAGES



» Die Fortsetzung der emotionalen Auseinandersetzung schadet dem Ansehen und den Interessen der Bundesrepublik Deutschland, aber auch dem Ansehen der Vertriebenen selbst «

Bundeskanzler Helmut Kohl zur Kontroverse um die Landsmannschaft Schlesien
FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

Überschüsse: Die deutsche Leistungsbilanz schloß 1984 mit einem Überschuß von 17,9 Milliarden DM nach 10,3 Milliarden im Vorjahr. Für die Handelsbilanz ergab sich ein Überschuß von 53,986 (1983: 42,089) Milliarden.

Stahlfusion: Die im Herbst angekündigte Zusammenlegung der Stahlbereiche von Klöckner und Krupp unter Einbeziehung des australischen Rohstoff-Konzerns CRA dürfte am 1. Juli retroaktiv zum Jahresanfang praktisch vollzogen sein, teilte der Klöckner-Vorstandsvorsitzende Gienow mit. (S. 9)

Auf dem Vormarsch: Kernenergie hatte 1984 in der Bundesrepublik einen Anteil an der gesamten Stromerzeugung für das öffentliche Netz von rund 27 Prozent. Im Vorjahr waren es 21 Prozent.

Börse: Bei geringem Geschäft war der Trend am Aktienmarkt uneinheitlich. WELT-Aktienindex 166,3 (165,5). Die Massierung der Neuemissionen drückte die Stimmung am Rentenmarkt. BHF-Rentenindex 102,065 (102,138). Performance-Index 99,744 (99,786). Dollar-Mittelkurs 3,1688 (3,1599) Mark. Goldpreis je Feinunze 298,60 (297,75) Dollar.

KULTUR

„Othello" als Ballett: Waschechtes Staatsopern-Ballett brachte John Neumeier mit seinem „Othello" auf die Bühne der Kampnagelfabrik in Hamburg. Brillante tänzerische Leistungen und hervorragende Darbietungen der Hamburger Symphoniker verhalfen der Inszenierung zu einem durchschlagenden Erfolg. (S. 17)

Gebrüder Grimm: Eine Fundgrube für Grimm-Forscher bietet die „DDR"-Kleinstadt Haldensleben. Hier war 1974 die Enkelin Wilhelm Grimms, Albertine Ploch, gestorben, die den größten Teil des Grimm-Nachlasses geerbt hatte. Er ging nach ihrem Tod in den ständigen Besitz des Haldenslebener Kreismuseums über. (S. 17)

SPORT

Motorsport: Walter Röhrl und sein Beifahrer Christian Geistdörfer führen auf Audi Quattro Sport bei der Rallye Monte Carlo nach der ersten Sonderprüfung der dritten Etappe. (S. 9)

Fußball: Eine Fernsehübertragung des Länderspiels Deutschland – Portugal am 20. Februar in Hamburg heute, 20.15 Uhr in Hamburg, ist noch nicht gesichert. Bisher wurden nur 15 000 Eintrittskarten verkauft.

AUS ALLER WELT

US-Raumfähre: Nach einer von strikter Geheimhaltung umgebenen dreitägigen Mission im Weltraum ist die Raumfähre „Discovery" wieder in Florida gelandet. Sie hatte einen Aufklärungssatelliten abgesetzt, der militärische Aktivitäten in der UdSSR beobachten soll. (S. 18)

„Solidarität": Polen im In- und Ausland haben eine neue Sammelleidenschaft: kunstvoll stilisierte „Briefmarken" der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität". (S. 18)

Wetter: Unbeständig und milder. 4 bis 7 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Union und FDP dämpfen Diskussionen um Schlesier

Kohl fordert „Rückkehr zur Sachlichkeit" / Sorge um innenpolitische Folgen

THOMAS KIELINGER, Bonn

Für eine „Rückkehr zur Sachlichkeit" in der Auseinandersetzung um das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu ihren Nachbarn hat sich der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, vor den Spitzengremien seiner Partei verwandt. In der Diskussion um den umstrittenen Aufsatz in der Zeitschrift „Der Schlesier" wandte sich Kohl gleichzeitig gegen den Versuch „kommunistischer Propagandisten", die extremen Positionen einzelner Vertreter unter den Vertriebenen zum Vorwand zu nehmen, „die auf Frieden und Ausgleich gerichtete Politik der Bundesrepublik Deutschland zu verleumden".

Unter Hinweis auf das Grundsatzprogramm der CDU, in dem sowohl die Androhung von Gewalt als Mittel der Politik ausgeschlossen als auch die Verbindlichkeit aller Verträge der Bundesrepublik bekräftigt wird, stellt Kohl fest: „Dies ist die Grundlage christlich-demokratischer Politik, die alle Mandatsträger der CDU binden."

Nicht ohne Sorge umriß der CDU-Vorsitzende die möglichen innenpolitischen Folgen der Kontroverse, die mit dem Streit um das Motto des Schlesier-Treffens 1985 angefangen hatte. Kohl hält es für möglich, daß vor allem im Hinblick auf den 40. Jahrestag des Kriegsendes die Sozialdemokraten „die Fehlleistungen einzelner" benützen könnten, um den Anschein zu erwecken, „die Demokratie in Deutschland sei durch Neonazis gefährdet."

Vor einem „Koalitionskonflikt" warnte das FDP-Präsidiumsmitglied Ingrid Adam-Schwaetzer gestern in einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung". Die FDP lasse sich nicht „durch Flügelkämpfe in den Reihen der CDU/CSU" an der Fortsetzung der Friedenspolitik hindern, meinte die FDP-Schatzmeisterin. Zugleich suchte das FDP-Präsidium die Diskussionen mit dem Koalitionspartner CDU/CSU zu dämpfen. Das Führungsgremium unterstrich, die Klarheit und Berechenbarkeit der deutschen Außenpolitik solle nicht länger durch eine „ebenso gefährliche wie überflüssige Diskussion" belastet werden.

Das Präsidium der SPD erneuerte auf seiner gestrigen Sitzung die Aufforderung an Bundeskanzler Helmut Kohl, dem Juni-Treffen der Schlesier fernzubleiben. Der Parteivorstand warnte den Kanzler davor, sich als „Sympathisant eines außenpolitischen Abenteurertums in Anspruch ‚nehmen' zu lassen".

In München bekräftigte nach einer Sitzung des CSU-Parteivorstandes Generalsekretär Gerold Tandler vor der Presse, der Streit um das Schlesier-Motto könne die „traditionell guten Verbindungen und die Freundschaft zwischen Vertriebenen und Unionsparteien nicht in ein schiefes Licht rücken". Es wäre vollkommen falsch, wenn der Kanzler nicht zu dem Schlesier-Treffen 1985 ginge.

Die Bundesregierung hat inzwischen eine erste Konsequenz aus dem Streit um die Zeitschrift gezogen: Minister Heinrich Windelen wird in diesem Jahr keine Zuschüsse aus dem Etat des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen an das Blatt zahlen.

Seite 7: Verleger wußte von nichts

DER KOMMENTAR

Reagans Entschluß

HERBERT KREMP

Präsident Reagan wird nach dem Wirtschaftsgipfel in Bonn auch den 8. Mai, den vielzitierten 40. Jahrestag des Kriegsendes, in der Bundesrepublik Deutschland verbringen. Dies ist mehr als eine freundschaftliche Geste. Ronald Reagan befreit das Datum von der reinen Retrospektive. Sein Entschluß bringt besser als viele Worte zum Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten an dem mit ihnen verbündeten freien Deutschland der Nachkriegszeit mehr interessiert sind als an der historischen Niederlage des Nationalsozialismus, aus dem Moskau zu Lasten des Westens eine Geschichte ohne Ende machen möchte.

Den Gedenktag in eine realistische Perspektive zu bringen, entspricht allgemeinem westlichem Interesse. Daß Europa in der Mitte gespalten wurde, ist historisch auf die Politik Hitlers, den Eroberungsdrang Stalins, den befangenen Idealismus Roosevelts und auf die fundamentale Schwächung Europas selbst zurückzuführen. Die Auseinandersetzung zwischen den Siegermächten unter Präsident Truman, der späte Versuch Washingtons und Londons, die Gelüste des sowjetischen Diktators zu zügeln, führte in der neuen weltpolitischen Gestalt des westlichen Bündnisses zum Erfolg: Ohne die Gründung und die entschiedene Westorientierung der Bundesrepublik Deutschland wäre die Freiheit in Europa nicht zu retten gewesen. Die Geschichte hätte einen anderen Gang genommen.

Die Sowjetunion hat in der Zeit nach dem Krieg immer wieder versucht, das westliche Bündnis und vor allem die Bundesrepublik Deutschland in die Zange ihres Nachkriegs-Revisionismus zu nehmen – konkret gesagt, die freien Deutschen von der westlichen Freiheit abzutrennen: Die Berliner Blockade, die Neutralisierungs-Angebote von 1952 an, die Umstürze in Osteuropa, die Entspannungs-Kampagne und die Nachrüstungs-Debatte waren unterschiedliche Methoden, dieses Ziel zu erreichen. Gegenwärtig setzt Moskau den Hebel der Revanchismus-These an, um die Deutschen sich selbst und ihrer Umwelt zu entfremden. Der amerikanischen Politik ist dieser Schachzug im alten Spiel nicht entgangen. Ronald Reagan antwortet auf seine Art: Mit einem Beweis westlicher Solidarität mit dem deutschen Verbündeten.

Ronald Reagan am 8. Mai in Bonn

ms. Bonn

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan wird der Bundesrepublik Deutschland vom 5. bis 8. Mai einen Staatsbesuch abstatten. Diese Mitteilung machte gestern Regierungssprecher Jürgen Sudhoff. Das bedeutet, daß sich Reagan am 40. Jahrestag der Kapitulation in Deutschland aufhalten wird. Eine entsprechende Einladung von Bundespräsident von Weizsäcker habe der Präsident angenommen. Der Staatsbesuch schließt sich an den Weltwirtschaftsgipfel an, der vom 2. bis 4. Mai in Bonn stattfindet. Nach den Worten von Sudhoff gibt es noch kein Programm für den Staatsbesuch, insbesondere auch nicht darüber, ob und wie sich Reagan zum Jahrestag der Kapitulation äußern wird. Im Kanzleramt hieß es, es werde daran gedacht, Reagan aus diesem Anlaß einen „gemeinsamen Termin" mit Bundeskanzler Helmut Kohl vorzuschlagen. Dies könnte eine gemeinsame Teilnahme am ökumenischen Gedenkgottesdienst im Kölner Dom sein. Einen Besuch des Konzentrationslagers Dachau hatte Reagan von Anfang an nicht beabsichtigt.

„Gesamter Sicherheitsapparat gehört vor Gericht in Thorn"

Priester greift Behörden an / Warschau erhöht Druck auf Klerus

DW. Warschau

Den Prozeß gegen die Mörder des polnischen Priesters Jerzy Popieluszko hat der polnische Geistliche Teofil Bogucki, der die Gemeinde des Ermordeten, die Stanislaw-Pfarre, betreut, zum Anlaß genommen, um mit den Sicherheitsbehörden des Landes hart ins Gericht zu gehen. Vor rund 20 000 Gläubigen erklärte er, im Prozeß von Thorn müsse eigentlich der „gesamte Sicherheitsapparat" vor Gericht stehen.

Bogucki beschuldigte die polnischen Behörden, „das Haß zu nennen, was wir Liebe nennen". Sie erlaubten in Thorn, daß „Mörder die Nation demütigen, indem sie einen Heiligen verleumden". Popieluszko könne sich nicht mehr äußern und das Episkopat könne gegen die Verleumdungen nicht protestieren. Er werde jedoch den ermordeten Priester wie bereits zu dessen Lebzeiten verteidigen.

Die Ermordung des Priesters habe die „barbarischen Methoden" der Beamten offengelegt, die für die Sicherheit der Nation verantwortlich seien. „Wir sind keine Sklaven, der Pole läßt sich nicht in Ketten legen", erklärte der Geistliche unter dem Applaus der Gläubigen. Popieluszko habe ein Polen gewünscht, das auf Freiheit und Gerechtigkeit, nicht jedoch auf „Lüge und Terror" aufgebaut sei. Er werde als Held in die Geschichte Polens eingehen. „Wir werden dafür beten, daß er zum Schutzpatron Warschaus und Polens wird."

Zu der inzwischen traditionellen „Messe für das Vaterland" hatten sich trotz eisiger Kälte Gläubige aus allen Teilen des Landes zusammengefunden. Viele von ihnen trugen Spruchbänder der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" mit sich.

Unterdessen hat die polnische Regierung offensichtlich ihre Angriffe auf den Klerus verstärkt. Regierungssprecher Jerzy Urban rief nach Angaben der polnischen Nachrichtenagentur PAP zu Gesetzesänderungen auf, um „Nichtgläubige vor Verleumdungen vom Beichtstuhl schützen zu können".

Sinowatz ruft Frischenschlager nach Wien zurück

DW. Wien

Der österreichische Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager, der im Mittelpunkt einer politischen Kontroverse steht, weil er den von Italien aus der Haft entlassenen Walter Reder in Österreich empfing, hat gestern seinen offiziellen Besuch in Ägypten auf Wunsch von Bundeskanzler Fred Sinowatz vorzeitig abgebrochen und ist nach Wien zurückgeflogen. Es wird vermutet, daß Frischenschlager, dessen Rücktritt von breiten Kreisen in Österreich gefordert wird, einen von Bundeskanzler Sinowatz verlangten Bericht zum Fall Reder schon heute zur Kabinettssitzung überreicht. Sinowatz hatte es als „schweren politischen Fehler" bezeichnet, daß der wegen Geiselerschießungen in Italien Verurteilte von Frischenschlager mit Handschlag und einem freundlichen „Grüß Gott" begrüßt worden sei.

Die konservative oppositionelle Österreichische Volkspartei (ÖVP) hat gestern eine Sondersitzung des Parlaments beantragt, die am Freitag einberufen wird. Die ÖVP will nach Ankündigung ihres Bundesvorsitzenden Alois Mock dann den Rücktritt oder die Entlassung von Frischenschlager fordern.

In die Kontroverse hatte sich gestern auch der Bürgermeister des italienischen Ortes Marzabotto, Stätte der Reder zur Last gelegten Kriegsverbrechen, indirekt eingeschaltet. Bürgermeister Dante Cruicci erklärte, die Bürger erwarteten eine „Geste Österreichs" nun auch für die Opfer.

Seite 10: Politischer Eklat

Papst verurteilt Scheidung und Abtreibung

DW. Caracas/Maracaibo

Begeistert haben am Sonntag Hunderttausende Johannes Paul II. in der venezolanischen Erdölmetropole Maracaibo empfangen. Der Papst nannte am zweiten Tag seiner Lateinamerikareise die negativen Folgen des Erdölbooms, die Industrialisierung und die Auswirkungen von Landflucht und Verstädterung eine große Herausforderung für die Kirche.

Wenige Stunden zuvor hatte das Oberhaupt der katholischen Kirche in Caracas vor mehr als einer Million Menschen eine Messe unter freiem Himmel gelesen. Im Mittelpunkt seiner Predigt stand die energische Verurteilung von Scheidung, Empfängnisverhütung, Abtreibung und Euthanasie. Vor dem diplomatischen Corps appellierte der Papst an die internationale Staatengemeinschaft, durch Dialog und Verhandlungen gleiche Chancen und gleiche Rechte für alle zu erwirken und Frieden in der Welt zu ermöglichen.

Ein hoher Geistlicher in der Begleitung des Papstes hat auf dem Flug von Caracas nach Maracaibo angedeutet, es sei nicht ausgeschlossen, daß Johannes Paul II. während seiner nächsten Südamerika-Reise einen Zwischenaufenthalt auf Kuba einlegen könnte. Er ging damit auf eine Meldung ein, nach der der kubanische Staatschef Fidel Castro kürzlich amerikanischen Bischöfen gegenüber eine Einladung des Papstes nach Kuba in Aussicht gestellt hatte. Der Geistliche betonte jedoch, der Vatikan habe bisher noch keine förmliche Einladung erhalten.

Seite 5: Befreiungstheologie

Kohlebehörde bleibt hart

DW. London

In der Auseinandersetzung mit der Bergarbeitergewerkschaft NUM ist die staatliche britische Kohlebehörde NCB offenbar weiter zur kompromißlosen Durchsetzung ihrer Forderungen entschlossen. Der NCB-Präsident Ian MacGregor lehnt nach einem Bericht der „Financial Times" die Wiedereinstellung von rund 500 während des Bergarbeiterstreiks entlassenen militanten NUM-Anhängern ab.

Die kompromißlose Haltung des Kohlebehördenchefs könnte die heute beginnenden Vorbereitungsgespräche über eine Beendigung des Bergarbeiterstreiks gefährden, da die Gewerkschaft bereits mehrfach erklärt hatte, jedes Abkommen mit der Kohlebehörde müsse eine Generalamnestie für die Entlassenen beinhalten. Nach Angaben aus London belaufen sich die Kosten des Streiks inzwischen auf acht Milliarden Mark.

Seite 2: Die Füße der Kumpels

Sendungen für Türken gestört

rp./DW. Köln

Die Versuche der bulgarischen Regierung, die türkische Minderheit gewaltsam zu integrieren (DIE WELT v. 19. 1.), werden offensichtlich fortgesetzt. Seit dem Wochenende werden Sendungen der „Deutschen Welle" in türkischer Sprache von russischen und bulgarischen Störsendern behindert, um die Türken vom Empfang westlicher Programme auszuschließen. Auch die türkischsprachigen Auslandsdienste der englischen „BBC" und der „Voice of America" sind von den Störungen betroffen.

Unterdessen hat der türkische Premierminister Özal Berichte der türkischen Presse bestätigt, die türkische Minderheit in Bulgarien werde einer „blutigen Unterdrückung" ausgesetzt. Es habe „solche Vorfälle" gegeben, sagte er nach Angaben der türkischen Nachrichtenagentur „Anatolie".

Anschlag auf NATO-Schiffe

DW. Lissabon

Auf drei Kriegsschiffe der NATO ist gestern im Hafen von Lissabon offenbar ein Anschlag mit Mörsergranaten verübt worden. Die drei Geschosse sind jedoch nach Angaben der Hafenpolizei kurz vor den Schiffen explodiert. Schaden entstand nicht. Der Lissabonner Hafenkommandant identifizierte die drei Schiffe als die „Fregusa" aus Großbritannien, die „Narvic" aus Norwegen und die „Jan van Bragel" aus den Niederlanden. Sie seien Teil eines Verbandes von sechs Schiffen, zu denen auch die „Hamburg" gehört. Bereits im Dezember waren in Lissabon Anschläge gegen die amerikanische Botschaft und NATO-Marineeinrichtungen verübt worden. Die linksextreme Organisation „Volkskräfte 25. April" hatte die Verantwortung für die beiden Anschläge übernommen, bei denen ebenfalls Mörsergeschosse abgefeuert worden waren.

Thais erwarten klare Worte von Pérez

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Tausende von Khmer hatten sich versammelt, als am Sonntag UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar drei Flüchtlingslager im thailändischen Grenzgebiet zu Kambodscha besuchte. Auf Plakaten appellierten sie an ihn, „die vietnamesischen Aggressoren und deren Kolonialisierung von Kambodscha zu stoppen". In seinen Gesprächen mit der thailändischen Regierungsspitze versicherte der UNO-Generalsekretär, er werde alle Möglichkeiten seines Amtes ausschöpfen, um zur Lösung des Kambodscha-Konflikts beizutragen. Gestern flog Pérez de Cuéllar zu einem dreitägigen Besuch in Hanoi und der laotischen Hauptstadt Vientiane ab. Am Mittwoch wird er zu weiteren Konsultationen mit der Thai-Regierung zurückkehren.

In Hanoi stellt sich Pérez de Cuéllar die Aufgabe, ein eindeutiges Bekenntnis zu den Prinzipien der UNO abzulegen. Jedenfalls erwarten die Thais, wie ein Sprecher des Außenministeriums erklärte, daß der UNO-Chef weder „unparteiisch" bleibt „noch die Konfliktursache ignoriert". Es gehe hier um die Invasion eines Landes in ein anderes.

Thailand, das während der jüngsten UNO-Generalversammlung Mitglied des Weltsicherheitsrates wurde, will diese Plattform nutzen. Schließlich hat Pérez de Cuéllar die Mehrheit der UNO-Mitglieder zu repräsentieren, die in alljährlichen Resolutionen den Abzug der Vietnamesen aus Kambodscha fordern. Mit de Cuéllars Vorgänger, Kurt Waldheim, hatten die Thais enttäuschende Erfahrungen gemacht. Waldheim hatte sich geweigert, Hanoi für die Invasion zur Verantwortung zu ziehen.

Pérez de Cuéllar ist sich bewußt, daß es sehr schwierig sein wird, Hanoi zur Verhandlungsbereitschaft zu bewegen. Indochina-Beobachter sehen derzeit eher eine Verhärtung der vietnamesischen Position. Das geht aus dem Kommuniqué hervor, das die drei indochinesischen Außenminister (Vietnam, Laos und Kambodscha) am 18. Januar veröffentlicht haben. Darin betonen sie, daß die Situation in Kambodscha definitiv „unwiderrufbar" sei, daß die drei Indochina-Länder zu einer politischen Lösung – in ihrem Sinne – bereit seien, und daß sie, wenn keine politische Lösung möglich sei, so lange weiterkämpften, bis das Kambodscha-Problem von allein erlösche.

Pérez de Cuéllar wird angesichts dieser Position wenig anderes übrig bleiben, als ebenfalls Härte zu zeigen, auf der Prinzipientreue der UNO zu bestehen und eventuell darauf hinzuweisen, daß UNO-Unterorganisationen ihre Hilfsprogramme an Vietnam kürzen könnten. In eben diesen Tagen hat der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Kreditvergabe an Hanoi eingestellt. Als Grund nennt der IWF Rückzahlungsunfähigkeit. Vietnam ist mit über sechs Milliarden US-Dollar im Ausland verschuldet, wovon 1,5 Milliarden auf Länder mit konvertiblen Währungen entfallen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zerrbild der Befindlichkeit

Von Peter Gillies

Über die Befindlichkeit der Deutschen gibt nichts so trefflich Auskunft wie ihre öffentlichen Erörterungen. In diesen Tagen diskutieren wir über allerlei Erregendes, beispielsweise über die Frage, wie das Finanzamt die automobilen Ausdünstungen zu besteuern habe, ob die Leihmutterschaft Rechtens und gebührenpflichtig ist oder man die Renten um nullkommafünf Prozent mehr steigen lassen sollte oder besser doch nicht.

Verbissen tobt der Kampf auch um das Motto und die Rednerliste einer Vertriebenentagung, die jetzt sogar schon zu einem Koalitionsproblem aufgeschäumt wurde. Trotz der vielen (über)flüssigen Beiträge zur deutschen Frage hat sich an ihr kein Jota geändert. Beim Smog-Alarm ergriff uns dessen verwaltungsmäßige Abwicklung. Ein Gedenktag im Mai ruft massenhaft Zeremonienmeister auf den Plan; Parteien halten ihre innere Zerrissenheit für eine Nachricht; wir hielten es sogar für Weltpolitik, als mehrere Staats- und Regierungschefs sich über einige Millionen Hektoliter überschüssigen Weines in die Haare gerieten.

Nun mag jede dieser Fragen eine höchst brisante sein, aber in der Summe repräsentieren sie das Skandalon des Nebensächlichen. Sollte ein Volk keine anderen Sorgen haben, als jene Problemchen gravitätisch vor sich her zu tragen, braucht es nicht bange zu sein. Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in der längsten Friedenszeit dieses Jahrhunderts, in ihr herrschen Wohlfahrt, Sicherheit und sozialer Frieden. Ihre Demokratie und ihre Wirtschaft sind stabil, sie ziehen aus der ganzen Welt neidische Blicke auf sich.

Sind wir also Sonderlinge, die ständig der Faszination des kleinen Karos erliegen? Unfähig zur gelassenen Zufriedenheit? Nein, die erwähnten Nachrichten sind ein Zerrbild der deutschen Befindlichkeit, sie sind eine mediale Entstellung, kein realer Befund. Die Generation, die dieses Land aufgebaut und gesichert hat, lacht über das, was die Nachgeborenen heute erregt. Auch Politiker haben Anlaß darüber nachzudenken, ob das veröffentlichte Zerrbild so viel mehr Aufmerksamkeit verdient wie die schiere Normalität der Wirklichkeit.

Mehr oder weniger neutral

Von Heinz Barth

Der Konferenz-Cocktail der Länder, die überzeugt sind, daß den fünf Nuklearmächten nicht die Alleinverantwortung für den Frieden überlassen bleiben darf, ist in Neu-Delhi mit diskretem, aber nicht eben weltbewegendem Klirren geschüttelt worden. Es war die Nobelklasse der Dritten Welt, die sich in der indischen Hauptstadt zu einer lange vorbereiteten, jedoch eher flüchtigen Begegnung traf, um die Supermächte – niemand weiß zum wievielten Male – zur Einstellung des nuklearen Wettrüstens zu ermahnen.

Noch im Mai vorigen Jahres hatte Indira Gandhi die Elite der Blockfreien eingeladen. Nun sind sie dem Ruf ihres Sohnes Rajiv gefolgt; der Mexikaner Miguel de la Madrid, der Argentinier Raul Alfonsin und Julius Nyerere aus Tansania, Afrikas schwarze Perle, gehörten zu dem erlesenen Sextett, in dem naturgemäß der schwedische Ministerpräsident Olof Palme und – Sie lesen ganz richtig – Andreas Papandreou, der Regierungschef des NATO-Verbündeten Griechenland, nicht fehlen durften.

Wie sich in seinem absonderlichen Fall die Grenzen zwischen Neutralismus und Bündnis-Verpflichtung längst verwischt haben, sind sie auch fließend geworden zwischen der weit östlich abgedrifteten Dritten Welt und ihren Star-Repräsentanten, die vor Jahrzehnten zu ihren Gründern gehörten. Die Welt hat sich gewandelt und die Blockfreien mit ihr. Das Jugoslawien des Gründervaters Tito fehlte in Neu-Delhi. Ebenso das Ägypten Nassers. Lateinamerika war relativ stark, die Welt des Islam überhaupt nicht vertreten. So diente die Hinterlassenschaft Indira Gandhis vorwiegend dazu, die Position ihres Sohnes und Nachfolgers in der internationalen Politik aufzuwerten.

Der Club von Neu-Delhi zeigt jedoch Ansätze, sich zu einer exklusiven Gesellschaft zu entwickeln. Ein Riß zwischen denen wird sichtbar, die der Dritten Welt noch Reste ihrer ursprünglichen Neutralität bewahren möchten, und der Masse der sogenannten Blockfreien, die in ihr nur ein Instrument für antiwestliche Umtriebe sehen. Es sind Ansätze, die aufmerksame Beobachtung verdienen.

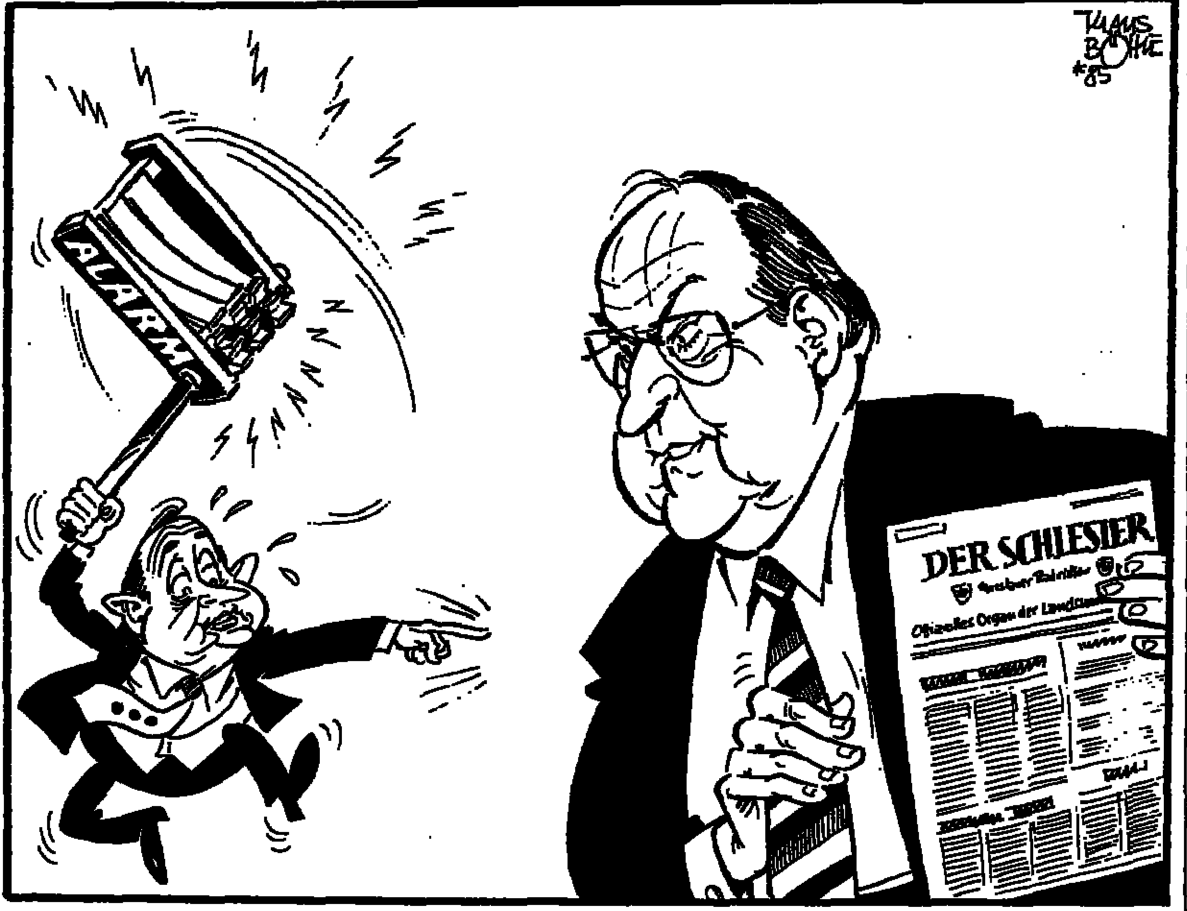
Die Füße der Kumpels

Von Wilhelm Furler

Nach vielen verhandlungslosen Monaten im nun fast ein Jahr dauernden Streik der britischen Bergleute nehmen Arbeitgeber und Gewerkschaftsführung heute einen neuen Anlauf, den Arbeitsfrieden wiederherzustellen: Sie treffen sich zu Vorgesprächen für Verhandlungen. Damit dürfte der Anfang vom Ende dieses Arbeitskampfes eingeleitet sein.

Es ist der Anfang vom Ende einer traumatischen Zeit der Willkür und der Not, die als „verlorenes Jahr" für die Labour- und Gewerkschaftsbewegung in die Annalen des Landes eingehen wird. Verloren nicht nur, weil der Arbeitskampf schließlich aufgegeben werden muß, ohne dem eigentlichen Ziel nähergekommen zu sein, nämlich die Stillegung unrentabler Zechen grundsätzlich auszuschließen. Sondern verloren vor allem gegen „die Füße der eigenen Mitglieder", wie die Briten sagen: Es ist schon fast die Hälfte der knapp 190 000 Mitglieder der Bergleute-Gewerkschaft NUM gegen den Willen ihres Präsidenten Scargill an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt. Es ist dies eine der wichtigsten Erfahrungen, die dieser unselige Ausstand gelehrt hat: Nachdem den Gewerkschafts-Kumpels eine landesweite Urabstimmung für und gegen den Streik verweigert worden war, entschieden sich bis heute fast 90 000 Bergleute auf ihre Art gegen Faustrecht und die Ausschaltung demokratischer Prozesse – trotz aller Pöbeleien und Attacken, denen sie ausgesetzt waren.

Hilfestellung haben sie dabei von der Regierung Thatcher mit ihrer kompromißlosen Haltung gegenüber den Forderungen des trotzkistischen Scargill erhalten. Nicht Frau Thatcher wird über den Kohle-Streik stolpern, wie ihr das in Anspielung auf Ted Heath' Schicksal in ähnlicher Situation geweissagt wurde. Sondern die Labour- und Gewerkschaftsbewegung wird Konsequenzen zu ziehen haben, wenn der Schaden nach dem Streik-Ende in seinem vollen Ausmaß sichtbar wird. Einer der schlimmsten ist der Bruch innerhalb der NUM. Die Absplitterung moderater Reviere wie Nottinghamshire, Süd-Derbyshire und Lancashire scheint kaum noch aufzuhalten zu sein. Etwas, was in dieser so traditionsreichen Gewerkschaft der Väter und Brüder bislang undenkbar schien.



„Beruhige dich, Hans-Dietrich, deshalb lassen wir uns keine Koalitionskrise aufschwaetzen!" KLAUS BÖHLE

Wer bremst das Unsinnige?

Von Ulrich Lohmar

Die Politiker hierzulande meinen, daß durch Wahlen auch über die Machtverteilung in der Gesellschaft und im Staat entschieden werde. Das trifft jedoch nur noch für die Macht im Kleinen zu, nicht mehr im Großen. Nehmen wir drei Beispiele von verschiedenen Schaubühnen der Politik: Angesichts des Hungers in vielen Teilen der Welt, auch der „neuen Armut" in Teilen unseres eigenen Landes und Europas, sind sich alle darüber einig, daß die europäische Agrarpolitik mit ihrer jährlichen Vernichtung großer Nahrungsmittelüberschüsse im christlichen Sinn eine Sünde und im sozialdemokratischen Sinn ein Verstoß gegen die einfachsten Gebote der Solidarität ist.

Oder: der „Schnelle Brüter", ein Lieblingskind der Technologiepolitik aller bisherigen Bundesregierungen, läuft den Verfechtern dieser Art der Energieproduktion wirtschaftlich, zeitlich und finanziell aus dem Ruder. Oder: das Aachener Klinikum, ein Monstrum medizinischer Betreuung, verschlingt immer mehr Geld, ohne daß ein Ende abzusehen wäre. In der Beurteilung aller drei Vorgänge herrscht Einmütigkeit, daß es so nicht weitergehen darf. Aber es geht dennoch so weiter. Denn niemand hat eine Idee oder einen Hebel in der Hand, wie der gigantische Unfug zu stoppen wäre.

Bei unseren drei Beispielen stimmt die „demokratische Kulisse" vollkommen. Es gibt Interessenten, die trotz aller Einwände die bisherige Politik bei den drei genannten Projekten für richtig halten. Es gibt aber auch Experten, die hier Grenzen ziehen könnten. Und es gibt vor allem demokratische Kontrollorgane: den Ministerrat bei der Europäischen Gemeinschaft im einen Fall, die Regierungen des Bundes oder eines Landes in den beiden anderen Fällen.

Gleichwohl reichen weder der Sachverstand der Experten noch die politische Entscheidungsmöglichkeit von Regierungen aus, dem unsinnigen Treiben ein Ende zu bereiten. Die finanziellen Aufwendungen für die drei Projekte sind wie ein reißender Strom über die Ufer getreten – niemand kann die Flut aufhalten. Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, meinte zum Aachener Klinikum, irgendwann habe alle eine Art „fideler Resignation" befallen. Das war eine aufrichtige Bemerkung, aber die Fidelität schmerzt den Wähler und Steuerzahler, während man die Resignation nachempfinden kann.

Was sind die Ursachen solcher, das Maß der normalen Vorstellung sprengender Fehlentwicklungen? Schleichend, aber immer mehr hat sich politische Macht zu formaler Kompetenz ausgedünnt. Und da eben diese Kompetenz in das Prinzip der Gewaltenteilung eingebunden werden soll und muß, entstand auf diese Weise nicht die erhoffte wechselseitige Kontrolle unterschiedlicher Gewalten bei klarer Machtausübung jeder einzelnen, sondern ein politischer Führungsstil, der sich durch Arrangement oder durch Nichtverständigung der Kompetenzinhaber auszeichnet. Beides führt dazu, daß entscheidungsbedürftige Probleme nicht mit Macht entschieden, sondern durch Kompetenzkompromisse oder Vertagung auf die lange Bank geschoben werden.

So gewinnen sie dann ihr Eigengewicht, das die Staatskassen entleert und die Steuerzahler ausplündert. An die Stelle der mächtigen Entscheidung ist der faule Kompromiß oder die Resignation getreten.

Politik verkümmert dabei immer mehr zu einer Art von politischem Theater, das auf Schaubühnen dargestellt wird. Der Bürger wird bei Wahlen zu diesen Theaterbesuchen eingeladen, aber er verläßt die Szene des Wahllokals nachher mit dem Gefühl der Folgenlosigkeit, mit dem wir auch das wirkliche Theater verlassen. Die Gewinner von Wahlen freuen sich, die Verlierer sind betrübt und sprechen sich Mut zu, in der Sache aber bleibt das Wesentliche beim alten, also unentschieden.

Wenn die politische Führung unserer Parteien hier keinen Ausweg finden kann, dann sollte sie sich wenigstens von den Schaubildern des Als-ob lösen und damit beginnen, über einen möglichen Stopp ihres Machtverfalls nachzudenken. Würde sie das öffentlich tun, dann könnte sie dadurch zwar nicht die Fähigkeit zu effektiver Machtausübung zurückgewinnen, aber doch wenigstens den Eindruck der Aufrichtigkeit gegenüber den Wählern besser begründen als heute.

Wir haben es hier, insgesamt gesehen, mit einem Mangel an effektiver Organisation, sachbezogenem Interesse und komplexer Übersicht zu tun – einem Mangel an drei Wesensmerkmalen der politischen Führungskultur der modernen Demokratien. Es kann auf die Dauer nicht folgenlos bleiben, wenn dieses Vakuum der Macht nicht gefüllt wird, und zwar auf demokratische Weise.

Das Entstehen grauer und schwarzer Märkte, die Lässigkeit der öffentlichen Moral, das Aufkommen von Bürgerinitiativen und alternativen Bewegungen, der Rückzug vieler Bürger auf ihre privaten Interessen – dies alles sind Anzeichen für die Abwendung vom Gemeinwesen. Die Menschen reagieren damit auf die Auswanderung der Macht aus der Politik. Sich damit endlich und gründlich zu befassen, ist also eine Aufgabe aller demokratischen Parteien, denn sie alle sind davon in ihrer langfristigen Glaubwürdigkeit und also auch in ihrer Existenz bedroht. Vielleicht findet der Bundestag demnächst mal ein paar Stunden Zeit, sich damit zu beschäftigen.

GAST-KOMMENTAR



Professor Ulrich Lohmar war von 1957 bis 1976 SPD-Bundestagsabgeordneter. Heute ist er als freier Wissenschaftler tätig FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH Serge Dassault

Der Wirtschafts-Liberale

Von August Graf Kageneck

War es der gigantische Schatten des 93jährigen Vaters, aus dem der Sohn in die Politik entweichen zu können glaubte? War es die Lust des reichen Erben am Abenteuer? Oder stand ausschließlich der Wille dahinter, die Politik in Frankreich zu ändern? Jedenfalls muß sich Serge Dassault (50), Sohn des Flugzeug-Industriellen und mehrfachen Milliardärs Marcel Bloch-Dassault, heute darüber ärgern, für die von ihm gegründete Partei das Adjektiv „liberal" gewählt zu haben. Denn liberal gibt sich heute von Giscard über Barre bis Chirac jeder, der dem Sozialismus bei den Parlamentswahlen von 1986 den Garaus machen will. Liberal sein ist schick, liberal ist das neue Schlagwort der französischen Politik.



Gründete sich eine Partei: Der Franzose Serge Dassault FOTO UZAN/STUDIO X

Dem zweifachen Großvater und Vater von vier Kindern, dem passionierten Segler und Jäger (er gilt als eine der zwölf „besten Flinten" Frankreichs) muß immerhin bestätigt werden, bei seinem liberalen Angebot keine Rücksicht auf etwaige Hemmungen der Franzosen vor allzuviel Freiheit vom Staat zu nehmen, wie das andere tun. Als Serge Dassault 1981 seine „Liberale Partei" gründete, hatte er einige Jahre Erfahrung als Mitglied der konservativen „Partei der Unabhängigen und Bauern" gesammelt. Sein Versuch, sich von den Kleinbürgern und Rentnern eines Südpariser Arbeiterwahlkreises gegen einen Kommunisten in die Nationalversammlung wählen zu lassen, scheiterte zweimal. Aus diesen Niederlagen zog er den Schluß, daß die überlieferten Rezepte der konservativ-katholischen Rechten keine Chance mehr gegen die anbrandende Welle des Sozialismus haben. Daß vielmehr die Franzosen nach einigen Jahren Tändelei mit der politischen Linken Appetit auf etwas ganz anderes bekommen würden, nämlich auf eine von staatlichen Zwängen befreite, Arbeitsplätze schaffende Wirtschaft der Risikobereitschaft und des sozial verantwortlichen Unternehmertums, wie sie einst Erhard den Deutschen verschrieben und Reagan in Amerika praktiziert.

Der gelernte Ingenieur, der bisher die Flugzeuge seines Vaters in den USA verkauft und die berühmten Pariser Luftfahrtsalons in Le Bourget organisiert hatte, wählte den einzigen Weg in die Politik, den ihm nach dem Scheitern an den Urnen sein Geld noch offenließ: den einer Parteigründung. Für Menschen, die seit vier Jahren unter der sozialistischen Steuerschraube stöhnen, entbehrt sein Programm nicht der Attraktion.

Er will die Einkommensteuer um ein Drittel senken und eine Reihe von Steuern, wie die Erbschafts- oder die Gewerbesteuer, schlicht abschaffen. Dabei scheut er kein Schlagwort, wie etwa das der „Fiskalgestapo" – so nennt er Mitterrands Steuerbeamte. Auch Dividenden sollen steuerfrei verteilt werden. Und wer bereit ist, Risikokapital anzulegen, geht praktisch abgabenfrei aus. Arbeitsplätze um jeden Preis verspricht der Erfolgsunternehmer einem Volk, das mit Schrecken auf die steil ansteigende Kurve der Arbeitslosigkeit blickt.

Dassault junior gründete schon 1971 die „Gesellschaft für Arbeitermitbestimmung in den Betrieben" und versuchte damit das vorzügliche Betriebsklima in den väterlichen Werken in andere Unternehmen zu tragen. Für ihn ist die Mauer, die in Frankreich die Welt der Arbeiter von der der Politiker trennt, das größte Hindernis für eine gedeihliche Entwicklung der Wirtschaft. Ob er sie mit der neuen Vehikel einer Partei überspringen kann, ist angesichts seiner noch sehr bescheidenen Mitgliederzahlen eher fraglich.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WASHINGTON POST

Sie befaßt sich mit der geplanten Rückkehr des südkoreanischen Politikers Kim Dae-Jung aus dem Exil:

Für seine Rückkehr hat er sich geschickt den Augenblick ausgesucht, in dem Präsident Tschun Du-Hwan wieder einen Besuch in Washington plant – und sich wahrscheinlich wieder von seiner besten Seite zeigen möchte. Für Mr. Kim laufen die Dinge soweit gut. Am vergangenen Dienstag erklärte das Tschun-Regime, wenn Mr. Kim zurückkäme, würde er wieder ins Gefängnis gesteckt werden. Am Mittwoch reagierte das US-Außenministerium öffentlich darauf und gab vertraulich Südkorea zu verstehen, daß es die Bekanntmachung des Gegenbesuchs in Washington hinauszögert, den Tschun begierig angestrebt hat. Am Donnerstag begannen die Koreaner damit, die Drohung, Mr. Kim zu inhaftieren, zurückzunehmen. D-Day ist der 8. Februar. Es macht die koreanische Regierung wütend anzusehen, wie der Störenfried Mr. Kim diesen Gebrauch vom offenen amerikanischen politischen System macht.

MÜNCHNER MERKUR

Er meint zu den Parlamentarischen Staatssekretären:

Im Volksmund heißen sie Frühstücks-Direktoren. Proporz-Profiteure oder Briefträger mit Fahrer. Daß sie überflüssig sind, ist eine Uralterkenntnis. Endlich gibt es jetzt eine ernsthafte längst überfällige Initiative: der bayerische FDP-Vorsitzende Brunnen fordert die Abschaffung der Parlamentarischen Staatssekretäre in Bonn. Der Steuerzahler alimentiert nicht nur die Parlamentarischen Staatssekretäre, er muß auch ihre Referenten, Sekretärinnen und Chauffeure bezahlen ... Helmut Kohl hatte Proporznöte. Als Vorsitzender der CDU mußte er seine Landesverbände zufriedenstellen.

NEUE RUHR ZEITUNG

Das Essener Blatt geht auf SPD-Querelen ein:

Es fällt schwer, sich vorzustellen, daß ein anderer als Johannes Rau das Land regiert und repräsentiert. In Essen hat er vor dem Traditionskern der SPD wiederum Flagge gezeigt: „Grün" ist für ihn kein Thema – so sagt er, und er sagt es überzeugend. Aber er hat nicht verhindern können, daß sich seine Partei eine nun schon fast quälende, vielleicht auch bereits lähmende „Rotgrün"-Diskussion hat aufreden lassen. Der Eiertanz in Hessen – dort ist der formal regierende Holger Börner seit drei Jahren ohne Mehrheit – ist für die SPD in NRW wenig hilfreich. Und die Opposition in Bonn? Auch von dort hat Johannes Rau nichts zu erwarten, was ihm helfen könnte, in Aachen, Essen und Münster Punkte zu sammeln.

Keile, zwischen Kanzler und Außenminister getrieben

Schlesien bleibt unser Zankapfel / Von Thomas Kielinger

Zurückzufinden aus der Debatte um die Wirrungen eines Jugendlichen zu der Frage, was denn eigentlich Sache dieser Republik sei – das, und nur das kann Thema seriöser Auseinandersetzung sein. Es kommt darauf an, den Biertisch zu verlassen und zur Aussichtsebene der nationalen Politik zurückzukehren.

Welche Kreise die Schlesien-Debatte zu ziehen beginnt, kann man der Bemerkung von Frau Adam-Schwaetzer (FDP) entnehmen, sie warne vor einem „Koalitionskonflikt". Das Wort mag mundvoll klingen und die Gewichtungen innerhalb der FDP und des Regierungslagers nicht richtig wiedergeben; dennoch muß die Regierung solche Zurufe, und kommen sie auch von der Seitenlinie, beherzigen. Die Schlesien-Debatte dadurch zu beenden, daß man aus ihr eine Koalitionsdebatte macht, führt vom Regen in der Traufe.

So müssen Kanzler und Vizekanzler sich möglichst rasch darauf einigen, alle Bruchstellen zu reparieren, die Dritte zwischen ihnen, zwischen den Parteien des Koalitionslagers, herauslesen und ausnutzen könnten. Vor allem mögliche Bruchstellen in der Ostpolitik – denn um sie, verdeckt, geht der Streit, sei der Aufhänger nun das Motto der Schlesier-Tagung, die träumerischen Exzesse eines Jugendlichen oder die unaufhörlich-unabgeschlossene deutsche Frage.

Kanzler und Außenminister haben zuletzt den Anschein erweckt, als spielten sie Ostpolitik mit verteilten Rollen. Der Mann der Richtlinienkompetenz zeigt den Mut, vor Vertriebenenverbänden zu sprechen und die große Verzichtstat der Heimatvertrieben zu rühmen: den Verzicht auf gewaltsame Rückgewinnung der verlorenen Gebiete. Dem Außenminister seinerseits beliebt es, diese Aspekte eher unterzubetonen und sein Augenmerk ganz auf Reiseziele im Osten zu lenken. Er hat dies untermauert durch Äußerungen, die den verständlichen Zorn der Vertriebenenverbände herauslockten. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Wahl des ersten Schlesiertreffen-Mottos, „Schlesien bleibt unser", ein unausgesprochenes „Merken Sie sich das, Herr Genscher!" mit einschloß.

Genscher treffen zu wollen und Helmut Kohl voll zu erwischen – das war das erste Resultat dieser Auseinanderdivision des Regierungslagers durch Dritte. Dabei weiß, wer diese Kolalition kennt, genau, daß die Ostpolitik zwischen Kanzler ud Außenminister gar nicht umstritten ist, auch wenn um sie von Fall zu Fall gerungen wird. Der Außenminister reist nach Prag oder anderswohin, weil der Kanzler das will, nicht weil der Minister nur mal so möchte. Ohne das Vertrauen des Kanzlers wäre der Außenminister nicht in der Lage, die Interessen der deutschen Außenpolitik in West und Ost zu vertreten.

Dieses gelegentlich darzustellen wäre Helmut Kohl zu empfehlen. Sonst erfährt das Ressentiment, welches vor allem die Vertriebenenverbände gegenüber der deutschen Ostpolitik, sprich: gegenüber Genscher, an den Tag legen, keine Heilung. Diese Kluft zwischen einem Teil unserer Gesellschaft und der deutschen Versöhnungspolitik nach Osten, insofern sie vom Kanzler bestimmt wird, ist bedauernswert. In einer Erklärung des Präsidenten des Vertriebenbundes, Herbert Czaja, wurde gestern das Ausmaß der Entfremdung deutlich, wenn man liest, wie es Czaja auf Genscher und „seine Reisen, seine Kreditzusagen" abgesehen hat. Da wird wieder der Minister gescholten und übersehen, daß die Außenpolitik ohne den Kanzler nicht zu machen ist.

Genscher seinerseits bleibt nicht frei von reziproken Gefühlen denjenigen gegenüber, die ihn aufs Korn nehmen. Für ihn als Außenminister wäre es passender gewesen, sich nach Bekanntwerden des abstrusen Aufsatzes in der Zeitschrift „Der Schlesier" nicht zu den emotionsgeladenen Verunglimpfungen „einer Handvoll Vertriebenenpolitiker" hinreißen zu lassen. Er bestätigt damit immer nur wieder aufs neue deren Ressentiment ihm gegenüber. Auf diese fatale Weise lassen sich Kanzler und Außenminister immer wieder auseinanderdividieren.

Der „Koalitionskonflikt", von dem Frau Adam-Schwaetzer sprach, ist also nicht eigentlich eine Frage des Streits zwischen den Parteien des Regierungslagers, sondern eine Frage der ausgewogenen Darstellung gemeinsamer Politik. Es wäre fatal, wenn die Koalitionspartner die falsche Lehre aus dem Schlesien-Streit zögen, etwa die, daß sich nun die FDP als „ostpolitisch orientiert" profilieren müsse und die Union als die Partei, die sich hinter die Vertriebenen stellt. Beides zusammen ergibt erst das ganze Bild. Denn die freien Deutschen können es sich leisten, eine im Rahmen des Möglichen ausdefinierte Ostpolitik zu betreiben und den historischen Friedensbeitrag der Vertriebenen nicht unter den Teppich zu kehren.



Grüne Woche – Show zwischen Überfluß und Hunger

Die Internationale Grüne Woche in Berlin feiert Jubiläum, und zwar für 50. Die Berliner kommen. Immerhin handelt es sich um eine der Welt größten Leistungsschauen der Land- und Ernährungswirtschaft. Aber auch dort gibt es Probleme: Überschuß und Hunger – auch darüber wurde unter dem Funkturm gesprochen.

Von HANS-J. MAHNKE

Auf der Grünen Woche geht es zu wie auf einem Rummelplatz. Trotz des kalten Wetters strömen die Berliner in die Messehalle am Funkturm. Die Würstchen- und Fischstände sind dicht umlagert. Überall dort, wo es eng wird, wo die Ausstellungsarchitekten Kurven eingeplant haben, um die Aufmerksamkeit der Besucher auf einen Stand zu locken, gibt es Staus, das Geschiebe und Gedränge ist kaum auszuhalten.

Wer vorankommen will, muß ins Freie, muß die Abkürzung über den eisigen und matschigen Innenhof nehmen.

„Wo geht's hier zu den Tieren?" fragt einer, der etwas orientierungslos herumirrt. „Welche meinen Sie? Die Niedersachsen haben Kühe und Schweine mitgebracht. Dahinten ist die Fisch-Halle von Ignaz Kiechle." „Nee, die anderen." Mißmutig stampft er in Richtung auf Halle 11 los. Falls er die Berliner Tierzucht gesucht hat, dann ist er richtig. Dort wird traditionell das gezeigt, was sich auf diesem Gebiet – vom kleinen Pelztier bis zum Rind – in der Stadt abspielt.

Nicht weit entfernt davon hätte er sich die Sonderschau „Produktionsalternativen und Marktnischen im Tierbereich" anschauen können. Zukunftsmusik. Hier wird demonstriert, was jemand machen könnte, wenn er nicht nur ordinäre Bullen-Mast betreiben will – von Damtieren bis Freizeit-Pferden. Hier wird eines der wichtigsten Themen der Agrarpolitik in einer Ausstellung auch optisch umgesetzt, nämlich das Ausweichen auf neue Erzeugnisse, weil es von den alten schon zu viel gibt. Immerhin: Mehr als 600 000 Tonnen Butter lagern in den Kühlhäusern der Gemeinschaft.

„Was macht Ihr eigentlich mit dem Geld?" Franz Kleinschmidt, Rentner aus der Nähe von Leipzig, stellt die Frage eher beiläufig, während er auf einen alten Bekannten wartet, mit dem er sich regelmäßig auf der Messe trifft („Als 82jähriger darf ich ja reisen"). Trotzdem bringt er den Vertreter eines Bauern-Verbandes in Verlegenheit.

Dabei will Franz Kleinschmidt eigentlich nur wissen, ob die Spenden-Millionen für die Afrikaner bar ausgezahlt oder ob Waren geliefert werden. „Butter", sinniert er mehr für sich, „Butter, das geht ja nicht, das weiß ich noch von der Kriegsgefangenschaft, das verträgt der Körper nicht, wenn er sie nicht gewohnt ist." „Nein, die bekommen vor allem Getreide." „Ja, ja, Ihr habt's ja", antwortet nachdenklich der Rentner aus Leipzig. „Bei uns gibt es seit Wochen keine Heringe. Die bei uns hatten im letzten Jahr auch 'ne gute Ernte. So wie früher ist es aber nicht mehr."

Einhaken will hier der Verbands-Vertreter nicht, obwohl er sonst mit Zuwachsraten, Produktionsrekorden und Absatzmengen recht geschickt jongliert. Im Gegenteil, ablenken will er. Ungefragt hebt er zu einem Exkurs darüber an, daß zwischen dem Hunger in Afrika und der Obstvernichtung in der Europäischen Gemeinschaft kein Zusammenhang bestehe. Dies hatte allerdings auch niemand behauptet, selbst Thomas Schlier von der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher nicht. Er hatte jedoch die finanzielle Größenordnung aufgespießt. Er meint, die Obstvernichtung in der EG verschlinge einen solchen Betrag, der ausreiche, um den Hungernden in Afrika ein Jahr zu helfen.

Auch wenn sich Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle den Verbraucher-Vertreter – Thomas Schlier war bereits für Josef Ertl ein rotes Tuch – kräftig zur Brust nahm, eines steht fest, der Afrika-Tag, der einen Tag vor der Grünen Woche stattfand, hat auch auf der Messe Spuren hinterlassen. Das Thema Überfluß und Hunger prägte nicht nur die Eröffnungsreden mit, es taucht auch in den Gesprächen der äußerst zahlreich angereisten Verbands-Vertreter, Politiker und Journalisten immer wieder auf. Viele tun sich dabei schwer.

Dabei hatte Ignaz Kiechle schon zu Beginn die Linie gewiesen: Die Grüne Woche, sagte er, sei kein Schaufenster des Überflusses, sondern sichtbarer und fühlbarer Beweis für die Leistungsfähigkeit einer modernen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Was sicherlich richtig ist. Nur seine Beamten, selbst jene der obersten Etage, registrieren genau, wie sich der Bundespräsident oder Berlins Regierender Bürgermeister in ihren Reden zum Thema einließen, ob sie von der Vernichtung verdorbenen Obstes oder schlicht nur von Vernichtung sprachen.

Frei nach Chistian Morgenstern, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, verdrängen viele Verbands-Repräsentanten schlicht das Problem. Und das, obwohl der Deutsche Bauernverband auf seinem Agrarforum am kommenden Donnerstag das Thema Hunger und Überfluß in einem Arbeitskreis behandeln will.

Viel Widersprüchliches also. Der Grund dürfte darin liegen, daß es in der EG nicht mehr so läuft wie früher, daß der finanzielle Kollaps droht, wenn die Produktion nicht eingeschränkt wird. Die Situation ist paradox: Überschüsse in den westlichen Industriestaaten des Nordens, Mangel in vielen Agrarstaaten auf der südlichen Erdhalbkugel. Die Analyse, eine dauerhafte Hilfe für die notleidenden Staaten der Dritten Welt behindere die notwendige Entwicklung der dortigen Landwirtschaft, überzeugt zwar. Aber sie beruhigt viele nicht, auch wenn die Katastrophenhilfe aufgestockt wird.



Einmal im Jahr ist Berlin das Schaufenster der Landwirtschaft
FOTO: DPA

Aber in Berlin wird nicht nur geredet: Ernährungs- und Planungsminister aus 16 afrikanischen Staaten haben sich zu einem Meinungsaustausch getroffen. Erstmals gibt es eine Sonderschau „Nahrungsmittelerzeugung in der Dritten Welt". Unter Federführung der EG-Kommission und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit zeigen 15 Entwicklungsländer, was sie an Obst, Gemüse und Blumen zu bieten haben. Auch Äthiopien ist vertreten. In einer Vitrine liegen Chili-Schoten, Papayas und grüne Bohnen, daneben roter und weißer Wein.

Hier ist das Gedrängel nicht so stark. Dagegen gibt es in der Halle 20, wo die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) wieder ihre Gemeinschaftsschau deutscher Produkte organisiert hat, kaum ein Weiterkommen.

Erster Blickfang ist ein Springbrunnen. Auf halber Höhe dreht sich ein Reifen mit der Aufschrift: „Essen aus Deutschland – Qualität bleibt Trumpf". Unter diesem Motto bieten die Bundesländer an ihren Ständen ihre Spezialitäten feil: von Hamburger Krebssuppe über Grünkohl mit Bratkartoffeln bis zum Holsteiner Schinken. Dazwischen viel Bier und Schnaps. Es herrscht Jahrmarktstimmung in der Halle.

Die neue Münchner Mathematik – zum Wohle des Gastes

Mit eisernem Besen kehrt der „Schwarze Peter" Unrat hinweg, der seit einiger Zeit das harmonische Bild von der Münchner Gastlichkeit befleckt.

Von PETER SCHMALZ

Münchnerische Mathematik" stand zu Beginn des Jahrhunderts in den „Fliegenden Blättern" unter einer Zeichnung, die einen Schulbub zeigte, dessen stämmiger Vater am Biertisch das Zeugnis studiert und brummelt: „Wos, an Vierer hast im Kopfrechna! Dös is nix. Dös muaß besser wer'n, sunst kimmst net durchs Leben, wo heutzutag d' Kellnerinna oan so anschmier'n!"

Was damals ein Witz war, wurde nun unter dem Aktenzeichen 323 Js 16 333/84 gerichtsanhängig und läßt den Verdacht keimen, die Zeiten mögen sich zwar ändern, am Tatort der Münchner Gemütlichkeit aber bleibt man allzugerne einer Tradition treu, die heute mit so garstigen Worten wie Nepp oder gar Betrug beschrieben werden. Es ist gewiß kein Waterloo für Münchens Gastlichkeit, was im Gerichtsaal 277 seit Tagen zur Sprache kommt, aber das Stichwort „Donisl" ist dennoch geeignet, den Ruf der Stadt und seiner Gastfreundschaft weithin zu beschädigen. Hat sich doch ausgerechnet die älteste der Traditions-Gaststätten, 1715 am Marienplatz gegründet und heute direkter Nachbar des Rathauses, als eine Räuberhöhle entpuppt, in der die Konterfeis der bayerischen Volksschauspieler nur noch dekorativer Wandschmuck waren, unter ihren Augen aber Kellner und einige Stammgäste munter das trieben, was der Staatsanwalt Hehlerei, Betrug, Bandendiebstahl und Raub nennt.

Gefährlich war es beispielsweise, eine Maß zu bestellen und schon nach dem ersten Schluck zur Toilette zu gehen: Da konnte es geschehen, daß das fast frische Bier verschwand und einem anderen Gast zum nochmaligen Abkassieren kredenzt wurde. Das aber war noch harmlos. Wer mit einem großen Geldschein bezahlte, bekam nicht immer das fällige Wechselgeld zurück, wer das reklamierte, fand sich blitzschnell vor dem Lokal wieder, das selbst in jüngeren Fremdenführern noch immer als besonders gemütlich beschrieben wird.

Eine „Ziehung" ohne Lottozahlen

Folkloristischer Sprachunterricht wird den Prozeßbeobachtern zuteil, die auch dann noch Neues erfahren, wenn sie keine Probleme haben, ein Noagerl als den abgestandenen Bier-Rest zu erkennen, der im „Donisl" mit anderen Noagerln und einem Schuß frischen Gerstensaftes zusammengeschüttet manch neue Maß zu 7,20 Mark wurde. Auch daß unter einem „Zug" der Besuch mehrerer Lokale in einer Nacht zu verstehen ist, gehört mehr zum allgemeinen Wortschatz, wer aber bei der „Ziehung" an die Lottozahlen denkt, der war im „Donisl" falsch gewickelt: Das war der erfolgreiche Zugriff eines Taschendiebs, auch „Ziager" genannt, in die Jacke eines Gastes, von dem angenommen wurde, er habe „an Speck", worunter nicht Schweinernes, sondern gebündeltes Bares zu verstehen ist. Dem angeklagten Kellner wirft der Staatsanwalt vor, er habe, nachdem er beim Kassieren bei einem Gast einen größeren Geldbetrag bemerkt habe, den Taschendieb-Profis in seinem Servicebereich einen entsprechenden Tip gegeben. Und manchmal soll dem „damischen" (törichten) Biertrinker, der nur ein wenig „o'gstocha" (angetrunken) war, ein K.-o.-Tröpfchen in den Krug geträufelt worden sein, worauf dieser entschlummerte und man ihn „aussackeln" (die Taschen ausräumen) und ihm den „Kiestreiber" (Geldbeutel) wegnehmen konnte.

In den Protokollen der Polizei stehen die belastenden Aussagen von Gästen und Personal klar, unmißverständlich und unterschrieben. Doch vor Gericht will keiner von ihnen sich daran erinnern. „Gesehen hab i nix, gehört hab i vui", sagt eine ehemalige Kellnerin und trifft damit den Ton fast aller Zeugenaussagen.

Daß es sich beim Skandal ums „Donisl" nicht um einen Einzelfall handelt, das machen andere Gerichtsverfahren deutlich, die derzeit in der Isar-Metropole anhängig sind. Da mußte der „Fischerwirt" nahe dem Viktualienmarkt schließen, wogegen der Wirt klagte und unterlag. Der Richter nahm sogar Zuflucht ins Biblische: Wohl müsse es auch Lokale für die unteren Schichten geben, aber wegen der besonderen Lage des Lokals sei es nicht ausgeschlossen, daß Touristen sich dorthin verirren. „Und dann ist es wie in der Bibel: Er fiel unter die Räuber."

84 Wirten wurde die Konzession entzogen

Aber auch die Stadt rügte der Richter: Sie habe zu lange dem Treiben zugesehen. Dieser Meinung ist auch der zuständige Kreisverwaltungsreferent Peter Gauweiler, wegen seines CSU-Parteibuches auch der „Schwarze Peter" genannt. Sein Amtsvorgänger, der heutige dritte SPD-Bürgermeister Klaus Hahnzog, hat sich in seinen sechs Jahren als Münchner „Innenminister" offenbar kaum um das nächtliche Treiben gekümmert, er ließ jährlich nur eine oder zwei Konzessionen entziehen.

Anders Gauweiler: Seit seinem Amtsantitt im Juni 1982 wurden 84 Wirten die Entzugsbescheide zugestellt. „Der gute Ruf der Münchner Gastlichkeit", meint er, „darf nicht durch Nepper und Bauernfänger beschädigt werden. Unsere Kontrollen nützen deshalb nicht nur den Gästen, sondern auch allen seriösen Gastwirten."

Für Wirte, deren Zuverlässigkeit ihm nicht von vornherein gewährleistet erscheint, hat er sich eine besondere Art von Prüfung ausgedacht: Sie müssen sich Neueinstellungen vom Kreisverwaltungsreferat genehmigen lassen. Etwa 100 „problematische" Lokale haben seine Beamten in der „Weltstadt mit Herz" ausfindig gemacht, die künftig neue Bardamen, Kellner und Rausschmeißer melden müssen. Bei Prostituierten als Bardamen drohe Wiederholungsgefahr, meint die Gauweiler-Behörde, und auch ein wegen Körperverletzung Vorbestrafter eigne sich kaum als Rausschmeißer.

Der erst 35jährige Referent versucht mit einem eisernen Besen den Ruf der Stadt zu polieren. Im vergangenen Jahr verwies er den Wies'n-Wirt Richard Süßmeier wegen schlechten Einschenkens und unerlaubter Beschäftigung von Ausländern vom Oktoberfest. Die Fußgängerzone als „gute Stube" der Stadt säuberte er von Pennern und Rotweinbrüdern, und im Bahnhofsviertel, das auf dem besten Weg war, Frankfurter Zuständen nachzueifern, ließ er einen Sexclub nach dem anderen schließen.

Bei einer internen Feier seiner Behörde sagte Gauweiler kürzlich, was ihm Sorge bereitet: „In den westdeutschen Städten haben über ganze Stadtteile die Geschäftemacher von Schmutz und Schund ihren Mehltau gelegt." Dagegen hat er den Kampf mit solcher Vehemenz aufgenommen, daß selbst die erstarkte SPD-Fraktion im Münchner Rathaus ihm Respekt zollt. Mit der neuen „Münchner Mathematik" soll sich künftig auch der Gast wohlfühlen, dem nach der dritten Maß das schnelle Kopfrechnen schwerer fällt als den flinken Kellnern.

In „Klein Odessa" herrscht noch die russische Seele

Sie kamen vor einem Jahrzehnt, um sich in der freien Welt eine neue Heimat zu schaffen: In Brooklyn drückten jüdische Auswanderer aus der Sowjetunion einem ganzen Viertel ihren unverkennbaren Stempel auf.

Von HANS-J. STÜCK

Wenn in Brighton Beach, wo der gewaltige Häuserbrei Brooklyns ans Meer stößt, die Hochbahn über den Verkehr der Hauptgeschäftsstraße hinwegdonnert, dröhnen Pflaster und Stützpfeiler, daß man sein eigenes Wort nicht versteht. Erst wenn das Dröhnen abgeklungen ist, dringen melodisch-harte Sprachfetzen ans Ohr – das „Doswidanja" der jungen Frau im Pelz, die einen Laden verläßt, das „Babuschka" eines kleinen Jungen, dem die Großmutter „Apelsinchik" vom Obsthändler kaufen soll.

Überall im schmucken Brighton Beach, Nachbargemeinde des heruntergekommenen Vergnügungszentrums Coney Island, ist Russisch zu hören; denn das Viertel, einst ebenso verkommen, ist seit Mitte der siebziger Jahre so fest in russischer Hand, daß es längst „Klein Odessa" genannt wird. Es wird von 25 000 russischen Juden bewohnt, die meist über Wien, Israel und Rom in die USA kamen, um sich am Atlantikstrand New Yorks ein neues Leben aufzubauen, der im Winter so kalt und im Sommer so heiß wie der Schwarzmeer-Strand Odessas ist.

Auf der Hauptstraße, unter den Stelzen der Bahn, sind die meisten Geschäfte russisch oder zweisprachig ausgeschildert. In den Delikatessenläden stapeln sich die Würste, Aale und Piroggen, und in den Restaurants sitzen ganze Großfamilien an langen Tischen und laben sich an Borschtsch, gebratenem Stör oder Lammkoteletts. Die Trödler, die ihre Waren im Freien feilbieten, tragen im Winter lange Schafspelze und meinen Dollar und Cent, wenn sie ihre Preise in Rubel und Kopeken angeben. Und im Sommer, wenn's brütend heiß ist, lustwandelt so mancher Russe im Pyjama am Strand entlang.

Die Russen in Brighton Beach – die meisten kommen aus der Ukraine und vom Schwarzen Meer – machten aus einem verlotterten Viertel ein blühendes Gemeinwesen, doch ihrer alten Lebensweise blieben sie dabei so hartnäckig treu, daß bislang nur die jüngeren richtig Englisch lernten und im „wirklichen" New York Arbeit fanden. Banken und Polizei müssen in Brighton Beach Beamte einsetzen, denen im Schnellkurs etwas Russisch beigebracht wurde.

Unter Alteingesessenen gelten die Russen als harte Arbeiter, die gern Feste feiern, als harte Trinker, die nie randalieren, als verläßliche Kunden mit festem Familiensinn. Ein Drugstore-Besitzer an der Brighton Beach Avenue hat es längst erkannt: „Nur solche Russen in Brooklyn – und wir hätten keine Slums mehr."

Die meisten Russen brachten einen hohen Bildungsstand mit, doch viele mußten wegen mangelnder Sprachkenntnisse und nicht anerkannter Zeugnisse wieder ganz unten anfangen. So die Musiklehrerin aus Sewastopol, die in einer Fabrik arbeitet, oder der Physiker aus Odessa, der kellnert und abends Fachenglisch für ein neues Diplom paukt.

Doch zahlreiche andere haben den Sprung längst geschafft und leben in New York besser, als sie es je in der Sowjetunion für sich erträumen konnten. Einer von ihnen ist Anatoli Ginsburg, der 1975 das heimatliche Kiew verließ, wo er als Chef einer Zahnklinik 32 Zahnärzte unter sich hatte und trotzdem nur 220 Rubel im Monat verdiente. Jetzt hat er längst seine eigene Praxis in Brighton Beach und verdient ein Vielfaches, nachdem er einige Jahre als Zahntechniker arbeiten mußte.

In unmittelbarer Nähe von Ginsburgs Praxis gibt's ein Café „Moskwa", ein Café „Armenia", und eine „Pharmacy" um die Ecke heißt endlich mal auch in den USA Apotheke oder doch zumindest „Apoteka" in kyrillischen Lettern. Dreiviertel seiner Kunden sind Russen, und von der Straße klingen russische Laute, so daß er sich eigentlich wie in Kiew fühlen könnte.

Die hohe New Yorker Kriminalität, die zwar im Viertel selbst stark zurückging, fällt allen Russen zuerst auf die Frage ein, was ihnen an der neuen Heimat am wenigsten behagt. Doch viele Russen haben wie Ginsburg ein zweites Kümmernis – „die Oberflächlichkeit des amerikanischen Lebens, das ewige ‚keep smiling', das floskelhafte ‚Have a nice day!' der Amerikaner, die von russischer Herzlichkeit Welten entfernt sind."



Das „russische" Brooklyn: Straßenszene in Brighton Beach
FOTO: HANS-JÜRGEN STÜCK

Die Amerikaner haben all die Freiheiten, die der Mensch braucht, meint Ginsburg, aber viele machen keinen Gebrauch davon. „Sicherlich", fährt er nachdenklich fort, „wir haben in Rußland das falsche System, aber unsere zwischenmenschlichen Beziehungen sind ehrlicher, vielleicht gerade deshalb, weil wir uns alle in innerer Ablehnung des Systems nähergerückt sind."

So wie Ginsburg denken die meisten, doch keiner möchte zurück ins kommunistische Rußland. Und wenn „Toska", das tiefe russische Heimweh, allzu mächtig wird, suchen sie Freunde auf und feiern laute Partys, die schon mal zu Klagen aus der Nachbarschaft führen. „Diese Russen", ächzte ein alter Brightoner, „die schuften tags wie die Stiere und rauben uns nachts den Schlaf mit ihrer Balalaika-Musik."

Noch mehr als die Griechen oder Libanesen, die Syrier oder Portugiesen, die auch in New York eigene Viertel haben, hängen die Russen in Brighton Beach wie die Kletten zusammen, und die meisten haben einen weiten Weg vor sich, wenn sie sich in die amerikanische Welt integrieren wollen. Wie stark sie der karge sowjetische Alltag geprägt hat, wie fremd ihnen die neue Heimat noch ist, läßt sich in ihren Läden und Restaurants beobachten, wo nicht Kunde und Gast, sondern Verkaufspersonal und Kellner König sind.

Wehe der Kundin, die's im Delikatessengeschäft wagt, auf den Lachs zu zeigen, von dem sie ein paar Scheiben haben will. Ein mürrischer Blick der Verkäuferin ist die Antwort, und die Botschaft ist klar: „Hier bestimme ich, und du nimmst, was du kriegst." Die Kundin bekam ihren Lachs, aber wohl nur, weil sie Nicht-Russin war und Englisch sprach.

Auch David Kutznow, der als Ingenieur in einer russischen Autofabrik arbeitete und jetzt in Brighton Beach ein Geschäft für Elektroartikel betreibt, hat längst gemerkt, daß viele seiner Mitbürger noch längst nicht alle Reste ihrer heimatlichen Mentalität abgeschüttelt haben. Er hat heranwachsende Kinder, die in der amerikanischen Wirklichkeit volljährig werden sollen, und deshalb will er von Brighton Beach wegziehen. „Hier hat jeder eine Chance", meinte er, „aber dazu muß man auch den Sprung ins kalte Wasser wagen." In wenigen Jahren, prophezeit er, wird's in Brighton Beach nur noch Alte geben. Dies mag wohl sein, doch „Little Odessa" ist im erfolgliebenden New York längst die Erfolgsstory. (SAD)

Auch den „kleinen“ Beamten soll es bald bessergehen

DBB-Vize Regenspurger: Weg von den Sozialhilfesätzen / Entscheidung in Kürze

GÜNTHER BADING, Bonn

Die von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann vor dem Deutschen Beamtenbund (DBB) angekündigte Verbesserung der Besoldungsstruktur für Beamte der unteren Einkommensgruppen ist offenbar schon entscheidungsreif. Derzeit erstellen die Ministerien einen Dringlichkeitskatalog, zu dem der Finanzminister Stellung nehmen muß, bevor das Kabinett endgültig beschließt. Im Beamtenbund geht man davon aus, daß diese Entscheidung noch Ende des Monats oder aber im Februar fallen wird.

Zimmermann hatte gesagt, die Beamten des einfachen Dienstes, die teilweise Bezüge in der Nähe des Sozialhilfesatzes erhielten, sollten künftig „amtsangemessen“ bezahlt werden. Im Gespräch mit der WELT untermauerte der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, der CSU-Bundestagsabgeordnete Otto Regenspurger, die in der Öffentlichkeit immer wieder angezweifelte Feststellung, daß die Beamten der unteren Laufbahngruppe tatsächlich oft Bezüge an der Grenze des für die Sozialhilfe maßgebenden Existenzminimums bekommen.

Rechenbeispiele

„So hat beispielsweise in Frankfurt ein Justizwachtmeister einen Nichtseßhaften dem Richter vorführen müssen. Als der bei den Angaben zur Person nach seinen Einkünften befragt wurde, mußte der Beamte zu seinem Erstaunen und Entsetzen feststellen, daß dessen ‚Einkommen‘ aus Sozialhilfe höher war als seine eigene Besoldung.“

An konkreten Rechenbeispielen führt der stellvertretende DBB-Vorsitzende den gängigen Fall eines 32jährigen verheirateten Beamten mit zwei Kindern im Alter von vier und acht Jahren an. In der Besoldungsgruppe A 4, der zum Beispiel die Mehrzahl der Briefzusteller im Postdienst, Hauptwachtmeister oder Triebwagenführer angehören, erhält der Beamte (in der sechsten Dienstaltersstufe, die einem normalen Werdegang beim Alter von 32 Jahren entspricht) monatlich netto 2070,90 Mark.

Ein erwerbstätiger Sozialhilfeempfänger mit demselben Familienstand, der etwa wegen mangelnder Qualifikation gering bezahlt wird, kann durch Sozialhilfe einen Ausgleich auf ein Mindesteinkommen von 1891 Mark beanspruchen. Geht man in die Eingangsämter A 2 und A3 als Berechnungsbeispiel, so veringert sich der Abstand noch: 1943,80 bei A2 und 2012,78 Mark bei A3 gegenüber gleichbleibend knapp 1900 Mark Sozialhilfe.

Selbst nicht erwerbstätige Sozialhilfeempfänger erhalten in vergleichbarer Situation noch 1722 Mark monatlich. (Für die Berechnung der Sozialhilfesätze wurde ein bundesweiter Durchschnitt herangezogen.)

Bei etwas älteren Beamten – zugrundegelegt hat der DBB in seinen Berechnungen einen 38jährigen verheirateten Beamten mit zwei Kindern von zwölf und 16 Jahren – wird die Differenz zur Sozialhilfe noch geringer. So erhält der A 4-Beamte mit 38 Jahren monatlich 2169,39 Mark, der erwerbstätige Sozialhilfeempfänger hat Anspruch auf 2105 Mark; der Nichterwerbstätige immerhin noch auf 1936 Mark. Der A 5-Beamte (Krankenpfleger, Unteroffiziere, Kriminalwachtmeister) erhält monatlich ganze 2176,27 Mark gegenüber 2105 Mark Sozialhilfe.

Zugute kommen sollen die Pläne der Bundesregierung insgesamt etwa 160 000 Beamten des einfachen Dienstes. Widerstand der Länder und Gemeinden steht nicht zu erwarten, weil dort nur 9000 bzw. knapp 1000 Beamte der unteren Laufbahngruppe tätig sind.

Für die Anhebung der unteren Beamteneinkommen gibt es mehrere Modelle. Der Beamtenbund favorisiert die Erhöhung des Ortszuschlags. Dies sei eine familienfreundliche Lösung, weil der Ortszuschlag nach Familienstand und Kinderzahl gestaffelt ist. Allerdings reicht der Ortszuschlag der Tarifklasse I bis zur Besoldungsstufe A 8. Es würde also nicht nur der einfache Dienst profitieren.

„Regelungsbedürftig“

Im Bonner Innenministerium gibt man deshalb der Anhebung der „Harmonisierungszulage“ des unteren Dienstes (derzeit 40 Mark monatlich) auf mindestens den Stand des mittleren Dienstes (67 Mark) den Vorzug. Damit soll auch verhindert werden, daß die Erhöhung zu einem „Sockelbetrag“ wird, der bei der nächsten Besoldungsanpassung auch gutverdienenden Laufbahngruppen zugute kommen würde.

Im Gespräch mit der WELT wies der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Regenspurger, darauf hin, daß der Mißstand der zu knappen Besoldung der „kleinen“ Beamten „seit langem regelungsbedürftig ist“. Trotz ihres angeblichen Eintretens für die sozial Schwachen hätten frühere Regierungen nicht gehandelt.

Regenspurger: „Wer Dienst leistet und dem Staat treu dient, wer dabei auch auf das Streikrecht zur Durchsetzung seiner Forderungen verzichtet, wie es bei Beamten der Fall ist – der hat in jedem Fall ein Recht darauf, mehr zu erhalten als das Existenzminimum der Sozialhilfe.“

Hoppe: Die CDU schafft es nicht allein

HANS-R. KARUTZ, Berlin/Bonn

Die Liberalen werden nach dem Wechsel im Amt des FDP-Parteichefs auf dem Parteitag in Saarbrücken keineswegs auf Hans-Dietrich Genscher verzichten. Vize-Fraktionschef Hans-Günter Hoppe stellte in einem Gespräch mit der WELT fest, „Leute vom Kaliber Genschers verschwinden nicht einfach in der Versenkung“.

Der neue Parteichef Martin Bangemann werde deshalb gern Genschers Rat nutzen. Hoppe sprach der Union die Chance ab, etwa bei der Bundestagswahl 1987 die absolute Mehrheit zu erreichen und damit die FDP entbehrlich zu machen. Knapp vier Wochen vor dem FDP-Parteitag in Saarbrücken sieht der Berliner Bundestagsabgeordnete die Nachfolge-Situation folgendermaßen:

„Genscher wird den neuen Parteivorsitzenden nicht behindern, sondern selbstverständlich unterstützen. Andererseits ist Genscher ein politisches Schwergewicht, auf dessen Erfahrung die Partei und ihr neuer Vorsitzender bauen können. Es wäre unklug, die vorhandenen Ressourcen nicht zu nutzen.“

Hoppe stellte sich in der Grenzthematik voll hinter den in jüngster Zeit wegen umstrittener Äußerungen mehrfach scharf angegriffenen Bundesaußenminister: „Selbstredend kann und will die Bundesrepublik einer friedensvertraglichen Regelung (der deutschen Ostgrenze, d. Red.) nicht vorgreifen. Dies ist in den Ostverträgen auch mehrmals deutlich klargestellt worden.“ Dennoch könne Bonn schon heute – wie durch Genscher und Bundespräsident von Weizsäcker geschehen – die politische Aussage treffen, daß von unserer Seite keine Grenzveränderungen verlangt werden.

Zu den Äußerungen von CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel nach der Kreuther Tagung, die Union müsse 1987 so stark werden, daß sie allein stärker als SPD und Grüne werde, meinte Hoppe: „Daß die CSU zur Zeit recht forsche Töne anschlägt, ist verständlich. Herr Waigel wäre ein schlechter Landesgruppenchef, wenn er jetzt schon alle Hoffnungen begraben würde, irgendwann einmal auch die absolute Mehrheit für die CSU und ihre Schwesterpartei erreichen zu können“.

Außerordentlich kritisch ging Hoppe mit den Bestrebungen der Berliner CDU ins Gericht, im laufenden Wahlkampf auf die verbündeten Liberalen keine Rücksicht mehr zu nehmen: „Ohne den Rückenwind der FDP präsentiert sich die Berliner CDU nicht gerade in Goldmedaillen-Verfassung.“ Hoppe warf der Berliner CDU vor, Gefahr zu laufen, bei ihrem Wahlkampf den „gemeinsamen politischen Gegner aus dem Auge zu verlieren. Wer heute sein ganzes politisches Kapital auf die lahme und chancenlose Außenseiterin namens ‚Alleinregierung‘ setzt, wird sein rotgrünes Wunder erleben.“

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Jede zweite Kilowattstunde Strom kommt aus einem Kernkraftwerk

Von PETER SCHMALZ

Im Kontrollraum des bayerischen Kernkraftwerkes Gundremmingen kam ein Schreiber ins Zittern: Der Stift zeichnete Kurven auf das Meßblatt, die dem Wach-Ingenieur ungewöhnliche Schwingungen an der Turbinenwelle im Block C signalisierten. Der Reaktor wurde nach kurzer Rücksprache abgeschaltet, und nach zweitägiger Abkühlzeit konnte die Suche nach der Ursache für den Störfall beginnen. Dabei wurde entdeckt, daß drei Laufschaufeln der Turbine abgerissen sind und nebenliegende Teile beschädigt haben. Die Reparatur wird mindestens zwei Wochen dauern.

Ebenfalls eine kleine Ursache hatte bereits vor einigen Tagen einen kurzen Stillstand in diesem Block erzwungen, nachdem an einer Umleitstation, die im normalen Betrieb nicht benutzt wird, bei Tests leicht radioaktiver Dampf aus einer Schweißnaht ausgetreten war und vier parallel verlaufende Rohre auf der Länge von einem Meter ausgetauscht werden mußten.

Nach Angaben der Werksleitung bestand in keinem der beiden Fälle jemals Gefahr für Mitarbeiter oder Bevölkerung. Bei den Störfällen handele es sich noch um unbedenkliche Anlaufschwierigkeiten eines Kraftwerkes, das vor drei Monaten erstmals seine volle Leistung von 1310 Megawatt brachte und das vor einer Woche an die Betreiber, die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke zu 60 und die Bayernwerke zu 40 Prozent, übergeben wurde.

In der Münchner Bayernwerk-Zentrale rechnet man damit, daß auch Block C in Gundremmingen ähnlich zuverlässig Strom liefern wird wie der Reaktor in Grafenrheinfeld bei Schweinfurt, der als Weltmeister seiner Klasse gilt: Im vergangen Jahr lieferte dieses Kernkraftwerk 10,15 Milliarden Kilowattstunden und damit mehr als jeder andere auf der Welt installierte 1300-MW-Reaktor. Für die Zuverlässigkeit der deutschen Kernkraftwerke spricht, daß auch die beiden folgenden Plätze der Weltbestenliste von ihnen besetzt sind: Das Kraftwerk Krümmel wurde mit 10,10 Milliarden Kilowattstunden zweiter, das Werk Unterweser mit 10,01 dritter.

In keinem anderen Bundesland wird der Kernenergie ein ähnlicher Vorrang eingeräumt wie in Bayern. „Wir haben“, meinte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler kürzlich, „zur rechten Zeit auf die Kernenergie gesetzt, und deshalb müssen wir uns nicht vor einem Smog-Alarm wie dem in NRW fürchten.“

In der Tat ist der Anteil des sauberen Atomstroms in Bayern in den vergangenen Jahren kontinuierlich

Landesbericht Bayern

gestiegen. Im vergangenen Jahr stammte bereits jede zweite im Freistaat verbrauchte Kilowattstunde aus einem Kernkraftwerk. Die Bayernwerke als größter bayerischer Stromlieferant haben geplant, nach dem Zuschalten des Werkes Isar II voraussichtlich Mitte 1988 mindestens 55 Prozent ihres Bedarfs aus der Kernkraft und jeweils 15 Prozent aus der Wasserkraft, der Braun- sowie der Steinkohle zu holen. Der Öl-Einsatz lag schon 1984 „so gut wie bei Null“, wie Bayernwerk-Sprecher Walter Weber gegenüber der WELT erklärte.

Über die Präzision, mit der Grafenrheinfeld arbeitet, sind sogar seine Besitzer überrascht. Man hatte für den Druckwasserreaktor eine jährliche Betriebszeit von 6500 Stunden kalkuliert, tatsächlich brachte er es im abgelaufenen Jahr aber auf 7800 Stunden. Für die gesamte Kernkraftleistung der Bayernwerke war eine Verfügbarkeit von 75 Prozent erhofft, die Realität aber brachte 90 Prozent.

„Das ersparte uns Ausgaben, die wir nun für den Umweltschutz und für günstige Strompreiskalkulationen einsetzen können“, sagt Bayernwerk-Vorstand Jochen Holzer. Eine für den Sommer geplante Strompreiserhöhung kann deshalb auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Holzer wagt sogar die Ankündigung, daß die bayerischen Strompreissteigerungen „für den Rest dieses Jahrzehnts unter der Inflationsrate“ liegen werden. Dank der Kernenergie sank der bayerische Stromtarif erstmals sogar unter den Bundesdurchschnitt.

Steigend ist dagegen der Verbrauch. Wurde für die Kalkulation von Isar II noch ein jährliches Verbrauchsplus von 3,7 Prozent angenommen, was von zahlreichen Atomgegnern als weit übertrieben kritisiert wurde, so lag der Zuwachs 1983 bei 5,3 und 1984 bei knapp fünf Prozent. Der Bundesschnitt betrug im letzten Jahr 3,9 Prozent.

Dafür wird in seinem Hause sehr viel von Umweltschutz gesprochen. 1976 hatten die konventionellen Stromwerke des Münchner Energiekonzerns noch 400 000 Tonnen Schwefeldioxid in den Himmel gepustet, in den vergangenen zwölf Monaten waren es nur noch 75 000 Tonnen. Weber: „Wir sind damit beispielhaft in der Bundesrepublik.“ Bis 1989 soll in die Filteranlagen über eine Milliarde Mark investiert und der Jahresausstoß von SO_2 auf unter 20 000 Tonnen gesenkt sein. Das sind nur noch fünf Prozent der Emission von 1976.

Geldstrafe gegen Jens verhängt

rtr, Stuttgart

Der 61jährige Tübinger Rhetorik-Professor Walter Jens ist gestern vom Amtsgericht Schwäbisch-Gmünd wegen Nötigung zu einer Geldstrafe von 20 Tagessätzen zu jeweils 150 Mark verurteilt worden. Die Verkündung des Urteils gegen den Tübinger Theologen Norbert Greinacher wurde wegen dessen Erkrankung auf Donnerstag verschoben.

Das Gericht fand Jens für schuldig, am 24. Juni 1984 an der Blockade einer Zufahrtstraße zum US-Militärgelände Mutlangen teilgenommen zu haben, auf dem Pershing II-Raketen stationiert werden. Durch diese Handlung habe er drei US-Armeefahrzeuge zum Anhalten genötigt. Nach Angaben des baden-württembergischen Justizministeriums ist ein Ende der „Prozeßlawine“ wegen der Blockaden in Mutlangen, Heilbronn, Stuttgart-Vaihingen und Münsingen noch nicht abzusehen. Bis Ende 1984 gingen bei den vier zuständigen Staatsanwaltschaften mehr als 2100 Anzeigen wegen Nötigung ein, mehr als die Hälfte davon betrafen Sitzblockaden in Mutlangen.

CSU gegen Wörners Pensionierungsplan

lz. München

Wie bereits die bayerische Staatsregierung sprach sich gestern auch der CSU-Vorstand in München gegen den Plan des Bundesverteidigungsministeriums aus, 1500 Offiziere vorzeitig in Pension zu schicken. „Wir verkennen nicht die Probleme, die der Bundeswehr aus einer gewissen Altersgliederung entstehen“, erklärte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler gestern nach der Sitzung, „aber wir sind der Meinung, daß sie im Bereich der Bundesverwaltung gelöst werden müssen und können.“ Allerdings ließ der CSU-Politiker eine Kompromißmöglichkeit für den Fall erkennen, daß die Konditionen der Frühpensionierung geändert werden.

Auf der gestrigen CSU-Sitzung wurde Tandler nun endgültig als Generalsekretär bestellt. Parteichef Strauß hat ihn gebeten, dieses Amt bis zur Bundestagswahl 1987 wahrzunehmen. Der ehemalige Straußreferent Wolfgang Held wurde zum stellvertretenden Generalsekretär ernannt. Held gilt als zukünftiger Nachfolger Tandlers.

Verdienstkreuz zurückgestellt

dpa, Düsseldorf

Der Düsseldorfer Regierungspräsident Hermann Strich hat die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den Karstadt-Manager Theodor Althoff vorläufig ausgesetzt. Nach der Veröffentlichung des Hamburger Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ vom Wochenende, der zufolge Althoff in die Parteispendenaffäre verwickelt sein soll, hatte der Regierungspräsident in Abstimmung mit der Düsseldorfer Staatskanzlei die Aushändigung der Auszeichnung gestern kurzfristig verschoben.

Die Verleihung könne bei zeitgleicher Einleitung eines Strafverfahrens zu „Fehlschlüssen in der Bevölkerung“ führen, die der „höchsten Auszeichnung der Bundesrepublik im Ansehen schaden“, begründete Strich seine Entscheidung. Der Regierungspräsident überreicht in Vertretung des Bundespräsidenten Orden und Urkunden auf Landesebene. „Zumindest seit 1978“ sei es Praxis, die Ordensübergabe aufzuschieben, wenn zwischen Ausstellung und Verleihung ein Strafverfahren gegen den Auszuzeichnenden anhängig werde.

Warnung eines Synodalen

idea, Witten

Nach Meinung des EKD-Synodalen, Pastor Johannes Hansen, zeigt sich die Erosion der Volkskirche bereits „bis in die Gottesdienste“. Hansen verband seine Warnung mit der Aufforderung an die evangelische Kirche, daß es hohe Zeit für eine Wende zur Mission im eigenen Land sei. Der Synodale rechnet mit 4,5 Millionen Kirchenaustritten in den nächsten zehn Jahren – das entspricht der Mitgliederzahl einer großen Landeskirche. Die zweite große EKD-Studie, die Ende vergangenen Jahres veröffentlicht wurde, beurteilt Hansen kritisch: Sie rate lediglich zur Fortführung der schon bestehenden Arbeit. „Nirgendwo spürt man auch nur im Ansatz Betroffenheit über die wahrhaft desolate religiöse Verfassung der Kirchenmitglieder.“ Diese seien weithin nicht mehr in der Lage, über ihren Glauben zu reden. Zur Belebung der Kirche hofft Hansen auf eine „wachsende Zahl von missionarischen Basisgemeinden in allen Landeskirchen“. Ferner plädiert er für einen Theologenkongreß zum Thema „Evangelisation in der Volkskirche“.

Urteil zu V-Mann im Zeugenstand

dpa, Karlsruhe

Der Karlsruher Bundesgerichtshof (BGH) hält in Strafverfahren die Wahrung der Anonymität sogenannter V-Leute durch die zuständigen Behörden nur bei „konkreter Gefahr“ für Leib und Leben für angebracht. Nach einem gestern vom zweiten BGH-Strafsenat veröffentlichten Grundsatzurteil darf die Polizei ihren V-Leuten im Blick auf die Wahrung ihrer Anonymität in einem späteren Strafverfahren keine „uneingeschränkte Vertraulichkeitszusage“ geben. Damit grenzte der BGH jetzt in einem Fall der Enttarnung eines Rauschgiftgeschäfts die Stellung des V-Mannes als Zeuge in Strafverfahren weiter ein.

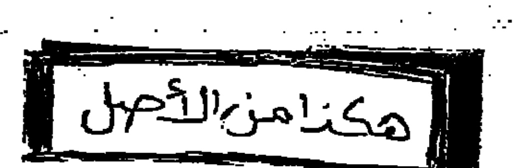
Wenn die Strafverfolgungsbehörden ihre Entscheidung zur Sperrung des V-Mannes nicht konkret mit Leibes- oder Lebensgefahr für den Zeugen begründen können und das Gericht dennoch seine richterliche Vernehmung nicht erreichen kann, darf dieses Beweismittel nach Feststellung des BGH nicht verwertet werden. Aktenzeichen: 2 StR 526/84 vom 5. Dezember 1984.

„Weltraum längst militarisiert“

DW. Bonn

Zur Definition des Begriffes „Militarisierung des Weltraums“ hat der CDU-Abgeordnete Todenhöfer einen neuen Aspekt beigesteuert, der in diese Debatte auch die vorhandenen ballistischen Raketen mit einbezieht.

Todenhöfer, der die Kritik Moskaus an der geheimen amerikanischen Shuttle-Mission scheinheilig nannte, weil auch Moskau seit Jahren Satelliten mit militärischen Aufgaben in den Weltraum schicke, wies in Bonn darauf hin, daß Raketen, von Interkontinentalsystemen bis zur SS 20, auch als Weltraumwaffen anzusehen seien, denn „90 Prozent ihres Fluges werden im Weltraum zurückgelegt“. Damit sei der Weltraum „bedauerlicherweise seit vielen Jahren längst militarisiert“. Moskau könne einen großen Beitrag zur Demilitarisierung des Weltraums leisten, wenn es auf den amerikanischen Gedanken eines Abbaus aller ballistischen Offensivwaffen eingehe, denn „die größte Gefahr für die Menschheit geht zur Zeit nicht von Satelliten aus, sondern von Atomraketen, die den Weltraum als Anflugbasis benutzen“.



KVAE stand immer für Ost-West-Kontinuität

Ab heute fünfte Sitzungsrunde / In der Sonne von Genf

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Stockholmer Konferenz der 35 Staaten wird heute nach einer längeren Pause zum Jahreswechsel die Arbeit wiederaufnehmen. Nach vier Tagungsperioden im letzten Jahr startet bei der Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) nun die fünfte Sitzungsrunde. Wenn dann schließlich auch am 12. März die USA und die UdSSR zur Begrenzung der strategischen Waffen (Weltraum, START und INF) in Genf zusammenkommen und in Wien die MBFR-Gespräche weitergehen, läßt sich sagen, zwischen West und Ost hat sich nach der Kälteperiode um den Stationierungsbeginn der westlichen Mittelstreckenwaffen in Europa das allgemeine Interesse nach offiziellen Kontakten endgültig durchgesetzt.

Nach Ansicht westlicher Diplomaten wurde die KVAE trotz der sowjetischen Blockadepolitik bei INF und START im vergangenen Jahr davon nicht berührt, weil es der Sowjetunion offenbar darum ging zu verdeutlichen, an Zusammenarbeit und friedlichem Ausgleich sei ihr gelegen, vor allem auch an Verzicht auf Gewalt. Dies sei freilich mehr ein propagandistisches Ziel gewesen. Belegt wird diese Annahme vor allem von der Ergebnislosigkeit des ersten Stockholmer Konferenzjahres, die auf das Konto sowjetischer Unzugänglichkeit zu verbuchen sei, hieß es in westlichen Kreisen.

Spürbarer Optimismus

Für die nun beginnende Arbeit der KVAE neigen westliche Diplomaten zu einem gewissen Optimismus. Sie führen dafür zwei Gründe an. Zum einen die gewiß nicht zu leugnende „atmosphärische Verknüpfung" von Stockholm mit dem in Genf zu erwartenden Konferenzgeschehen. Zum anderen aber auch die Tatsache, daß im Gegensatz zu allen anderen Verhandlungsforen die KVAE bis Frühherbst 1986 beendet sein und deshalb bis dahin ein Ergebnis vorliegen muß.

Dies ist im Auftrag der Konferenz so formuliert. Sie ist ein Ableger des sogenannten KSZE-Prozesses. In der vorläufig letzten Überprüfungskonferenz in Madrid für die Schlußakte von Helsinki (im August vor zehn Jahren verabschiedet) hatten die 35 Teilnehmer-Staaten das KVAE-Mandat in der erwähnten Form beschlossen.

Der für Stockholm spürbare Optimismus stützt sich aber auch auf Entwicklungen in der letzten Konferenzrunde. Als die sowjetischen Diplomaten ihren Widerstand gegen einen Organisationsplan aufgegeben hatten, war der Weg frei, der Konferenz eine „Arbeitsstruktur" zu geben. Im Wechsel mit der Debatte politischer Grundsatzprobleme sollen Spezialgruppen Fragen über Möglichkeiten einer größeren Vertrauensbildung im militärischen Bereich beraten. Diese Gruppen werden zum ersten Mal tagen und alle Teilnehmer zwingen, die Gründe zu erläutern, falls sie mit Lösungsvorschlägen, wie sie von der Mehrheit unterstützt werden, nicht einverstanden sein sollten. Dieses Verfahren wird es der Sowjetunion nach Ansicht diplomatischer Kreise schwer machen, sich nur auf Obstruktion zu verlegen.

Günstige Konstellation

Denn immerhin sind die NATO-Länder bei ihrem Verlangen, in Europa zu mehr militärischer Stabilität durch größere Offenheit auch im Machtbereich der Sowjetunion zu gelangen, in der Gesellschaft der neutralen und nichtgebundenen Länder (N + N). Sie legten Vorschläge zum Austausch militärischer Informationen, zur Ankündigung militärischer Übungen, zum Besuch von Inspektoren und zur Einrichtung ständiger Kommunikationsmittel zwischen beiden Paktsystemen vor, die denen von den NATO-Verbündeten unterbreiteten recht ähnlich sind. Die Sowjetunion kann sich also bei der Ablehnung solcher Initiativen nur noch der Unterstützung durch die Staaten des Warschauer Paktes sicher sein.

Trotz dieser für den Westen günstigen Konstellation sehen westliche Kreise keinen Anlaß zu hochgespannten Erwartungen. Solange die Sowjetunion das einfache Verlangen der NATO, sie möge bekanntgeben, wie das im Westen üblich ist, wo Divisionen und Hauptquartiere ihre Standorte haben, als „Spionageversuch" diffamiert, kommt es in Stockholm nicht zur Bildung von Vertrauen, heißt es.

Über Jüdischen Weltkongreß sucht Israel eine Aussprache mit Moskau

Peres bittet Bronfman um Kontaktvermittlung / Sowjetische Gesprächsbereitschaft

RAFAEL SELIGMANN, Wien

Hinter dem Schirm der Emotionen um den Fall Reder leistete die gestern beendete Tagung des jüdischen Weltkongresses in Wien effektive politische Arbeit. Der Weltkongreß ist als internationale jüdische Menschenrechtsorganisation ständig bemüht, die Lebensbedingungen der Juden in allen Ländern zu verbessern – vor allem in den Staaten, in denen die humanen, religiösen und politischen Rechte der Juden eingeschränkt sind.

Bereits der Tagungsort Wien hatte bei einer Reihe von Delegierten zwiespältige Reaktionen hervorgerufen. Erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg fand ein Kongreß in einem rein deutschsprachigen Land statt. Die Wahl Wiens wurde von der Exekutive des jüdischen Weltkongresses den Delegierten unter anderem mit den „hervorragenden Erfahrungen" begründet, die man mit der Kulturtagung „Versunkene Welt" im vergangenen November gesammelt hatte. Das war aber nur ein Anlaß. Der entscheidende Grund liegt in der geopolitischen Lage Wiens. Dies machte der Präsident des Weltkongresses Edgar Bronfman in einem Pressegespräch deutlich.

Drei Forderungen

Der Weltkongreß konzentriere zur Zeit einen wesentlichen Teil seiner Anstrengungen darauf, das Los der etwa drei Millionen Juden in der Sowjetunion zu verbessern. Wobei man die Methode der stillen Diplomatie, die der langjährige Präsident Nachum Goldmann praktiziert hatte, zu einer Doppelstrategie ausgeweitet habe. Heute unterstütze man durchaus auch offene Demonstrationen gegen die Unterdrückung der sowjetischen Juden. Denn Moskau lege Wert auf die öffentliche Meinung in den westlichen Demokratien. Es fiel auch auf, daß sämtliche Staaten Osteuropas Delegationen zu dem Kongreß nach Wien entsandt hatten, bis auf die Sowjetunion, die derzeit keine diplomatischen Beziehungen zu Jerusalem unterhält.

Der Kongreß versuche, so Bronfman, den sowjetischen Juden in dreifacher Hinsicht zu helfen. Einmal soll Moskau dazu bewegt werden, den ausreisewilligen sowjetischen Juden die Emigration zu gestatten, zum anderen soll den in der UdSSR verbliebenen Juden erlaubt werden ‚ihre religiösen, kulturellen und sprachlichen Eigenheiten zu entfalten; und schließlich sollen politische Häftlinge freigelassen, zumindest aber ihre Lebensbedingungen verbessert werden. Bronfman machte deutlich, daß der sowjetische Botschafter in den Vereinigten Staaten ihm unlängst zu verstehen gegeben habe, daß Moskau an



Edgar Bronfman FOTO:AP

gemeinsamen jüdisch-sowjetischen Feiern zum Jahrestag der deutschen Kapitulation interessiert sei. Moskau wollte sogar eine förmliche Feststellung des Kongresses dazu erhalten. Der Präsident des jüdischen Weltkongresses wurde in diesem Sinn auch zu einem Besuch im März in die Sowjetunion eingeladen.

Bronfman betonte, daß Moskau sein Verhältnis zu den Juden weitgehend vom Stand der Ostwest-Beziehungen abhängig mache. Insoweit bestehe zur Zeit Hoffnung sowohl für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Juden in der Sowjetunion als auch für eine erneute Zulassung von Ausreisen sowjetischer Juden. Israel Singer, der Exekutiv-Direktor des Kongresses , sagte gegenüber der WELT, ein langfristiges Ziel des jüdischen Weltkongresses sei die Errichtung einer Filiale seiner Organisation in der Sowjetunion. Er äußerte die Hoffnung, daß „bereits in den nächsten Monaten" die Zahl der ausreisenden sowjetischen Juden zunehmen werde.

Bei dem bevorstehenden Besuch Bronfmans in der Sowjetunion wird auch das Verhältnis Moskau–Jerusalem zur Sprache kommen. Bronfman sagte, der israelische Ministerpräsident Shimon Peres habe ihn gebeten, im Kreml für eine erneute Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Israel einzutreten. Moskau, dessen Ziel eine internationale Nahost-Konferenz mit sowjetischer Teilnahme sei, müsse zur Zeit daran interessiert sein, den Eindruck einer vollständigen, einseitigen Parteinahme für die arabische Seite zu vermeiden. Die Erneuerung diplomatischer Beziehungen mit dem jüdischen Staat sei ein Weg hierzu. Der Preis sei nach Meinung Peres' für die Sowjetunion erschwinglich, um im politischen Nahost-Geschäft zu bleiben.

Washingtons Zusage

Einen großen Teil seiner Energien konzentriert der jüdische Weltkongreß auf die Bekämpfung der diffamierenden Gleichsetzung von Zionismus mit Rassismus. Am Rande der Tagung wurde bekannt, daß US-Präsident Reagan zugesagt habe, Washington werde auf der bevorstehenden Konferenz der Vereinten Nationen in Nairobi gegen jede Resolution stimmen, die Zionismus mit Rassismus gleichsetze. Sollte es dennoch zu einem derartigen Beschluß kommen, werde die US-Delegation die Tagung verlassen. Die Teilnahme des stellvertretenden UN-Generalsekretärs James Jonah aus Sierra Leone an der Wiener Tagung zeigt, daß die Interventionen des jüdischen Weltkongresses in dieser Frage bei den Vereinten Nationen durchaus ernstgenommen und beachtet werden.

Zur Frage der Ausreise äthiopischer Juden wurde auf der Konferenz bekannt, daß dieses Problem ausschließlich in der Regie Jerusalems liege. Bronfman erklärte gegenüber der WELT jedoch, daß er sich zur Zeit bemühe, Kairo zu bewegen, den ausreisenden äthiopischen Juden als Zwischenstation zu dienen, da Sudan eine direkte Überführung der Falaschas nach Israel verweigere.

Nicaragua macht dem Papst die größten Sorgen

Die Befreiungstheologie ist der rote Faden der Reise

WERNER THOMAS, Caracas

Schon wenige Stunden nach seiner Ankunft in Venezuela griff der Papst das kontroverse Thema auf. Er warnte im Kreis von Bischöfen vor einer „Abweichung" vom Evangelium. Die christliche Botschaft dürfe nicht zum „Instrument von Ideologien und politischen Strategien auf der Suche nach einer illusorischen irdischen Befreiung" mißbraucht werden.

Die Problematik der Befreiungstheologie wird sich wie ein roter Faden durch diese zwölftägige Lateinamerika-Reise ziehen. Energischer denn je will Johannes Paul II. den Subkontinent, auf dem 400 Millionen der 800 Millionen Katholiken der Welt leben, gegen die sektiererischen Strömungen linker Priester mobilisieren. Es ist kein Zufall, daß er die längste Zeit, fünf Tage, in Peru verbringt: In diesem Land wurde die „Teologia de la liberacion" geboren. Der peruanische Priester Gustavo Gutierrez war in den sechziger Jahren ihr erster Prophet.

Der Vatikan hat im vergangenen Jahr damit begonnen, klare Grenzen zu ziehen. Auf seinem Flug nach Venezuela erläuterte der Papst seiner Presse-Begleitung, es würden „verschiedene Befreiungstheologien" existieren. „Wir dürfen deshalb nicht verallgemeinern." Es gibt mindestens drei Richtungen. Die radikalste will Rom nun ächten.

Wer Klassenkampfparolen predigt und mit marxistischen Methoden die soziale Misere analysiert, soll isoliert werden. In der ersten Reihe dieser Priester-Front stehen die nicaraguanischen Minister Ernesto und Fernando Cardenal und Miguel d'Escoto. Ernesto Cardenal, der Kulturminister, bekennt sich offen zum Marxismus. Er habe „durch das Evangelium den Weg zum Marxismus gefunden", erzählte er einmal. Die Cardenals und d'Escoto, die gegen den Willen des Vatikans weiter der sandinistischen Revolution dienen, dürfen nun nicht mehr ihre geistlichen Funktionen ausüben noch sich „Padre" nennen.

Der nicaraguanische Erzbischof Miguel Obando Y Bravo verteidigt, vom Vatikan ermutigt, resolut die Position der Amtskirche gegen die Herausforderung der linken „Volkskirche", die mit der offenen Unterstützung der sandinistischen Comandantes operiert. Obando kam nun nach Venezuela, um Johannes Paul die letzten Entwicklungen dieses Konfliktes zu schildern. Die Nicaragua-Situation bereitet dem Papst mehr Sorgen als alle anderen Probleme in Lateinamerika: Nirgendwo sonst, auch nicht in Kuba, versucht eine Regierung die Autorität der Bischöfe so zu untergraben.

Der Papst befürchtet eine Unterwanderung der katholischen Kirche durch die marxistische Ideologie. Der nicaraguanische Erzbischof teilt diese Befürchtungen. „Die Marxisten suchen unter dem Vorwand, den Armen helfen zu wollen, die taktische Partnerschaft mit der Kirche", sagt er. „Wer am Ende wessen Interessen dient, ist klar." Er verweist auf das Beispiel der geistlichen Minister in Managua.

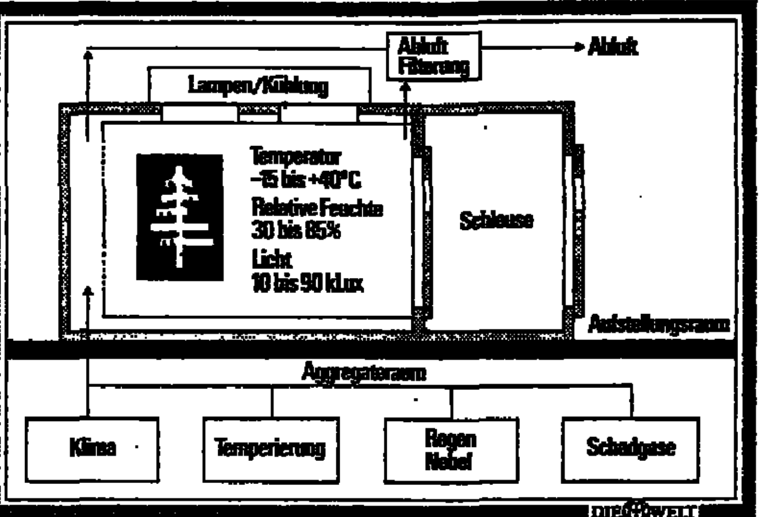
Nun hat selbst Lateinamerikas prominentester Marxist die Religion entdeckt, Fidel Castro. Kürzlich bekannte er amerikanischen Kongreßabgeordneten: „Ich bin ein Christ." In den letzten Tagen durfte eine Delegation amerikanischer Bischöfe zum ersten Mal das kommunistische Kuba besuchen, Castro empfing die Gäste. Als er Anfang Januar zur Amtseinführung des neuen sandinistischen Präsidenten Daniel Ortega in Managua weilte, lud er einen der schärfsten Kritiker der Comandantes zu einem Besuch nach Havana ein: Pablo Antonio Vega, den Präsidenten der nicaraguanischen Bischofskonferenz. Vega will tatsächlich kommen.

Der Papst bemüht sich, den Befreiungstheologen den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem er immer wieder die „soziale Mission" der Kirche betont. „Christus wünscht allen Menschen ein würdiges Leben", erklärte er jetzt in Venezuela, „allen Menschen." Er verurteilte die „ungerechte Verteilung des Reichtums". Bereits bei der dritten lateinamerikanischen Bischofskonferenz 1979 im mexikanischen Puebla gab er die Losung der „Option für die Armen" aus.

Johannes Paul II. glaubt nicht, daß persönliche Aussprachen mit den Vertretern der Befreiungstheologie etwas nützen. Er meidet solche Kontakte, er geht ihnen aus dem Weg. So hält er es auch diesmal. Auf die Frage, ob er in Peru Gustavo Gutierrez sehen werde, antwortete er: „Das steht nicht auf dem Programm." (SAD)

Über die Ursachen des Waldsterbens wird viel spekuliert. Vor allem welche Faktoren und welche Schadstoffe in welcher Zusammenwirkung den Tod der Bäume verursachen, ist bisher nicht erwiesen. Die Wechselwirkungen in der freien Natur lassen sich nicht genau analysieren. In neuartigen „Expositionskammern" werden die Umweltbedingungen nun simuliert.

Um den Wirrwarr mit den vielen Hypothesen zu beenden, wird der Wald ins Labor geholt



Die verschiedensten Umweltbedingungen, die möglicherweise für das Waldsterben verantwortlich sind, können in den neuartigen „Expositionskammern" simuliert werden, vom schönsten Sonnenschein bis hin zu saurem Regen und Nebel

Von D. GURATZSCH

Bei der Fahndung nach den Ursachen des Waldsterbens wird von den Wissenschaftlern kriminologischer Spürsinn gefordert. Zwar stimmen alle namhaften Waldforscher der Bundesrepublik darin überein, daß die „neuartigen Waldschäden", von denen bereits die Hälfte des deutschen Waldes gezeichnet ist, durch Luftschadstoffe verursacht werden. Aber bis heute ist es nicht gelungen, die auslösenden Faktoren zweifelsfrei zu benennen. Die Tatsache, daß die Schäden trotz unterschiedlicher Klima- und Bodenverhältnisse großflächig auftreten, daß sie in Reinluftgebieten ebenso beobachtet werden wie in hochbelasteten Verdichtungsräumen, hat bereits die abenteuerlichsten Spekulationen ausgelöst.

Der bayerische Umweltminister Alfred Dick hat daraus kürzlich den Schluß gezogen, „daß die Waldschäden sehr verschiedenartige Ursachen haben und daß diese Einflüsse in den verschiedenen Gebieten unterschiedlich wirksam sind." Um den Wirkungszusammenhängen auf die Spur zu kommen, müsse „sämtlichen, möglicherweise ursächlichen oder mitursächlichen, Einflußgrößen in interdisziplinärer Zusammenarbeit" nachgegangen werden.

In der freien Natur sind diese Einflußgrößen aber nur schwer systematisch zu erfassen. Sie treten niemals einzeln auf, sondern in wechselnden Kombinationen und überdies auch in wechselnder Intensität. Deshalb ist es bisher auch nur gelungen, ganze Bündel von Faktoren zu benennen, wie zum Beispiel Schwefeldioxid, Stickoxide, Ozon, Schwermetalle, Versauerungsschübe im Waldboden, saurer Nebel, extreme Witterungseinflüsse, Schadinsekten und Mikroorganismen, ohne daß eine schlüssige Kausalkette aufgestellt werden konnte.

Nun soll dem Wirrwarr der Hypothesen mit neuen Versuchsanordnungen begegnet werden. Dabei wird der Wald ins Labor geholt, um die Überlagerung unterschiedlicher und auch unbekannter Einflüsse in der Natur auszuschließen. Zu diesem Zweck hat die Gesellschaft für Strahlen- und Umeltforschung (GSF) in München-Neuherberg, die im vergangenen Jahr mit der Koordinierung der Waldschadensforschung in Bayern beauftragt worden ist, Anfang des Jahres neuartige „Expositionskammern" in Betrieb genommen, in denen sich oberbayerisches Föhnwetter ebenso simulieren läßt wie ein Regentag im Ruhrgebiet.

Von Sonne bis Regen läßt sich alles simulieren

Entwickelt wurden die Kammern, die acht Millionen Mark kosten und für die es in der ganzen Welt kein Gegenstück gibt, von einer Firma in Balingen (Baden-Württemberg).

Sie haben eine Größe von 3,5 mal 2,8 Meter und sind zweieinhalb Meter hoch. In den Kammern lassen sich Temperaturen von minus 15 bis plus 40 Grad Celsius einstellen, die Luftfeuchte ist variabel, die Experimentatoren können Regen und Nebel erzeugen. Ebenso können sie Windgeschwindigkeiten bis 0,7 Meter pro Sekunde herbeiführen und strahlenden Sonnenschein oder diffuses Tageslicht simulieren. Durch die Verbindung von Xenonstrahlern und speziellen Metallhalogenid-Brennern mit einem ausgeklügelten Filtersystem gelang es, wie die Herstellerfirma versichert, sogar das Sonnenlicht „naturgetreu nachzubilden". Dabei wird der extreme Wert von 130 000 Lux erreicht – realistisch für Reinluftgebiete in den Hochalpen und an den Küsten.

Wie Hans-Dieter Payer von der GSF erläutert, sind die ersten Versuchspflanzen bereits zum Jahreswechsel in die Kammern verbracht worden: vierjährige Fichtenstecklinge aus einheitlichem genetischen Material. Die acht kleinen Kammern sollen mit je zwölf Bäumchen bestückt werden. Auf die Pflanzen warten wahre Martern.

Die Versuche beginnen mit der Zuführung von Ozon, das in der Natur in 20 bis 40 Kilometern Höhe unter starker Sonneneinstrahlung aus Sauerstoff, aber auch aus den Stickoxiden der Autoabgase und aus Kohlenwasserstoffen gebildet wird. Schon in geringsten Konzentrationen wirkt das Reizgas gewebezerstörend. Dabei wird die äußere Haut der Pflanzenzellen verätzt, so daß Flüssigkeit aus dem Zellinneren austritt. Außerdem wird das Blattgün zerstört, das für die Ernährungsprozesse der Pflanze wichtig ist. Empfindliche Pflanzen wie Kiefern werden bereits bei Überschreitung der natürlichen Ozongehalte, die bei 20 bis 30 Mikrogramm (Millionstel Gramm) pro Kubikmeter Luft liegen, beschädigt. Im Münchner Labor aber sollen Konzentrationen von 40 bis 200 Mikrogramm erzeugt werden, wie sie in sonnenreichen Sommern in Reinluft- und in Ballungsgebieten gemessen wurden.

Die Wirkung des Ozons soll in München mit anderen Einflüssen kombiniert werden: mit sauren Nebeln (ph-Wert 3), mit extrem starken Frösten, mit schlechten und gedüngten Böden. Um Vergleichsmöglichkeiten zu haben, wollen die Forscher jeweils nur einen Teil der Pflanzen dem jeweiligen Schadfaktor aussetzen.

Schadinsekten sind später an der Reihe

Außerdem haben sie die Absicht, in alle Kammern Schwefeldioxid zu geben, da dieses Schadgas die Wirkung des Ozons ganz erheblich verstärkt. Es entsteht bei der Verbrennung fossiler Energieträger allein in der Bundesrepublik in einer Menge von bis zu vier Millionen Tonnen im Jahr und wird in der Luft 1000 Kilometer und weiter transportiert.

In den Münchner Laborversuchen, die im ersten Durchgang etwa ein halbes Jahr dauern werden, wird man versuchen, gerade über diese Kombinationswirkungen nähere Aufschlüsse zu erhalten. Später soll auch der Einfluß von Pilzen, Bakterien, Viren und Schadinsekten im Laborversuch studiert werden. Allerdings meldet sich auch schon erste Kritik. Professor Franz Nienhaus vom Institut für Pflanzenkrankheiten der Universität Bonn: „Die meisten Schäden zeigen sich an alten Bäumen – und wie will man die in das Labor bringen?"

Dienst für Wetterfühlige kann Arzt nicht ersetzen

Medizin-meteorologischer Service für die Öffentlichkeit

Von HEINZ PANZRAM

Als erster und einziger Wetterdienst der Welt bieten die Offenbacher Meteorologen in Zusammenarbeit mit der Landesärztekammer Hessen einen „medizin-meteorologischen Informationsdienst für die Öffentlichkeit" an. Für Ärzte, Kliniken, Sanatorien und Apotheker gibt es solche Hinweise auf die vom Wetter für die Gesundheit ausgehenden Gefahren schon seit etwa 15 Jahren. Neu ist der Schritt in die Öffentlichkeit. Er wurde bisher vermieden, um keine Meteoropathen (eingebildete Wetterkranke) zu züchten.

Die Vorbereitungen für diesen Service haben einige Jahre in Anspruch genommen, in erster Linie die Diskussion darüber, ob es überhaupt sinnvoll ist, einen solchen Versuch zu starten. Vor allem bestehen zwei Gefahren: Zum einen ist es möglich, daß akute persönliche Befindensstörungen auf die leichte Schulter genommen und dem Wetter in die Schuhe geschoben werden, zum anderen könnte eine bundesweite Wetterpsychose hervorgerufen werden.

Die Warnungen über Gefahren, die vom Wetter ausgehen, sind deshalb bisher nur dem oben genannten Benutzerkreis zur Verfügung gestellt worden. Aus dem gleichen Grund werden die Hinweise auch nicht über die Medien verbreitet. Wer wetterfühlig ist oder glaubt es zu sein (etwa 30 Prozent der Bundesbürger), soll sich die Mühe machen müssen, den Anrufbeantworter im Deutschen Wetterdienst zu bemühen (069/80 62 888).

Bei der Vorstellung des medizinisch-meteorologischen Wetterdienstes betonten die Offenbacher Fachleute, daß der Hausarzt und seine individuelle Beratung der Patienten mit diesem neuen Service auf keinen Fall ausgeschaltet werden soll. Im Gegenteil: die Zusammenarbeit zwischen beiden soll vertrauensvoll intensiviert werden, um gemeinsam zu klären, welche Beschwerden auf das Wetter zurückzuführen sind und welche andere Ursachen haben.

Der für die Medizinmeteorologie zuständige Referent im Deutschen Wetterdienst, Reinke, faßte den Nutzen des Service zusammen: Die Patienten können „mit diesen Informationen des Deutschen Wetterdienstes ihre Lebensweise dem zu erwartenden Wettereinfluß anpassen und so bereits vorhandenen oder möglichen Beschwerden besser begegnen". Das erinnert an eine Spruchweisheit der Briten. Sie sagen: „Es hat keinen Zweck, gegen das Wetter anzurennen, man muß sich mit ihm arrangieren."

Profitieren werden, so ist die Annahme in Offenbach, insbesondere Patienten mit chronischen Erkrankungen der Atemwege, wie zum Beispiel Asthma Bronchiale, mit Kreislaufstörungen (vor allem bei zu niedrigem Blutdruck) oder mit vasomotorischen Kopfschmerzen (Migräne).

Wer zu den 30 Prozent wetterfühligen Bürgern gehört, kann beim Deutschen Wetterdienst (Postfach 185, 6050 Offenbach) einen Fragebogen anfordern, mit dessen Hilfe die Offenbacher Meteorologen feststellen wollen, wie hilfreich der neu angebotene Service ist. Dieses Pilotprojekt ist zur Zeit auf ein Jahr befristet und auf den Raum Frankfurt/Rhein-Main beschränkt, um zu prüfen, ob ein bundesweiter Service mit einem Fernsprechansagedienst der Bundespost empfehlenswert ist.

Die Medizinmeteorologie ist zur Zeit noch ein Bereich mit vielen offenen Fragen. Fortschritte auf diesem zwischen der Medizin und der Meteorologie angesiedelten Forschungsgebiet können nur durch eine noch engere Zusammenarbeit erreicht werden. Dazu ist es unbedingt erforderlich, die „Schwellenängste" zwischen beiden Disziplinen abzubauen.

Die Schwierigkeit liegt darin, daß sich mit den Menschen und dem Wetter zwei sehr komplizierte Regelsysteme gegenüberstehen, zwischen denen es sehr schwer ist, kausale Zusammenhänge exakt nachzuweisen. Einfacher formuliert: der Wettereinfluß ist da, aber wie er zustande kommt, ob über das vegetative, dem menschlichen Willen nicht unterworfene, Nervensystem oder andere Rezeptoren, ist noch ein ungelöstes Rätsel. Die Warnung von Hippokrates vor 2500 Jahren an seine Kollegen muß die heutige Medizin allerdings nicht mehr beachten. Damals hieß es: Man vermeide den Aderlaß, das Ausbrennen oder die Anwendung des Messers beim Wetterwechsel.

NOTIZEN

Feuchtwiesen gefährdet

Düsseldorf (dg.) – Als „wichtigstes und schwierigstes naturschützerisches Ziel" hat der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen die Sicherung der Feuchtwiesen im Münsterland und am Niederrhein „bei gleichzeitiger Erhaltung der bäuerlichen Existenzen" genannt. Wegen der von der Europäischen Gemeinschaft geforderten Begrenzung der Milchproduktion stünden die dort arbeitenden landwirtschaftlichen Betriebe unter dem Druck, bisher als Grünland genutzte Flächen, die den Lebensraum zahlreicher Tiere bilden, in Ackerland umzubrechen. Die Landesregierung erarbeitet deshalb gemeinsam mit den Bauern, ihren Organisationen und dem ehrenamtlichen Naturschutz ein Konzept, wie Grünlandbetriebe in derartigen Gebieten durch zusätzliche Milchquoten auf Dauer gesichert werden könnten.

Neue Naturschutzgebiete

Wiesbaden (DW.) – In Hessen sind im vergangenen Jahr – wie schon 1983 – 35 neue Naturschutzgebiete ausgewiesen worden. Damit hat sich die unter Naturschutz gestellte Landesfläche um 853 Hektar vergrößert. In Hessen bestehen nunmehr 261 Naturschutzgebiete auf einer Fläche von insgesamt 13 798 Hektar. Dies entspricht 0,65 Prozent des Landesgebiets.

Anmeldefrist verlängert

Hamburg (dpa) – Der Anmeldeschluß für den Wettbewerb „Reporter der Wissenschaft", der von der Stiftung „Jugend forscht" ausgeschrieben ist, wurde vom 31. Januar auf den 1. März dieses Jahres verschoben. Teilnehmen an dem Wettbewerb können Schüler, Wissenschaftler, Studenten und Journalisten, die am 1. April 1985 noch nicht 30 Jahre alt sind. Es werden Beiträge erwartet, die Themen aus Forschung und Technik wissenschaftlich präzise und spannend zugleich schildern und vier Schreibmaschinenseiten nicht überschreiten. Zu gewinnen sind insgesamt 10 000 Mark. Für Teilnehmer unter 18 Jahren gibt es zudem einen Förderpreis. Mehr Informationen über den Wettbewerb erteilt die Stiftung „Jugend forscht" (Notkestr. 31, 2000 Hamburg 52).

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Das große Erbe

Lieber Herr Springer,

ich möchte Ihnen danken für Ihren heutigen Schlesien-Artikel in der WELT (vom 21. Januar - Die Red.). Was Sie sagen, entspricht voll meinen Vorstellungen. Freiheit ist wichtiger als jede Grenze. Niemand kann den Schlesiern oder uns allen das große kulturelle Erbe Schlesiens rauben.

Mit meinen besten Empfehlungen und herzlichen Grüßen an Ihre Gattin bin ich

Ihr

Karl Carstens

Auftrag des DLF

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Leserbriefen an die WELT haben sich Herr Paul Otto Vogel, Mitglied des Rundfunkrates des DLF, und Herr Staatssekretär a. D. Franz Thedieck, sechs Jahre Intendant des DLF, zum Programmauftrag des Deutschlandfunks geäußert. Ich möchte dazu folgendes sagen:

Der Wortlaut der gesetzlichen Grundlage des Programmauftrages des Deutschlandfunks ist eindeutig. Man kann ihn, wie Herr Thedieck es tut, für das deutsche Programm in der Tat auf die einfache Formel bringen: Der DLF soll die Menschen in der DDR über Leben und Vorgänge in der Bundesrepublik Deutschland und die Menschen in der Bundesrepublik über Leben und Vorgänge in der DDR möglichst umfassend informieren. Dieser Auftrag wird in ein und demselben Programm erfüllt. Dieses eine Programm richtet sich deshalb unterschiedslos an Hörer hier wie dort. Weder beim Intendanten noch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besteht der geringste Zweifel, daß bei der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags, „ein umfassendes Bild Deutschlands zu vermitteln", in besonderer Weise an die Menschen in der DDR gedacht werden soll. So ist es im Deutschlandfunk immer gehalten worden. So wird es bleiben.

Wer unterstellt, der Sender verhalte sich in „Programmgestaltung und Inhalten" wie „eine x-beliebige Landesrundfunkanstalt" verschließt die Augen vor den vielen Sendungen, die ausdrücklich DDR-Themen und gesamtdeutschen Themen gelten. *Und er tut den Kolleginnen und Kollegen in allen Redaktionen unrecht,* deren Anstrengung sich darauf richtet, solch[illegible]

Den kritischen Blick, von dem Herr Vogel und Herr Thedieck sprechen, [illegible] in Anspruch genommen. Der Deutschlandfunk hat sich nie als Regierungs-, aber auch nie als Oppositionssender verstanden. Nach unseren Informationen ist es gerade das, was unsere Hörer in den beiden deutschen Staaten, *vor allem aber auch in der DDR,* am Deutschlandfunk schätzen. Wir haben nie den Eindruck gewonnen, daß unsere Hörer in der DDR wünschen, das aktuelle Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland gleichsam in einer Art „Schonkost" oder gar „Schönkost" vermittelt zu bekommen, also unter Verzicht auf Kritik an Ereignissen, die Kritik herausfordern. Sie wünschen, ganz im Gegenteil, als kritische Zeitgenossen ernstgenommen zu werden, wie die Bürger der Bundesrepublik auch. Eben dies macht unsere Glaubwürdigkeit aus.

Aus den Hörerbriefen, die uns aus der DDR erreichen, und aus zahllosen persönlichen Kontakten (auch der Mitarbeiter des DLF) ergibt sich der Schluß, daß der Deutschlandfunk in der DDR nach wie vor gern gehört wird – *wo er zu hören ist.* Leider ist der Deutschlandfunk aber in vielen Gegenden auch der DDR nur in einer Qualität zu empfangen, die heutigen Hörgewohnheiten kaum noch gerecht wird. Wo UKW-Sender anderer Anstalten empfangen werden können, sind deshalb viele Hörer zu diesen Sendern übergewechselt. *Dies* gilt im übrigen auch für die Bundesrepublik.

Die uns vorliegenden demoskopischen Untersuchungen bestätigen, daß die unzulängliche technische Empfangsqualität des Handicap des DLF bildet und die Hörer unserem Programm ein hohes Maß an Objektivität und Ausgewogenheit bescheinigen. Der DLF muß daher das Menschenmögliche tun (und bedarf dazu der Unterstützung von Bund und Ländern), *um die Voraussetzungen* dafür zu schaffen, daß er nicht schlechter als andere Rundfunkanstalten zu empfangen ist.

Richard Becker,
Intendant des DLF

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Wie kompetent?

„Bundesbank: Ärzte sollen Kosten dämpfen": WELT vom 18. Januar

Nun hat also auch die Bundesbank den Weg zur Ärzteschelte gefunden (warum eigentlich die Bundesbank?).

Für viel kompetenter als die Bundesbank halte ich Herrn Wilhelm Heitzer, den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen, der sagte: „Ohne die Ärzteschwemme wäre die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung kein Problem."

Auf das komplexe und komplizierte Geschehen der Kostensteigerung im Gesundheitswesen einzugehen, möchte ich mir ersparen.

Es ist einerseits genügend darüber [illegible], andererseits werden die Fakten politisch verzerrt. Die Betreffenden wissen das, wollen es aber nicht eingestehen, weil sonst ihr Feindbild zerstört würde.

Kostentreibend verhalten sich aber auch die Kassen, insbesondere die Ersatzkassen. Die ersten Kassen, die – nach ihren Aussagen „wegen des ungeheuren Kostenschubs" – die Beitragssätze erhöhten, waren die DAK und BEK.

Beide Kassen aber gewähren ihren Mitgliedern aus Wettbewerbsängsten Sonderleistungen, die Kopfschütteln verursachen und für die mit Sicherheit eine gesetzliche Grundlage fehlt. Die Techniker-Krankenkasse hält ihren Beitragssatz für das gesamte Jahr 1985, *obschon auch sie diesem „ungeheuren Kostenschub"* ausgesetzt ist. Zu erklären ist das nur mit einer guten Haushaltsführung.

Dr. J. Beckby,
Diez

*

Der Bundesbankanalyse über den *Kostenanstieg, hervorgerufen durch* Fortschritte in der Medizin und überproportionale Belastung der Kassen durch Rentner, kann man nur zustimmen. Über Rezepte der Kostensenkung *denken aber schon seit Jahren* auch andere, in allen Varianten, nach. Es wird auch gehandelt. Der Vorschlag der Bundesbank ist kein neues Rezept.

Ich frage mich nur, wann die ärztlichen Verbände der Bundesbank zur Dollarsenkung oder dem Lombardsatz Ratschläge zu geben glauben müssen.

Dr. F. v. Canstein,
Köln 1

Das Kriegsende

„8. Mai 1945 – Ein Tag der Befreiung"; WELT vom 19. Januar

Wie kann man vom „Tag der Befreiung" sprechen, wenn die Hälfte Deutschlands seitdem in Unfreiheit lebt? Es ist eine Verhöhnung der mittel- und ostdeutschen Bevölkerung, 40jähriges Unrecht in völliger Veräußerlichung des Kriegs- wie aller anderen Begriffe einfach zu übergehen, als wäre es nicht geschehen.

Die Unionsparteien hielten, wie der letzte Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels, bisher *noch* Frieden und Freiheit für untrennbar – und jetzt?

W. R. Thorwirth,
Gummersbach

*

Diese Niederlage kann ich nicht feiern. Nach 40 Jahren sollte endlich ein Friedensvertrag abgeschlossen werden, der unseren Waffenstillstand mit all seinen Verträgen ablösen könnte.

Die Millionen, die die Feiern zum 8. Mai kosten werden, sollte man zur Linderung der Not für Arbeitslose, Kriegsbeschädigte und Rentner verwenden, die der Krieg um eine gerechte Altersversorgung gebracht hat.

Kurt Dills,
Puderbach

Wort des Tages

„Es kommt nicht darauf an, dem Leben mehr Jahre zu geben, sondern den Jahren mehr Leben."

Alexis Carrel; französischer Chirurg und Forscher (1873–1944)

Botha leitet das Ende der Apartheid ein

M. GERMANI, Johannesburg

Die Rede des südafrikanischen Staatspräsidenten Pieter Willem Botha *zur traditionellen jährlichen Parlamentseröffnung* in Kapstadt hat in diesem Jahr erwartungsgemäß gemischte Reaktionen hervorgerufen. Nachdem im September vergangenen Jahres erstmalig sowohl die Vertreter der 2,5 Millionen Kap-Farbigen als auch die 800 000 Inder an der Regierung beteiligt wurden, indem für beide Bevölkerungsgruppen eigene Parlamente geschaffen worden waren, ging Botha jetzt in seiner Rede auf den wichtigsten Faktor der südafrikanischen Innenpolitik, nämlich die zumindest partielle Beteiligung der rund 22 Millionen Schwarzen des Landes, ein. Demnach hat der Staatspräsident die alte, von Premierminister Henrik Verwoerd entworfene Politik der getrennten Entwicklung oder Apartheid endgültig beendet. Botha kündigte die Bildung eines informellen, nicht gesetzesgebundenen Forums an, in dem verschiedene Interessengruppen und Regierungsvertreter offen über Verfassungsangelegenheiten diskutieren sollen. Hauptpunkt dieser Gespräche werden unter anderem die Umwandlung der Pacht für Schwarze in Landbesitzrechte sein, der Wunsch der schwarzen Gemeinden nach vollen Staatsbürgerrechten und eine größere Mitsprache der Schwarzen über die örtliche Verwaltung hinaus.

Sowohl die liberale progressive Partei als auch die Vertreter der beiden neuen Parlamente begrüßten verhalten die Ankündigung des Staatspräsidenten. *Der Führer der PFD,* van Zyl Slabbert, nannte die Vorschläge einen endgültigen Abschied vom traditionellen Dogma der regierenden nationalen Partei und den Beginn einer neuen politischen Diskussion zwischen Schwarz und Weiß. Allan Hendrickse, der farbige Führer, sagte, es handele sich um einen wichtigen neuen Abschnitt in der politischen Entwicklung. „Die Anerkennung der Schwarzen außerhalb der Heimatländer, ihr Wohnrecht selbst zu wählen, das ist ein guter Neuanfang." Auf Ablehnung stießen dagegen die Vorschläge Bothas sowohl bei der konservativen Partei als auch bei der schwarzen United Democratic Front, dem inoffiziellen politischen Arm der kommunistischen Untergrundbewegung ANC. Andries Treurnicht, [illegible] vor einer [illegible] offenen Rebellion" des [illegible] Flügels wegen der geplanten Öffnung der Besitzrechte in bisher nur Weißen vorbehaltenen Wohngebieten.

Paris jagt wieder „Action Directe"

Internationale Geschichte und Verbindungen / Hungerstreik aus Solidarität mit der RAF

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die enge Zusammenarbeit zwischen der französischen Terror-Organisation „Action Directe" mit der deutschen Roten Armee Fraktion ist um ein neues Beweismittel erweitert worden. Seit dem 19. Januar befinden sich zwei Angehörige der „A. D.", Régis Schleicher und Jean Asselmeyer, im Pariser Santé-Gefängnis im Hungerstreik. Sie ließen wissen, daß sie dies „aus Solidarität *mit den deutschen* RAF-Gefangenen" täten und dieselben Forderungen wie sie erhöben. *In diesem Zusammenhang* ist in Frankreich stark beachtet worden, daß in der Bundesrepublik angeblich eine Liste mit 91 Namen von Persönlichkeiten, darunter auch Franzosen, *gefunden wurde,* die beim Tode eines der Streikenden „exekutiert" werden sollen.

Seit dem 15. Januar gibt es ein von beiden Organisationen zweisprachig verfaßtes Dokument, in dem der Aufbau einer politisch-militärischen Guerrilla-Front in Westeuropa zur Bekämpfung der NATO als „Kern der imperialistischen Machtpolitik" angekündigt wird. Unter den Kriterien einer „neuen imperialistischen Machtpolitik der NATO", die zu *bekämpfen seien, werden in dem* Dokument neben der Aufstellung der Pershing-Raketen in der Bundesrepublik auch die Diskussionen über eine deutsche Beteiligung an der französischen *Force de Frappe* und deren Eingliederung in die NATO genannt. Für französische Regierungskreise kam dieser Hinweis auf eine gewisse Rückkehr Frankreichs in die NATO nicht überraschend. Das Argument, völlig aus der Luft gegriffen, taucht immer wieder an der Sicherheitspolitik der Sozialisten auf.

Die „Action Directe" hat eine bewegte, von Anfang an sehr international verquickte Laufbahn hinter sich. 1979 trat sie mit ersten, relativ harmlosen Sprengstoffattentaten und Feuerüberfällen auf öffentliche Gebäude in Paris auf. Als ihr Chef wurde rasch ein gewisser Jean-Marc Rouillan ermittelt, heute 33 Jahre alt, der sich *schon* bei der spanischen Terroristen-Gruppe Gari im „Kampf gegen Franco" hervorgetan hatte. 1974 war Rouillan zum ersten Mal in Paris wegen illegalen Sprengstoff- und Waffenbesitzes verhaftet worden. 1977 tat er sich mit Nathalie Menigon zusammen, mit der er bis zu beider *Verhaftung 1980* mehrere Anschläge und Banküberfälle verübte. Beide wurden 1981 von der sozialistischen Regierung unter Protest der Rechtsopposition amnestiert und *führten kurze Zeit ein halboffizielles* Aktivistenleben mit öffentlichen Auftritten und Zeitungsinterviews sowie Eintreten für Hausbesetzer, ehe sie 1982 nach einem Mord an zwei Polizeibeamten, die sie bei einem Banküberfall überrascht hatten, wieder in der Unterwelt untertauchten.

Angeblich halten sich beide zur Zeit in Belgien auf, wo sie mit der dortigen Terror-Gruppe „Kommunistische Kämpferische Zellen" (CCC) Attentate gegen NATO-Einrichtungen verübten. Weitere prominente A.-D.-Mitglieder sind Mohammed Hamani (Verbindungsmann zu den italienischen Roten Brigaden, von einem Marseiller Gericht freigesprochen und vermutlich in Algerien) sowie die 58jährige „Passionaria" der Gruppe, Helyette Besse, die zusammen mit Schleicher und Asselmeyer im März 1984 verhaftet wurde, als sie beiden eine Ausweichwohnung in Avignon verschaffen wollte.

„Schlesier"-Verleger wußte von nichts

WERNER KAHL, Bonn

„Das ist eine Katastrophe. Ich kenne den Artikel gar nicht". Das erklärte gestern in Afrika der Verleger und Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Der Schlesier" Hans-Joachim Ilgner in einem Telefongespräch mit der WELT. Nach seien Angaben hatte er vor seiner Abreise in den Senegal die Seiten für die Beiträge der entsprechenden Ausgabe vorbereitet, aber *einen freien Mitarbeiter,* einen Korrektor damit betraut, die Zeitung zusammenzustellen. „Aber verantwortlich bin ich", erklärte Ilgner, der morgen nach Deutschland zurückkehren wird.

Der Artikel des zwanzigjährigen niedersächsischen Beamtenanwärters Thomas Finke in der Wochenzeitung „Der Schlesier", der zu erregten Auseinandersetzungen geführt hat, wird wahrscheinlich die Gerichte beschäftigen. Der Vorsitzende des Bundes *„Schlesische Jugend",* Hartmut Koschyk, kündigte gestern gegenüber der WELT an, Finke werde aufgefordert, die Behauptung, Koschyk habe den Beitrag gekannt und gebilligt, zu widerrufen. Andernfalls werde Klage erhoben.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) hat bei der Staatsanwaltschaft Recklinghausen Strafanzeige *gegen den presserechtlich* verantwortlichen Redakteur der *Wochenzeitung,* Hans-Joachim Ilgner, erstattet. Ilgner, der zugleich Verleger des Blattes ist, wird Kriegsverherrlichung und Volksverhetzung vorgeworfen.

Das Manuskript befindet sich nach Angaben der Ehefrau des Verlegers in der Redaktion und trägt den handschriftlichen Vermerk „Nicht für die Jugendseite geeignet, sondern für den allgemeinen Teil". Diese Notiz stamme von einem journalistischen Mitarbeiter, einem Medizinstudenten in Münster, der bisher für die Jugendseite verantwortlich war. Nach dem Eklat wurde er jetzt abgelöst.

Der Autor hatte ihm zusammen mit einem Beitrag für die Jugendseite den Artikel, den er „Nachdenken über Deutschland" überschrieben hatte, mit der Bitte übermittelt, das Manuskript der Redaktion in Recklinghausen zuzuleiten. Denn Finke *hatte bis zu diesem Zeitpunkt noch* nicht für die politische Seite des „Schlesier" geschrieben.

„Ich habe den Artikel aus eigenem Entschluß schon am 14. November *1984 geschrieben*", erklärte der Autor Thomas Finke in einem Telefongespräch der WELT in seinem Heimatort Vienenburg im Harz. Ohne Rücksprache seitens der Redaktion sei der Aufsatz schließlich am 25. Januar 1985 veröffentlicht worden. Der Gedanke an das Szenario sei ihm bei der Suche nach einer „unblutigen Lösung der deutschen Frage" gekommen, sagte Finke weiter. „Daraus will man mir nun einen Strick drehen."

Der aus einem streng katholischen Elternhaus stammende Abiturient kennt Schlesien nur aus Erzählungen seiner Eltern. Seinen Wehrdienst leistete er bei einer Dienststelle der Psychologischen Verteidigung der Bundeswehr in Clausthal-Zellerfeld.

Wenige Tage vor dem Erscheinen des Artikels war Finke zum Vorsitzenden einer neuen Gruppe der schlesischen Jugend in Goslar gewählt worden. Mit seinen Anhängern wollte er in diesem Jahr stärkeren Einfluß auf die Zusammensetzung der Bundesgruppe nehmen. Auf einstimmigen Beschluß des Bundesvorstandes und bei nur einer Gegenstimme der Bundesdelegiertenversammlung *wurde Finke am vergangenen Wochenende* aus der Jugendorganisation – ebenso wie aus der CDU in Goslar – ausgeschlossen.

„Ich bin ein Demokrat und habe jegliche Berührung mit [illegible] lem und neonazistischem Gedankengut vermieden", versicherte Finke. „In diese Ecke kann man mich nicht stellen, aber politisch bin ich ja nun wohl ein ‚toter Mann'."

Personalien

GEBURTSTAGE

Professor **Werner Ernst,** Staatssekretär a. D., feierte seinen 75. Geburtstag. Ernst war langjähriger Direktor des Zentralinstituts für Raumplanung an der Universität Münster. Von 1953 bis 1959 war er Richter am Bundesverwaltungsgericht und wurde danach von Bundeskanzler **Konrad Adenauer** zum Staatssekretär im Bundesbauministerium berufen. In dieser Funktion arbeitete Professor Ernst maßgeblich *am Bundesbaugesetz,* dem Gesetz über den Abbau der Zwangswirtschaft, einem sozialen Miet- und Wohnungsrecht (Lücke-Plan) und dem Bundesraumordnungsgesetz mit.

*

Die Schauspielerin **Carola Höhn,** vor allem vom Film und von der Bühne her bekannt, feiert am Mittwoch in Grünwald bei München ihren 75. Geburtstag. Die als Tochter eines schwäbischen Kaufmanns in Wesermünde geborene Darstellerin, die gelegentlich noch Fernsehrollen übernimmt und stark mit Synchronisierungsarbeiten beschäftigt ist, nahm früh Schauspielunterricht und erhielt 1934 noch als Elevin ihre erste Filmaufgabe in „Ferien vom Ich". Vor allem durch Filmrollen machte sie sich trotz mehrerer Theaterengagements dann auch einen Namen: Man sah sie in „Charleys Tante", „Alle Tage ist kein Sonntag" und in „Mutter". Nach dem Krieg spielte Carola Höhn in Berlin zunächst Theater. Wie schon zuvor in dem Film „Hurra, ich bin Papa" war **Heinz Rühmann** in dem erfolgreichen Bühnenschwank „Der Mustergatte" ihr Partner. Eine Reihe von Gastspielreisen, Theater- und Fernsehrollen folgten.

VERANSTALTUNGEN

Sieben junge Künstler aus dem Saarland zeigen zur Zeit ihre Werke in der saarländischen Landesvertretung in Bonn. Staatssekretär Dr. **Diethardt von Preuschen,** Bevollmächtigter des Landes, eröffnete die Ausstellung, in der, zur Überraschung vieler, *die Bonner Gäste* mit den „jungen Wilden" der Kunst des Saarlandes konfrontiert werden. Gezeigt werden Bilder von **Francis Berrar, Christoph M. Frisch, Peter Hochscheid, Horst Hübsch, Hans Huwer, Rolf Viva** und **Thomas Wojciechowicz,** der sich heute als freischaffender Bildhauer betätigt. Der Direktor des Saarland-Museums, Dr. **Georg W. Költzsch,** führte in die Werke ein. Die Ausstellung ist wochentags bis 1. März in der Kurt-Schumacher-Straße 9 geöffnet.

AUSZEICHNUNG

Den Johann-Wenzel-Stamitz-Preis 1985 der Künstlergilde Esslingen erhält der 1930 in Halberstadt geborene und jetzt in Calw im Schwarzwald lebende Komponist **Friedrich Voss.** Mit dem vom Bundesministerium des Inneren mit 10 000 Mark dotierten Preis wird das hervorragende Schaffen des Komponisten gewürdigt. Die Ehrengabe des Stamitz-Preises in Höhe von 4000 Mark geht an den 1910 *in Bromberg* in der ehemaligen Provinz Posen geborenen Komponisten **Ulrico Kopka.** Den Förderpreis, mit gleicher Dotierung, erhält die 1953 in Bukarest geborene und jetzt in Stuttgart lebende Komponistin und Pianistin **Adriana Hölszky.** Die Künstlergilde ist eine Vereinigung, die durch Leben und Werk den deutschen Kulturschaffenden des Ostens, des Südostens und Mitteldeutschlands verbunden ist.

UNIVERSITÄT

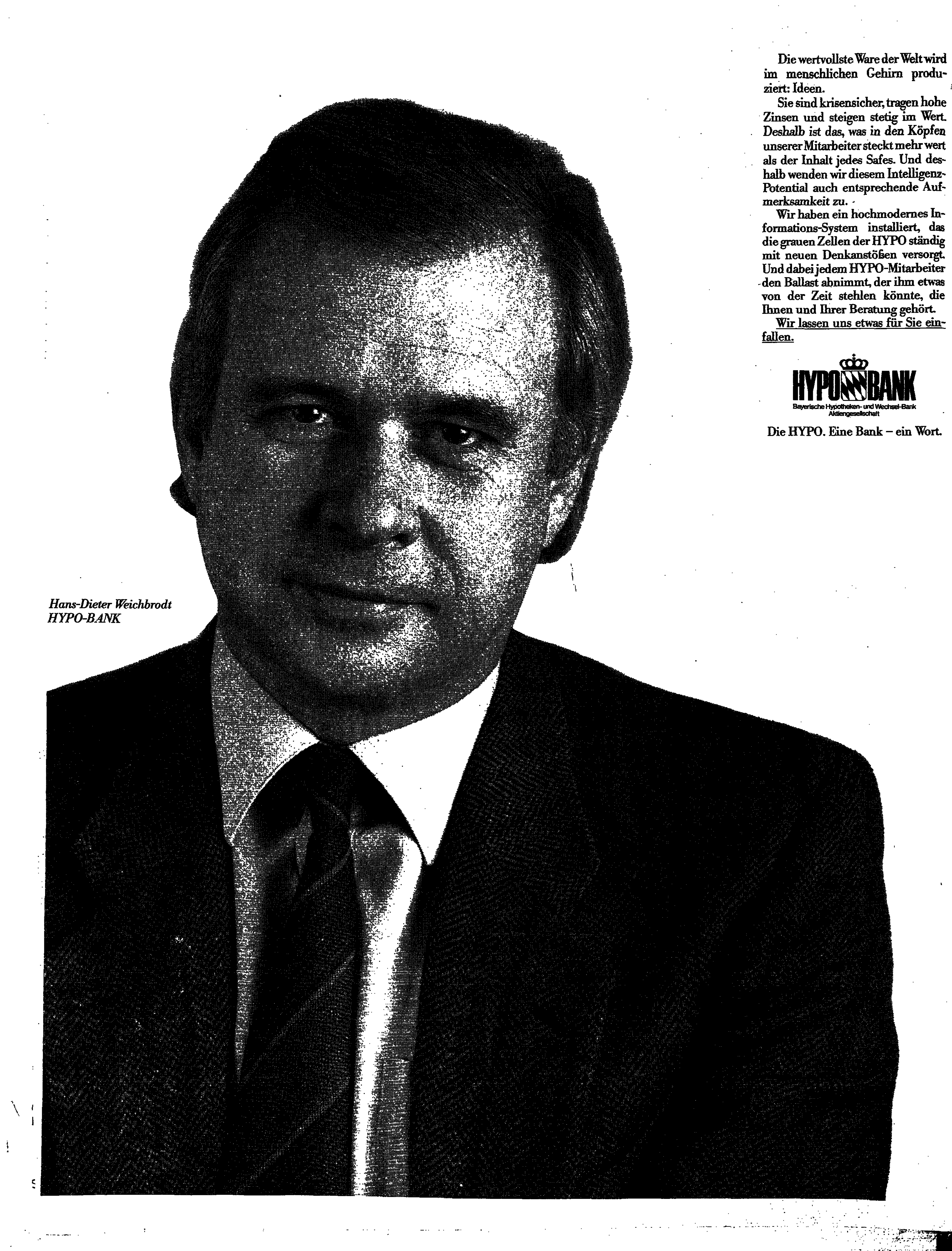
Professor Dr. **Paul Velsinger** (45) bleibt für weitere vier Jahre Rektor der Universität Dortmund. Der Konvent der Hochschule bestätigte den promovierten Volkswirt jetzt mit großer Mehrheit in seinem Amt. Velsinger wurde 1972 an die Universität Dortmund berufen, wo er für Raumplanung zuständig ist. Im Oktober 1978 war er erstmals zum Rektor ernannt worden.

VERÄNDERUNG

Wachwechsel im Vorstandsvorsitz des Verbandes Deutscher Elektrotechniker (VDE): Nach einstimmiger Wahl wird der mit 30 000 Mitgliedern zu den größten wissenschaftlich-technischen Vereinen in Europa zählende VDE jetzt vom stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Stadtwerke Düsseldorf AG, Dr. **Chrysanth Marnet** (61), als Vorsitzendem geführt. Er löst Professor Dr. **Werner Wolfram Boeck** aus München ab. Auch Marnets Stellvertreter ist neu im Amt: Dr. **Gerhard Zeidler** (48) ist Vorstandsmitglied der Standard Elektrik Lorenz (SEL) AG, Stuttgart. Marnet, zeitweise verantwortlich auf dem Gebiet der Kernenergie in der Kern*forschungsanlage Jülich, ist* technischer Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktorgemeinschaft GmbH in Düsseldorf. Zeidler ist Leiter des SEL-Zentralbereichs und gilt als besonderer Fachmann auf dem Gebiet der Nachrichtentechnik.

Der Geologe Professor Dr. **Georg Peterssen** ist im Alter von 86 Jahren in Lima in Peru verstorben. Peterssen, gebürtiger Flensburger, studierte an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel und später an der Technischen Universität Lima. Nach seinem Studium ging er als *Geologe nach Südamerika, wo er* 31 Jahre als Geologe tätig war. Von 1952 bis zu seiner Pensionierung 1969 war er außerdem Professor für Geologie und Lagerstättenkunde *sowie Wirtschaftsbiologie und dazu* für Archäologie und Fachhistorik an der St.-Martins-Universität in Lima. Neben hohen und höchsten staatlichen Ämtern in Peru oblagen ihm viele Ehrenämter, unter anderem auch das Amt des Präsidenten der evangelisch-lutherischen Kirche in Peru. Auch setzte er sich in besonderem Maße für die deutschen Belange in Peru ein.

Für Sie holen wir das Beste aus uns heraus.



NACHRICHTEN

Kein Losglück

Basel (sid) – Kein Losglück im Handball-Europapokal besaß der TV Lützellinden. Im Halbfinale des IHF-Pokals sind die Damen des zweimaligen „DDR"-Meisters ASK Vorwärts Frankfurt/Oder als Gegner zugelost worden.

Schneller Foster

Rosemont (dpa) – Der Olympia-Zweite Greg Foster (USA) hat bei einem Leichtathletik-Sportfest in Rosemont (US-Bundesstaat Illinois) die Hallen-Weltbestzeit über 50 m Hürden auf 6,30 Sekunden verbessert. Die alte Bestmarke hielt Renaldo Nehemiah (USA) mit 6,36.

McEnroe in Führung

Düsseldorf (sid) – Durch seinen Erfolg bei den US-Hallenmeisterschaften übernahm der New Yorker John McEnroe mit 325 Punkten die Führung im Tennis-Grand-Prix-Wettbewerb 1985. Mit 227 Punkten liegt der Tschechoslowake Miloslav Mecir auf dem zweiten Platz.

Bayreuth ausgeschieden

Bayreuth (dpa) – Der Tischtennis-Bundesligaklub TTBG Bayreuth ist im Europapokal-Viertelfinale (ETTU-Wettbewerb der Herren) gegen Spartacus Budapest mit 4:5 ausgeschieden. Den entscheidenden Punkt verlor Hans-Joachim Nolten mit 15:21, 13:21 gegen Simon.

ZAHLEN

TENNIS

Damenturnier in Key Biscayne (USA), Finale: Evert-Lloyd – Navratilova (beide USA) 6:2, 6:4. – **US-Hallenmeisterschaft in Philadelphia, Finale:** McEnroe (USA) – Mecir (CSSR) 6:3, 7:6, 6:1.

TISCHTENNIS

Deutscher Pokal, Finale in Saarlouis: ATSV Saarbrücken – TTC Jülich 5:2.

EISHOCKEY

Bundesliga: Köln – Kaufbeuren 6:1, Düsseldorf – Mannheim 4:7, Schwenningen – Rießersee 3:5, Iserlohn – Essen-West 6:4, Landshut – Rosenheim 3:4. – Tabellenspitze: 1. Rosenheim 52:16, 2. Köln 48:18, 3. Mannheim 43:25, 4. Landshut 37:29, 5. Kaufbeuren 37:31.

FUSSBALL

Englischer Pokal, 4. *Runde:* Liverpool – Tottenham 1:0.

GEWINNZAHLEN

Rennquintett: Rennen A: 12, 3, 11 (wurde ausgelost). – Rennen B: 33, 32, 25. (Ohne Gewähr).

NATIONALELF / Berthold und Thon gegen Ungarn von Beginn dabei

Kälte und Eis – Franz Beckenbauer findet alles „einfach schwachsinnig"

BERND WEBER, **Hamburg**

Als die deutsche Fußball-Nationalmannschaft gestern morgen im Holsten-Stadion in dem idyllischen Hamburger Vorort Quickborn trainierte, war der Himmel fast wolkenlos blau, und die Sonne strahlte. Doch die Szenerie war nicht einmal im Ansatz symptomatisch für die derzeitige Stimmung im Trainingslager. Dort präsentierte sich vor allem Teamchef Franz Beckenbauer in einer Stimmung, die ihm sonst fremd war: Trat er bislang meist als Sonnyboy auf, produzierte er sich diesmal eher grantig. Immer deutlicher ließ Beckenbauer erkennen, wie wenig gelegen ihm das heutige Länderspiel gegen die Ungarn im Hamburger Volksparkstadion (Spielbeginn: 20.15 Uhr) kommt. „Es ist einfach schwachsinnig", sagt der Teamchef wörtlich.

Zum einen: Seine Spieler gehen ohne jede Spielpraxis in die Begegnung. Und die Arbeit im Holsten-Stadion war auch nicht dazu angetan, um die Ausgangslage zu verbessern. Denn der Platz war schneebedeckt, an etlichen Stellen regelrecht vereist, so daß Beckenbauer und DFB-Trainer Horst Köppel ihre Leute immer wieder zur Zurückhaltung ermahnen mußten, um das Verletzungsrisiko möglichst gering zu halten. Den Mönchengladbacher Uwe Rahn erwischte es dennoch. Er war mit dem Schalker Olaf Thon zusammengeprallt und blieb minutenlang im Schnee liegen. Das Training beendete Rahn leicht humpelnd.

Und auch das trug sicherlich nicht zur Verbesserung der Laune von Beckenbauer bei: Die beiden Italien-Profis Karl-Heinz Rummenigge und Hans-Peter Briegel, die eigentlich zum Morgentraining erwartet wurden, glänzten durch Abwesenheit. Eine dicke Nebelsuppe auf dem Mailänder Flughafen hatte sie stundenlang festgehalten. Beide trafen erst am späten Nachmittag in Hamburg ein. Am Abend, beim Abschlußtraining im Volksparkstadion, waren sie dabei. Auf einer Spielfläche freilich, die fast noch schlimmer war als die im Quickborner Stadion. Zwar hatten über 700 freiwillige Helfer den Platz vom Schnee geräumt. Aber der Boden war steinhart gefroren.

Schließlich paßt auch dies ins unerfreuliche Gesamtbild: Am Montagabend hatte es heftige Aufregung im Trainingsquartier gegeben, denn an der Rezeption des Quickborner Sporthotels war eine anonyme Bombendrohung eingegangen. Sofort rückte eine Polizeistaffel mit Spürhunden an und durchsuchte mehr als eine Stunde lang sämtliche Räumlichkeiten. „Bei mir im Zimmer", erzählte Olaf Thon, „waren die Beamten bestimmt viermal." Spät am Abend rückte die Polizei wieder ab, ein paar Sicherheitsposten blieben natürlich zurück.

So drohten denn die sportlichen Aspekte des heutigen Spiels zwischenzeitlich fast gänzlich verdrängt zu werden. Das änderte sich erst, als Beckenbauer gestern mittag die (vorläufige) Mannschaftsaufstellung bekanntgab. Die kann man zwar nicht gerade als sensationell bezeichnen, aber so ganz wie erwartet, fiel sie auch nicht aus. So überraschte, daß der Hamburger Uli Stein im Tor anfangen darf und die Nummer eins, *Toni Schumacher, zumindest die* erste Halbzeit auf der Bank verbringen muß. Normalerweise hat das Verärgerung bei dem ehrgeizigen Kölner zur Folge – diesmal jedoch nicht. Stein selbst hatte sowohl Beckenbauer als auch Schumacher um diese Lösung gebeten. Zum einen, weil das Spiel in Hamburg stattfindet, zum anderen, weil sich der Spieler des HSV im Vorfeld der Begegnung außerordentlich heftig engagiert hatte. Er hatte zusammen mit anderen Hamburger Prominenten Karten auf den Straßen verkauft, um den Reinerlös, der den Hinterbliebenen der Opfer des Barkassenunglücks im Hamburger Hafen vom 2. Oktober 1984 zufließen wird, zu steigern.

Daß Beckenbauer mit dem Frankfurter Neuling Thomas Berthold und dem Schalker Thon, der seine Länderspielpremiere am 16. Dezember 1984 auf Malta feierte, gleich zwei Nachwuchsleute von Beginn an spielen läßt, war auch nicht unbedingt erwartet worden. Berthold gab sich nach seiner Nominierung lässig. „Angst", erklärte er fröhlich lächelnd, „habe ich keine. Der Teamchef hat mir gesagt, er habe Vertrauen zu mir. Das baut mich auf."

Ob auch Spielmacher Felix Magath mit dieser lockeren Einstellung in die 90 Minuten gehen kann, bleibt abzuwarten. „Ich spüre nichts mehr von der Gelbsucht, die ich wochenlang unerkannt in den Knochen hatte. Und auch die leichte Zerrung, die ich mir von den Israel-Reise des HSV mitgebracht habe, ist abgeklungen", meinte der Hamburger. Daß das Ungarn-Spiel für ihn besonders ein Testfall sei, weil sein endgültiger Qualifikations-Nachweis als Spielmacher der Nationalmannschaft noch aussteht, wollte Magath nicht unbedingt gelten lassen. „Bei Länderspielen", so meinte er, „steht man immer unter einem besonderen Erfolgsdruck. Da unterscheide ich mich von niemandem im Team." Als Test für das nächste WM-Qualifikationsspiel am 24. Februar in Portugal wollte Magath das Spiel heute nicht sehen.

Apropos Portugal: Beckenbauer ging zu diesem Thema wieder einmal mit den DFB-Funktionären hart ins Gericht. Daß sie den Februar-Termin akzeptiert hätten, fand der Teamchef „einfach unmöglich". Zu diesem Zeitpunkt fehlt den Bundesliga-Profis doch wegen des Winters Jahr für Jahr die Spielpraxis. Dies sei doch nicht erst seit jetzt bekannt.

So wollen beide Teams beginnen

Deutschland: Stein (Hamburg/30 Jahre/1 Länderspiel) – Jacobs (Hamburg/31/4) – Berthold (Frankfurt/20/0), K. H. Förster (Stuttgart/26/63), Briegel (Verona/29/55) – Littbarski (Köln/24/38), Matthäus (München/23/29), Magath (Hamburg/31/26), Thon (Schalke/18/1) – Rummenigge (Mailand/29/80), Völler (Bremen/24/21).

In Reserve: Schumacher (Köln/29/54), Brehme (Kaiserslautern/24/11), Herget (Uerdingen/29/7), Falkenmayer (Frankfurt/21/2), Kroth (Frankfurt/25/0), Frontzeck (19/1), Rahn (22/2), Mill (alle Mönchengladbach/26/4).

Ungarn: Disztl (Szekesfehervar/35/3) – Roth (Pecs/25/10) – Sallai (25/20), Garaba (27/41), Varga (alle Honved/27/11) – Kardos (Ujpest/25/16), Nagy (29/13), Detari (beide Honved/22/5) – Kiprich (Tatabanya/22/3), Nyilasi (Wien/30/65), Esterhazy (AEK Athen/29/14).

In Reserve: Hegedüs (31/0), Szendrei (31/0), Szanto (27/12), Peter (27/11), Szabo (23/0), Hannich (28/19), Dajka (26/14), Bobonyi (29/25), Pölöskei (25/13), Zsinka (20/0).

Schiedsrichter: Halle (Norwegen).

RALLYE

Trotz Grippe: Röhrl weiter unaufhaltsam

sid, **Monte Carlo**

Walter Röhrl hat seinen fünften Sieg in der Rallye Monte Carlo bereits im Visier. Der zweimalige Weltmeister aus Regensburg und sein Münchner Beifahrer Christian Geistdörfer liegen mit ihrem 400 PS starken Audi Sport Quattro nach sechs von 34 Sonderprüfungen dieses ersten WM-Laufes mit 29 Sekunden an der Spitze. Zweite sind der finnische Ex-Weltmeister Ari Vatanen und sein englischer Beifahrer Terry Harryman auf Peugeot 205 Turbo vor dem schwedischen Titelverteidiger Stig Blomqvist und seinem Landsmann Björn Cederberg (2:09 Minuten zurück) auf einem weiteren Quattro.

Allerdings war an eine Fortsetzung des Dreikampfs gestern nachmittag *vorübergehend nicht zu denken.* Etwa 60 Demonstranten hatten mit ihren Fahrzeugen in Burzet den Start zur siebten Sonderprüfung auf der zweiten Etappe blockiert. Sie protestierten allerdings nicht wie bei früheren Anlässen gegen die Austragung der Rallye, sondern gegen das mangelhafte Schulsystem im Ardèche-Gebiet.

„Meine Erkältung ist fast weg", freute sich derweil der 37 Jahre alte *Röhrl, den 39 Grad Fieber,* Nierenschmerzen und eine Blasenerkältung kurz vor dem Start am Samstag pessi*mistisch gestimmt hatten.* Seine Konkurrenten zeigten ob seiner Leistung unverhohlene Bewunderung. *„Röhrl ist der Superman des Ral*lyesports. Er zeigt uns, wie hoch der Standard ist, wenn er hier bei der *Monte fährt"*, sagte der französische Peugeot-Werksfahrer Bruno Saby.

Blomqvist meinte: „Es wundert mich gar nicht, daß Röhrl hier führt. Diese Rallye hier ist quasi seine Hasch-Portion." Den Schweden, 1984 bei Röhrls viertem Sieg Zweiter, plagten bislang Turbolader-Probleme. Trotzdem konnte er sich wieder vom fünften Platz aus nach vorne schieben. Röhrl hatte dem Weltmeister auf einer 27,7 km langen Sonderprüfung gleich zehn Sekunden abgenommen. Das ist etwa so, als würde Niki Lauda bei einem Grand Prix über 300 km mit mehr als einer Runde Vorsprung vor seinem Teamgefährten Alain Prost gewinnen.

STAND ● PUNKT

Emil Becks Euphorie

Er hat schon soviel Siege miterlebt – da müßten ihn eigentlich neuerliche Erfolge nicht mehr allzusehr in Euphorie versetzen. Nicht aber Emil Beck! „Unglaublich, einfach unglaublich", jubelte er noch am Montag morgen, 15 Stunden *nach dem* Erfolg der deutschen Florettfechter Mathias Gey, Harald Hein und Ulrich Schreck beim be*deutenden Weltcup-Turnier* „Challenge Martini" in Paris. Denn in dieser Reihenfolge hatten die drei Tauberbischofsheimer die ersten drei Plätze belegt, und so etwas war auch in Paris ein Novum. Niemals zuvor war es einer Nation – geschweige denn einem Fechtklub – gelungen, gleich die ersten drei Ränge für sich zu beanspruchen.

Die großen Favoriten aus Frankreich, aus Italien, aus der Sowjetunion – sie *alle* blieben im Verlauf dieses Turniers, das von den Franzosen höher als eine Weltmeisterschaft *eingeschätzt wird, auf der* Strecke. Gey schaltete den renommierten Sowjetrussen Romankow *und den italienischen* Weltcup-Sieger Borella aus.

Mathias Gey und Harald Hein – diese beiden sind freilich seit Jahren Garanten für internationale Siege, und wäre es bei den olympischen Fechtwettkämpfen in Los Angeles gegen Gey nicht seinerzeit zu äußerst fatalen Fehlentscheidungen gekommen, wer weiß, wie seinerzeit das Turnier ausgegangen wäre. Doch wer ist Ulrich Schreck, der *Dritte von Paris? Bei dem* 23jährigen stand das Fechten zwei Jahre lang nicht im Vordergrund. Jetzt sieht das wieder anders aus, mit Becks unverdrossener Hilfe. Schreck ist ein riesiges Talent, und Beck *prophezeit: „Er wird einer* der größten Fechter der Welt."

Heute wird das Talent Ulrich Schreck aber erst einmal an der Trainerakademie in Köln seine Aufnahmeprüfung absolvieren, denn auch das gehört ja zu Emil Becks Erfolgsphilosophie: Auch wenn noch so hart trainiert wird, in der beruflichen Ausbildung hat jeder seinen Mann zu stehen. Und nicht nur eben mal so. Denn für die Zeit nach den Fechtlektionen sollte jeder gerüstet sein. KLAUS BLUME

SPORTPOLITIK

Friedrich nicht mehr Koordinator

sid/DW. **Frankfurt**

Der Bundesausschuß Leistungssport (BAL) hat seinen Skisport-Koordinator Eduard Friedrich vorläufig vom Amt entbunden. Er reagierte damit auf die Bundestrainer-Kritik Friedrichs, der auch BAL-Direktor ist, bei den Nordischen Ski-Weltmeisterschaften in Seefeld. Die Suspendierung besteht bis zur Klärung der Mißverständnisse, die in Seefeld entstanden sind.

Friedrich, dessen Kritik durch das schwache Abschneiden der Langläufer und Skispringer nachträglich bestätigt wurde, wird nicht bei der am Mittwoch beginnenden Weltmeisterschaft der Alpinen in Bormio (Italien) in Aktion treten. Seine noch in Seefeld ausgesprochene Trainer-Kritik im Bereich Skilanglauf und Skispringen ist zum Bumerang geworden.

Der Präsident des Deutschen Ski-Verbandes (DSV), Josef Ertl, hat in einem Brief an Willi Weyer, den Präsidenten des Deutschen Sportbundes (DSB), gegen die Friedrich-Aktion in*terveniert. Weyer wiederum hatte* bereits am vergangenen Donnerstag an der Kölner Sporthochschule erklärt: *„Es ist nicht die Aufgabe des Bundes*ausschusses, unsere Trainer zu kritisieren. Das ist Sache der Fachverbän*de.* Der BAL ist *ein Koordinierungs*-Organ ohne Weisungsbefugnisse."

Der frühere Kunstturn-Bundestrai*ner Friedrich, der auch im* Turnerlager nie vor Kritik zurückschreckte und deshalb ebenfalls als Koordina*tor abgelöst worden war,* hatte von den Disziplin-Trainern Detlef Nirschl (Langlauf) und Ewald Roscher (Skispringen) überzeugende *Konzepte für* die Zukunft gefordert, sie sonst zur Auflösung ihrer bis zu den Olympischen Spielen 1988 verlängerten Verträge auffordern wollen.

Bei einer Krisensitzung in Seefeld *waren die strittigen Punkte mit der* DSV-Mannschaftsleitung in aller Offenheit angesprochen worden, da*nach hatte man sich bis April vertagt.* „Muß das sein? Wir haben mit Friedrich immer bestens zusammengear*beitet. Jeder macht mal einen Fehler.* Der Zeitpunkt seiner Kritik während der noch laufenden Weltmeister*schaft war nicht gut gewählt"*, *so rea*gierte DSV-Sportdirektor Helmut Weinbuch auf die Mitteilung.

„Formel 1 ist Sahne": Die ARD-Hitparade und ihr Moderator Ingolf Lück

Popwanderung durch die „Dritten"

Mit Rennwagen hat sie nichts zu tun, diese „Formel 1", auch wenn es in ihr ganz schön flott zugeht. Die Chiffre, die heiße Reifen, heulende Motoren und flotte Mädchen assoziieren läßt, bezeichnet auch eine Pop-Sendung auf den dritten ARD-Kanälen, deren Beliebtheit nicht nur in ihrer Hitparaden-Aktualität, sondern gewiß auch in der aufgeräumten, unverbildeten Art ihres neuen Moderators Ingolf Lück gründet. „Formel 1" ist, sagt die Hauptzuschauergruppe der 12- bis etwa 25jährigen, „Formel 1" ist Sahne.

Das liegt vor allem daran, daß diese 45minütige Sendung einmal wöchentlich produziert wird, an durchschnittlich drei Tagen in den Münchner Bavaria-Studios, dann, von Bayerns Drittem ausgehend, tageweise versetzt den Rest der ARD durchwandert, bis sie in der Woche darauf von der nächsten *Formel-Ausgabe* abgelöst wird.

Formel 1 – Hessen III, 19.05 Uhr; West III, 21.00 Uhr



Ein Sproß der alternativen Theaterbewegung: „Formel 1"-Moderator Ingolf Lück FOTO: TEUTOPRESS

Das ist einmalig im Netz der ARD, *zumal* es sich bei diesem Dreiviertelstünder „per Definition" (Lück) um eine aktuelle „Hitparade" handelt, in *der jeweils aus den vorliegenden* „Top 75", der branchenverbindlichen wöchentlichen Hitübersicht der Media Control, sechs *bis* sieben Neuzugänge, also brandneue Hits, vorgestellt werden, und zwar, wie Ingolf Lück der WELT erläutert, „entweder in Form von Gruppen-Videos oder, wenn die Gruppe oder der Sänger noch kein Video hat, als Live-Auftritt". Und das betrifft nicht nur deutsche „Acts", sondern auch englische oder amerikanische. Die Kosten dafür übernehmen, schließt Lück, im Regelfall die jeweiligen Plattenfirmen.

Ein weiterer Teil der Sendung besteht aus Hit-Übersichten, aus Interviews mit den aktuellen Spitzenreitern und aus Empfehlungen nach dem britischen Vorbild des „Tip for the Top". Diese Empfehlungen werden von einem fünfköpfigen Redaktionsteam ausgetüftelt, zu dem auch Moderator Lück gehört: „Schon da habe ich also durchaus Möglichkeiten, etwa in meinem Sinne zu beeinflussen."

Ingolf Lück (26) ist Bielefelder, dessen wöchentliche Pendeleien sich verbinden lassen mit einer ganzen Reihe von Aktivitäten an den Münchner Städtischen Bühnen. Von der Schauspielerei nämlich kommt der umgängliche „Formel"-Sprecher her. „Aber eine richtige Ausbildung als Schauspieler habe ich gar nicht gehabt", erzählt er. „Ich bin ein richtiger Sproß der damals aufgekommenen alternativen Theaterbewegung." Das bedeutet: Das Aufführen selbst oder in freien Theatergruppen erstellter Stücke, beispielsweise im schauspielernden Rocktheater-Gruppen. Arrabal hat er gemacht und Sartre, hat in einem sozialkritischen Stück einen Fürsorgezögling dargestellt und gelangt mit diesen Aktivitäten dann auch zum Fernsehen, wo er seit Anfang dieses Jahres die „Formel 1" moderiert.

„In München, wo ich dann auf dem Theater auch angefangen habe, Moderationsaufgaben zu übernehmen", berichtet er, „haben wir hin und wieder auch TV-Spots gemacht und nach zwei Monaten kurze Videos von uns an die Sender verschickt." Den endgültigen Einstieg ins Fernsehen ermöglichte ihm die WDR-Tochter WDF, die in ihrem „Sprungbrett"-Theater Nachwuchsgruppen Auftrittschancen bietet. Dort gastierte Lück mit seinem Rocktheater im Januar und Februar 1984 und erntete, „unter relativ professionellen Bedingungen", eine Menge Beifall – als Verfasser, als Moderator, als Darsteller im Vordergrund.

Lück weiß, daß „Formel 1" zunächst ganz ohne Moderator begann, daß dann sein Vorgänger Peter Illmann als Sprecher dazu kam und er selbst nun bei der Auswahl von Interpreten und der Erstellung seiner Texte viel mehr Freiheiten hat, als der Laie es sich allgemein vorstellt. „Das kann man positiv, aber auch negativ sehen", sagt er, „positiv, weil man – wie gesagt – beeinflussen kann, negativ, weil natürlich so ein ganz beträchtlicher Kreativitätsdruck auf einem lastet."

Warum die Sendung ausgerechnet in den allgemein mit intellektuellen Minoritäten assoziierten Dritten Programmen steckt, weiß er nicht. Es interessiert ihn auch nicht. Stiefmütterlich behandelt fühlt er sich nämlich nicht. „Es war ein Versuch, und der schlug ein."

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Zittern vor den Folgen

„Die Windschutzscheibe wird zum Bildschirm, und ich staune, daß das Menschen sind, die da an mir vorbeifahren", sagt der junge Autofahrer Michael. Das Eingeständnis aus dem Munde des Azubis wirkt eher wie eine Drehbuchanweisung: Tribut an gängige Ängste der Generation, die den Söhnen Computer kauft und vor den Folgen zittert.

Rainer Haake, der als betulicher Moderator durch die Sendung **Kinder, Kinder** (ZDF) führt, beschwichtigt. Er weist auf die kreativen Möglichkeiten im Umgang mit dem Heimcomputer hin und beschwört Eltern, „sich auch ein bißchen auf die Welt der Kinder einzulassen".

Daß die Beschäftigung mit dem Computer in Verbindung mit aufwendigen Geräten wie Heimorgel und Synthesizer nicht nur kreative Freizeitgestaltung sein kann, wie ein Vater gönnerisch zugesteht, „so lange die Schulnoten stimmen", daß es sich hier um intensive Arbeiten handelt, die auch Lebensperspektiven im Rahmen der *Unterhaltungsbranche* legitimiert, wird abgetan.

Junge Menschen bleiben in der Isolierung ihrer computerisierten Kinderzimmer stecken. Aber nicht wegen, sondern mitsamt dem Computer. Andere, wie Christian und Michael, bringen ihr kreatives Potential auch in die *reizvollen Möglichkeiten ein,* die ihnen die neuen Medien bieten. Der Computer ist weder Teufel noch Allmächtiger. Er vermag nicht mehr und nicht weniger als die Menschen, die mit ihm umgehen. Eine Binsenwahrheit, die oft in Vergessenheit gerät.

INGRID ZAHN

ARD | ZDF

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Jenseits der Morgenröte
4. Teil: Nadja
11.05 denkmal
12.10 Kontraste
Moderation: Joachim Braun
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

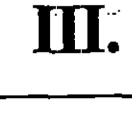
16.00 Tagesschau
16.10 Frauen unter einem Himmel
Nachdem ihr Mann vor vier Monaten sein senegalesisches Dorf ver*lassen hat, um anderswo Arbeit zu* finden, muß sich seine Frau Selbe mit ihren acht Kindern alleine durchschlagen. Wie sie und die anderen *Frauen im Dorf die Situation meistern,* zeigt dieser Film der Senegalesin Safi Faye, die in einem anschließenden Beitrag porträtiert wird.
16.55 Spaß am Dienstag
17.20 Da schau her!
Eine Sendung für Neugierige
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Sonne entgegen
4. Teil: Das Melonending
Achtung, Fußballfreunde!
Heute abend findet im Hambur*ger Volksparkstadion das Länder*spiel Deutschland – Ungarn statt. Die ARD bemüht sich um die Übertragungsrechte. Programmänderung *möglich!*
21.00 Report
Zwischen Überfluß und Hunger: Die Grüne Woche Berlin / Hans Apels einsamer Wahlkampf – Die Berliner SPD im Tief / Die Industrie nach der Parteispendenaffäre – Ein Interview mit Hans Merkle / An der schönen roten Donau – Frachtverkehr in Ostblock-Hand
Moderation: Günther von Lojewski
21.45 Magnum
Auch Perlen haben Schatten
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt Film
Schaukasten
Im Mittelpunkt der Sendung stehen zwei Beiträge: Die beiden *neuen französischen Kriminalfilme* „Polar" von Jacques Bral und „Am Rande der Nacht" von Claude Berri und ein Bericht über Walter Hill und seine Filme.
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Trickbonbons
Calimero und der Falschmünzer
16.20 Schüler-Express
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Eine Klasse für sich
Geschichten aus einem Internat
19.00 heute
19.30 Nacht fiel über Gotenhafen
Deutscher Spielfilm (1959)
Mit Sonja Ziemann, Gunnar Möller, Erik Schumann, Brigitte Horney, Mady Rahl u. a.
Regie: Frank Wisbar
An der Seite ihres Verlobten Kurt Reiser unternimmt die junge Maria Göritz im Jahre 1939 eine unbeschwerte Nordlandreise. Da trifft die Meldung vom Kriegsausbruch ein, und nun überstürzen sich die Ereignisse.
21.15 WISO
Bauernaufstand in Bayern – EG-*Milchpolitik in der Sackgasse; da*zu ein Interview mit Staatssekretär Edmund Stoiber, CSU / Kurzarbeit und dann Lieferfristen? – Ungereimtes *beim Katalysator-Au*to / Tips rund ums Geld: Aktien, Sparbriefe und Anleihen – jetzt kaufen?
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Die aktuelle Inszenierung
Der Schein trügt
Stück von Thomas Bernhard
Mit Bernhard Minetti, Traugott Buhre
Aufzeichnung der Uraufführung aus dem Schauspielhaus Bochum
Regie: Claus Peymann
Zweimal in der Woche treffen sich die Brüder Karl, ein ehemaliger Artist, und Robert, einstiger Schauspieler – zwei einsame alte Menschen, die in ihrer erstarrten Gefühlswelt gefangen sind.
0.30 heute



Maria Reimer (Sonja Ziemann) kämpft nach dem Untergang der „Wilhelm Gustloff" um ihr Leben (Nacht fiel über Gotenhafen – ZDF, 19.30 Uhr) FOTO: RÖHNERT



III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Carl Weiss aus Belgien
20.45 Rückblende
Der Untergang der „Wilhelm Gustloff"
21.00 Formel Eins
21.45 Dönüs – die Rückkehr
Auswanderungen in die türkische Heimat
22.15 Deutschlandbilder
Fischer Oestmann
23.00 Auslandsmagazin
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Die Videomacher (4)
19.00 Schach für jedermann
19.15 Startschuß
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
Eine Fragestunde – live
21.15 Task Force Police
Der Zeitplan
22.05 Projekt Putensen
Von der Seele reden
22.50 Offerte
Kulturtip
23.05 Streit um „Ghetto"
0.05 Nachrichten

HESSEN
18.30 Musikinstrumente und ihre Geschichte (4)
Die Trommel
19.05 Formel Eins
20.00 Geliebte Anna
Ungarischer Spielfilm (1981)
21.30 Drei aktuell
21.45 Kultur international
22.30 Die Bilder wahr machen
Filmkomponist Peer Raben
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Kinokalender
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Fragezeichen
Reizwort: Jahr der Jugend
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Ein Hauch von Sinnlichkeit
Amerikanischer Spielfilm (1969)
Mit Omar Sharif, Anouk Aimée u. a.
23.05 Science Report
23.20 Nachrichten

BAYERN
18.15 Auf die Plätze ...
18.45 Rundschau
19.00 Startbahn ins Glück
Amerikanischer Spielfilm (1948)
Mit James Stewart u. a.
20.35 Der tötende Duft
Zeichentrickfilm
20.45 Die Sprechstunde
Die Gesundheitsküche
21.30 Rundschau
21.45 Zwischen Basel und Locarno
Autobahnbau und -gebühren in der Schweiz
22.30 Z. E. N.
22.35 *Im Gespräch*
23.20 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
15.00 Indian River
15.30 Musicbox
16.30 Perrine
Die Hütte am Teich
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Eagle Rock entscheidet sich
18.00 Hoppla Lucy
Lockvögel
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Traumrevue
Österreichischer Spielfilm (1959)
Mit Waltraut Haas, Teddy Reno, Susi Nicoletti u. a.
Regie: Eduard von Borsody
Sie heißt tatsächlich Lieschen Müller, fühlt sich als verkanntes Eislaufgenie und erhält ihre Chance, als der große Eislaufstar Ilona plötzlich absagt. Lieschen läuft kurz und frech als Ilona. Aber wer sitzt im Parkett? Die echte Ilona ...
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Fahrkarte in die Vergangenheit
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Der Untergang von Troja
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit Rossana Podesta, Jacques Sernas, Stanley Baker u. a.
Regie: Robert Wise
Die schöne Helena hat sich von Paris, der sie liebt, nach Troja entführen lassen. Das war der Anlaß für den trojanischen Krieg, denn die Griechen wollen ihre *Helena* wiederhaben. Sie geht freiwillig zu den Griechen zurück, aber Paris läßt das nicht zu; er bringt sie wieder nach Troja. Da setzt der schlaue Odysseus seinen Trick mit dem trojanischen Pferd ein.
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Menschen und Mächte
Als Feuer vom Himmel fiel
Hintergründe eines verlorenen Luftkrieges
Untersuchung von Rudolf Waller
Der Autor durchforschte die Archive in Deutschland, USA und Großbritannien, um hinter das Geheimnis jener seltsamen Rüstungsskandale zu kommen, die – bisher weithin unbekannt – die politische und militärische Führung des „Dritten Reiches" erschütterten.
20.30 Familie Merian
Von Jörg Mauthe
2. „Wie geht's Ihrer Tochter?"
Mit Elfriede Irrall, Alfred Reiterer, Stefan Fleming u. a.
Regie: Walter Davy
Die Merians schwanken zwischen Selbstzweifeln und der Notwendigkeit, die Alltagsprobleme irgendwie in den Griff zu bekommen. Da erweist sich ausgerechnet die schwerverletzte Tochter Claudia als starke Persönlichkeit, die der Familie wieder Auftrieb gibt.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

Verfassungsgericht prüft Gesetz zum Zivildienst

Normenkontrollklage der SPD gegen Dauer des Ersatzdienstes

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Frage, ob ein Zivildienst von 20 Monaten für anerkannte Kriegsdienstverweigerer verfassungsgemäß ist, wird morgen vor dem Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts verhandelt. Die SPD-regierten Bundesländer Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen strengten gegen das am 1. Januar 1984 in Kraft getretene, von der christlich-liberalen Koalition beschlossene Gesetz zur Neuordnung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung ein Normenkontrollverfahren in Karlsruhe an. Ihm schlossen sich die 196 Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion an. Die Klage der Sozialdemokraten richtet sich nicht nur gegen die nach ihrer Ansicht im Vergleich zum Grundwehrdienst von 15 Monaten zu lange Dauer des Zivildienstes. In dem neuen Gesetz der Koalition sehen sie auch im Anerkennungsverfahren für die Verweigerer rechtsstaatliche Grundsätze mißachtet.

Mit dieser Klage geht der politische und rechtliche Streit in der Bundesrepublik Deutschland um eine Neuordnung des Rechtes der Kriegsdienstverweigerer ins siebente Jahr. Gegen das 1977 von der damaligen SPD/FDP-Koalition verabschiedete Gesetz, das die Anerkennung der Verweigerer auf die Abgabe einer schriftlichen Erklärung des Antragstellers reduzierte („Postkarten-Verfahren"), war die Normenkontrollklage der CDU/CSU im April 1978 erfolgreich.

Der Bremer Verfassungsrechtler Rinken argumentierte in seinem Gutachten als Prozeßbevollmächtigter der SPD, die Bundesregierung verletze ihre Sorgfaltspflicht, wenn sie voraussage, daß die Wehrpflichtigen des Einberufungsjahres 1984 und der folgenden im Laufe der Heranziehung zu Wehrübungen bis zum 45. Lebensjahr neben ihrem Grundwehrdienst von 15 Monaten mit weiteren fünf für Wehrübungen rechnen müßten. In längeren Ausführungen sucht Rinken nachzuweisen, daß dies nicht zutrifft und die zu 20 Monaten Dienstdauer Verpflichteten diskriminiert würden. In Artikel 12a des Grundgesetzes heißt es: „Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen."

Der Gutachter der Bundesregierung, der Bonner Professor für Öffentliches Recht, Ossenbühl, argumentiert dagegen, solange der Gesetzgeber die Zeiten für Wehrübungen „nicht offensichtlich unvertretbar" festsetze, sei es nicht zu beanstanden, daß die Dauer des zulässigen Zivildienstes sich aus dem Grundwehrdienst und den Zeiten für Wehrübungen addiere. Die Zeiten für die Wehrübungen erforderten eine Prognose des Gesetzgebers, die das Bundesverfassungsgericht nur beanstanden könne, wenn sie „offensichtlich unvertretbar" sei. Im übrigen nennt es eine Stellungnahme der Bundesregierung überraschend, daß die SPD in einem eigenen Gesetzentwurf die Verlängerung des Zivildienstes auf 19 Monate beabsichtigte. Die Erklärung, daß 20 Monate verfassungswidrig sein sollen, 19 aber nicht, bleibe sie schuldig.

Ossenbühl stuft Wehrdienst und Zivildienst durch die gefundene Regelung als gleichwertig ein, nennt aber dennoch auch den Zivildienst eine „lästige Alternative". Zur Begründung sagt der Gutachter der Regierung, Zivildienstleistende müßten im Gegensatz zu Soldaten an einem Stück zum Dienst und seien nicht sicher, ob Reservisten tatsächlich zu Übungen gezogen würden.

„DDR"-Bischöfe: Menschenwürde Ziel der Jugend

KNA/hrk. Berlin

„Wenn Christus unsere Zukunft sein soll, müssen wir auf ein Stück irdische Zukunft verzichten und den Mut haben, anders zu sein als unsere Umgebung", heißt es in einem Hirtenwort der katholischen Bischöfe der „DDR", das am vergangenen Sonntag verlesen wurde. Dieser Aufruf an die christliche Jugend Mitteldeutschlands bezieht sich auf den Katholischen Jugendkongreß, der am 17. Mai in der Ostberliner Hedwigskathedrale eröffnet wird. Wer sich in der „DDR" für Christus entscheide, heißt es darin, „darf nicht vorankommen wollen um jeden Preis". Es sei denkbar, daß er „bestimmte Berufe und Positionen einfach nicht erreichen" könne.

Der „Mut zum Anderssein" heiße nicht, betonen die Bischöfe, „gegen die anderen zu sein und in dauernder Opposition zu leben". Christen seien anders, weil sie „für das wahre Leben sind, für die Würde des Menschen eintreten, für die anderen da sein wollen, für eine menschenwürdige Gesellschaft und einen wahren und dauerhaften Frieden sich einsetzen". Entgegen der auch in der „DDR" herrschenden Auffassung, die „voreheliche sexuelle Erfahrungen, Ehe ohne Trauschein und Schwangerschaftsabbruch" zulasse, bemühten sich Christen um die Achtung der Würde des Partners. „Sie bemühen sich um Ehrfurcht und Zucht, bejahen die eheliche Gemeinschaft für ein ganzes Leben, sagen ja zum Kind." Als Leitbilder für diese Haltung nennen die Bischöfe den jungen Menschen neben Thomas Morus den von den Nazis hingerichteten katholischen Dompropst Bernhard Lichtenberg, den nach dem 20. Juli 1944 ermordeten evangelischen Theologen Dietrich Bonhoeffer und die Geschwister Scholl.

Stürzt Wiener Verteidigungsminister über umstrittenen Empfang für Reder?

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der Fall des in der vergangenen Woche nach vierzigjähriger Haft von Italien an Österreich übergebenen ehemaligen SS-Sturmbannführers Walter Reder hat in Wien zu politischen Schwierigkeiten in der sozialistisch-liberalen Regierungskoalition geführt. Im Kreuzfeuer steht Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager, der Reder persönlich in Graz von den italienischen Behörden übernommen, mit Handschlag begrüßt und anschließend in eine Bundesheer-Kaserne nach Baden bei Wien gebracht hatte.

Dieser Empfang für Reder war offenbar mit den zuständigen österreichischen Militärs nicht abgesprochen worden. Hohe Offiziere des Bundesheeres behaupten jetzt, nicht eingeweiht gewesen zu sein. Der ehemalige Armeekommandant, der seit drei Jahren pensionierte General der Panzertruppen Emil Spannocchi, der noch heute in der Truppe hohes Ansehen genießt, erklärte, er „sei erschüttert und verärgert", weil durch die Art der „Heimholung" Reders das österreichische Bundesheer an eine Vergangenheit angekoppelt werde, die es gar nicht habe. Spannocchi, im Zweiten Weltkrieg selber Wehrmachtsoffizier, sagte dann, das heutige österreichische Heer habe mit der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS „nichts zu tun". Hätte man ihm, Spannocchi, den Befehl gegeben, Reder abzuholen, er hätte sich dagegen gewehrt.

Bundeskanzler Fred Sinowatz, der von der Aktion Frischenschlagers gleichfalls nicht vorher informiert worden war, bezeichnete das Vorgehen seines Ministers als schweren politischen Fehler. Zu allem Überfluß fiel die Heimkehr Reders, die inzwischen auch im Ausland heftige Kritik an Österreich ausgelöst hat, mit der Tagung des Jüdischen Weltkongresses in Wien zusammen. Der Präsident des Weltkongresses, Edgar Bronfman, erklärte, die Juden seien „geschockt, aufgebracht und zutiefst empört". Nur eine persönliche Entschuldigung des österreichischen Kanzlers vor dem Kongreß konnte den sofortigen Abbruch der Veranstaltung verhindern.

Der erst 41jährige Verteidigungsminister hat inzwischen einen offiziellen Besuch in Ägypten abgebrochen. Nach seiner Rückkehr soll Frischenschlager dem Kanzler einen Bericht vorlegen. In Wien wird die Frage gestellt, ob er politisch noch zu halten sei. Seine Partei, die FPÖ, hat ihm zwar demonstrativ den Rücken gestärkt – doch einer der prominentesten Freiheitlichen der alten Schule, der ehemalige österreichische Botschafter in Bonn, Wilfried Gredler, sprach von einer „Panne".

Der ehemalige Bundeskanzler Bruno Kreisky hat inzwischen in die Auseinandersetzungen eingegriffen und überraschenderweise nicht so sehr den Verteidigungsminister, als vielmehr den Außenminister Leopold Gratz attackiert, der ebenso wie Kreisky der Sozialistischen Partei angehört. Falls andere Regierungsmitglieder von der Absicht Frischenschlagers, Reder abzuholen, gewußt hätten, so seien diese „gleichermaßen für die Reaktionen im Inland und den Schaden, der Österreich im Ausland zugefügt wurde, verantwortlich", meinte der Ex-Kanzler und jetzige Ehrenvorsitzende der SPÖ. Frischenschlager erklärte aber, er habe in Absprache mit dem Außenminister gehandelt. Gratz wiederum verweist darauf, er sei an gewisse Absprachen mit Italien gebunden gewesen, die eine nicht-öffentliche Rückkehr Reders nach Österreich und eine Abschirmung vor der Öffentlichkeit verlangten. Zur Erfüllung dieser Bedingungen habe nur das Bundesheer den technischen Apparat zur Verfügung.

In politischen und militärischen Kreisen der österreichischen Hauptstadt schüttelt man allerdings den Kopf über das offenbar fehlende Fingerspitzengefühl Frischenschlagers. Der Chef der Gewerkschaft und Parlamentspräsident, Anton Benya (SPÖ), meinte, der Verteidigungsminister sei sich angesichts seines relativ jugendlichen Alters der Tragweite seines Handelns offenbar nicht bewußt gewesen. Die oppositionelle ÖVP verlangt jetzt eine Parlaments-Sondersitzung und den Rücktritt des Ministers; sogar jene, die Frischenschlager gut gesinnt sind, sprechen kopfschüttelnd von einem „Mangel an Augenmaß". Sogar wenn Italien, wie es offenbar der Fall war, die Übernahme Reders durch einen österreichischen „Regierungsvertreter" verlangte, hätte Frischenschlager einen oder mehrere Beamte schicken können, ohne sich selber zu exponieren.

An der Tatsache, daß Reder nun endlich aus der Haft entlassen ist, nehmen auch die meisten Kritiker keinen Anstoß. Der österreichische Militärhistoriker Manfred Rauchensteiner bezeichnete ‚den letzten „Heimkehrer" – der übrigens Österreich seinerzeit 1934 als ganz junger Mann den Rücken gekehrt hat, um sich in Deutschland der SS anzuschließen – als „tragische Figur" und die Vorgänge in und um die italienische Ortschaft Marzabotto als „ein Kapitel aus der finstersten Geschichte des Partisanenkrieges". So ist eingetreten, was der entlassene Häftling Reder sicher nicht geahnt oder erwartet hat: Er ist nicht nur selber wieder ins Rampenlicht gerückt, sondern hat einen politischen Eklat zwischen Links und Rechts in Österreich ausgelöst.

Frauen: Idee Genschers bleibt umstritten

E. N. Bonn

Die Forderung von FDP-Parteichef Hans-Dietrich Genscher, die Stelle einer „Frauenbeauftragten" beim Deutschen Bundestag" einzurichten, ist in Bonn sehr unterschiedlich aufgenommen worden. Während die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU-Frauenvereinigung und CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete, Roswitha Verhülsdonk, auf Anfrage der WELT den Genscher-Vorschlag begrüßte, hat die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger (SPD), skeptisch auf dessen Forderung reagiert.

Allein durch neue Institutionen „ohne Unterbau und ohne Kompetenzen" könne den Frauen nicht geholfen werden. Alternativ schlug Frau Renger in einem Gespräch mit der WELT vor, beim Bundeskanzler eine „Staatssekretärin für Frauenfragen" anzusiedeln, die eine koordinierende und übergreifende Funktion haben müsse. Der Arbeitsstab Frauenpolitik beim Bundesfamilienminister könne dieses „Durchsetzungsvermögen" nicht haben.

Kritik aus der SPD

Kritik übte die Sozialdemokratin an der Familienpolitik der Bundesregierung. Die Diskrepanz zwischen „blumenreichen Beteuerungen", die Familie und die Interessen der Frau in das Zentrum der Politik zu stellen und der Wirklichkeit einer, wie Frau Renger sagte, „in vielen Bereichen frauenfeindlichen Politik", sei bereits „zu groß" geworden.

Auch die Leiterin des „Arbeitsstabes Frauenpolitik" im Bundesfamilienministerium, Ellen Gisela Wolf, erklärte auf Anfrage, von einer neuen Behörde, die die Rechte der Frauen verteidigen solle, halte sie „überhaupt nichts".

Die Klage des 1979 eingerichteten „Arbeitsstabes Frauenpolitik" der Bundesregierung über den zu geringen Anteil von Frauen in führenden Positionen hatte 1981 den CDU-Bundestagsabgeordneten und Familienexperten, Hermann Kroll-Schlüter, veranlaßt, das Familienministerium selbst daraufhin abzuklopfen. Das Ergebnis: Von den fünf Abteilungen des Hauses wurde keine einzige von einer Frau geleitet, von den sieben Unterabteilungen nur eine von einer Frau und von den 71 Referaten unterstanden sieben Frauen.

„Vorschlag bessert nichts"

Aufgrund auch solcher Erfahrungen lehnt die SPD-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Anke Fuchs, eine „Frauenbeauftragte" beim Deutschen Bundestag ab. Man könne, sagte sie, „darüber streiten, ob die Bundesregierung eine Gleichstellungs-Stelle" brauche, im Parlament aber werde eine solche Neuerung „keinerlei Verbesserung bringen". Frauen stellten mit rund 53 Prozent der Einwohner in der Bundesrepublik die Mehrheit. Man brauche also keinen „Minderheitenschutz", wie ihn die Ausländerbeauftragte, der Wehrbeauftragte oder der von der Bundesregierung Beauftragte für die Behinderten darstellten, sondern eine Einrichtung mit „wirklichen Kompetenzen", die auch der „Arbeitsstab" nicht hat.

Der vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt gegen den Willen der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen" ins Leben gerufene und mit einem Haushaltsvolumen von rund vier Millionen Mark ausgestattete Arbeitsstab hinterließ keine bleibenden Spuren. Die Konstruktion einer innerhalb eines Ressorts angesiedelten Arbeitsgruppe, die ressortübergreifend funktionieren soll, war immer problembehaftet.

Frau Verhülsdonk, die zugesteht, daß dieses Büro einem Familienminister dazu dienen kann, Einfluß auf die Gesetzgebung zu nehmen, plädiert jedoch deshalb für die Einrichtung der Position einer Frauenbeauftragten im Parlament. Dort könne sie den Gang der Gesetzgebung besser verfolgen. Verhülsdonk denkt an ein „kleines Büro mit ein paar Juristen drin, die Texte bearbeiten und Nachlese betreiben". Denn in den Situationsberichten unter dem Titel „Frauen", die das Familienministerium ab und an herausgibt, kehren allzu oft Gleichberechtigungsfragen als ungelöst wieder.

Gereiztheit in Rom

Kommuniqué-Krieg Pertini–Craxi im Fall „De Michelis"

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Zwischen Quirinal und Palazzo Chigi, den Amtssitzen Sandro Pertinis und Bettino Craxis, ist über den Fall des sozialistischen Arbeitsministers Gianni De Michelis, der Anfang Januar in Paris mit einem flüchtigen verurteilten Linksterroristen zusammengetroffen war, ein „Krieg der Kommuniqués" ausgebrochen.

Die Auseinandersetzung ging aus von einem „vertraulichen" Brief, den Staatspräsident Pertini am 23. Januar an Craxi richtete. Darin bezeichnete er es als die „Pflicht" des Arbeitsministers, nach dem Pariser Treffen zurückzutreten. Ministerpräsident Craxi, der sich angesichts der Zufälligkeit der Zusammenkunft vor seinen angegriffenen Minister stellte, versuchte tags darauf die Angelegenheit in einem persönlichen Gespräch mit dem Staatspräsidenten zu bereinigen. In der offensichtlichen Annahme, daß ihm dies gelungen sei, erklärte er nach der Unterredung vor der Presse, daß es „nie einen Fall De Michelis gegeben" habe.

Das Quirinal spielte daraufhin den „vertraulichen" Pertini-Brief der Zeitung „La Repubblica" zu, die seinen Inhalt am 25. Januar veröffentlichte. Craxi bestritt zunächst den Eingang des Schreibens, gab aber kurz darauf zu, ein solcher Brief sei in der Tat am 23. Januar eingegangen.

Der Leiter des Craxi-Sekretariats, Gennaro Acquaviva, setzte nun zum Gegenangriff an und warf dem ebenfalls der Sozialistischen Partei angehörenden Staatspräsidenten vor, die von ihm selbst festgelegte Vertraulichkeit des Schreibens an Craxi gebrochen zu haben. Prompt ließ Pertini öffentlich präzisieren, „daß die Nachricht über den Brief des Präsidenten der Republik an den Ministerpräsidenten ... weitergegeben wurde, nachdem Ministerpräsident Craxi nach der Rückkehr von einem Gespräch im Quirinal erklärt hatte, es habe ‚nie einen Fall De Michelis gegeben'". Die Vertraulichkeit entbinde nicht vom Respekt vor der Wahrheit. Die Öffentlichkeit solle wissen, daß der Fall für den Quirinal durchaus bestanden habe.

Positives Echo der Jugend

Übersiedlerwelle aus der „DDR" begrüßt / Skepsis bei Älteren

hrk. Berlin/Bonn

Die rund 40 000 „DDR"-Übersiedler, die 1984 in die Bundesrepublik Deutschland kamen, stoßen bei ihren westlichen Landsleuten verbreitet auf Skepsis. Es überwiegt knapp eine eher negative als positive Beurteilung der Übersiedlerwelle. Jüngere Westdeutsche sind eher geneigt, die neuen Nachbarn mit offenen Armen aufzunehmen als ältere. Diese Ergebnisse einer Repräsentativumfrage bei 2000 ausgewählten Bürgern in der Bundesrepublik finden sich in der Januar-Ausgabe des „Deutschland-Archivs".

Die Resultate der Umfrage – von der Kommunikationswissenschaftlerin Anne Köhler (Infratest) und Professor Volker Ronge (Universität Wuppertal) erhoben – stehen im Gegensatz zu dem eher günstigen Bild, das eine ähnliche Repräsentativ-Befragung unter Übersiedlern nach ihrem Eintreffen in der Bundesrepublik ergab (WELT v. 31. 12.). Die mitteldeutschen Landsleute zeigten sich unter allen neuen Eindrücken im Westen in erster Linie von der freundlichen Aufnahme und nicht durch die Konsum-Welt beeindruckt.

Die Befragungsaktion ergab nach Angaben der Autoren zunächst eine erstaunliche Unkenntnis über die Tatsache der Übersiedlerwelle: „Die war selbst auf ihrem Höhepunkt nicht etwa durchgängig bekannt." Selbst die „breite Resonanz der Medien" habe nicht zu einem hohen Informationsstand geführt. Auf die Frage „Wie beurteilen Sie die Tatsache, daß jetzt so viele DDR-Bürger zu uns kommen?" antworteten nur 18 Prozent mit „uneingeschränkt gut". 46 Prozent meinten „teils gut, teils schlecht", und immerhin ein Fünftel bezeichneten diesen Vorgang als „alles in allem eher schlecht".

Unterteilt nach Altersgruppen, ergibt sich der hoffnungsvoll stimmende Tatbestand, daß bei den 14- bis 29jährigen der Anteil der uneingeschränkten Befürworter mit 22 Prozent am höchsten ist. Bei den über 50jährigen Westdeutschen sinkt er auf 16 Prozent.

Eine negative Einstellung zu dem Vorgang zeigen 23 Prozent der 30- bis 49jährigen und 27 Prozent der älteren Bürger in der Bundesrepublik. Die Autoren kommentieren dies so:

„Angesichts der in der Jugend nach Jahrzehnten der deutschen Teilung immer geringer gewordenen persönlichen DDR-Beziehungen ... war dieses Ergebnis wohl nicht vorauszusehen ... Es sind nicht diejenigen, die das ungeteilte Deutschland noch selbst persönlich erlebt haben, also die Älteren, die die Übersiedlerwelle begrüßen; im Gegenteil, es sind eher die Jungen – trotz fehlender persönlicher DDR-Beziehung". Hier zeige sich offenbar eine „generelle und offensive humanitäre Einstellung".

Eine klare Mehrheit der Westdeutschen verneint die Unterstellung, bei den Übersiedlern handele es sich häufig um Sozialfälle oder Querulanten. Daß sich unter den Männern und Frauen von drüben „besonders viele Spione" befänden, halten indessen 47 Prozent der Befragten für möglich. 50 Prozent lehnen eine solche Einschätzung ab. Immerhin vermuten dies jedoch 60 Prozent der über 50jährigen.

In der Schlußbetrachtung der beiden Autoren, die ihre Befragung auch als Test für ein Wiedervereinigungs-Denken in der Bundesrepublik betrachteten, heißt es kritisch: „Eine materielle, egoistische Haltung ist bei der Bevölkerung weit verbreitet, und sie schlägt auf das Verhältnis zu den ‚Brüdern und Schwestern' von drüben durch, wenn es ernst wird mit den ‚sozialen Kosten der Wiedervereinigung'. Der das Verhältnis von hüben nach drüben weithin prägende ‚Distanz-Humanismus' hält den Anforderungen der Wirklichkeit wahrscheinlich nicht stand."

Paris: Immer weniger wollen links wählen

rtr, Paris

Die Sozialistische und die Kommunistische Partei Frankreichs müssen nach einer Umfrage bei den nächsten Wahlen mit erheblichen Stimmenverlusten rechnen. Die linksorientierte französische Zeitung „Liberation" veröffentlichte gestern die Ergebnisse einer Erhebung, wonach sich nur noch 32 Prozent der Wähler der politischen Linken zugehörig fühlen. 1981 konnte die Koalition aus Sozialisten und Kommunisten noch 42 Prozent verbuchen.

Der Zuwachs der Opposition betrage dennoch nur vier Prozent – 35 Prozent der Befragten bekundeten Sympathie für die bürgerlichen Parteien. Gut ein Viertel wollte sich nicht einordnen lassen, sechs Prozent äußerten keine Meinung.



Ein gutes Beispiel

nl – Allmählich drängt die Zeit: Noch immer wird in den Unternehmen der Metallindustrie zwischen den Firmenleitungen und den Betriebsräten um die Umsetzung des nach heftigem und opfervollem Arbeitskampf zustande gekommenen Manteltarifvertrags gerungen. Während von Unternehmerseite getreu dem Buchstaben des Vertragswerks bei der Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden das Instrument der Flexibilisierung ins Spiel gebracht wird, hat sich die Gewerkschaft auf eine allgemeine, pauschale Verkürzung der Wochenarbeitszeit versteift.

Jedoch: Nachdem der Arbeitskampf so viel Porzellan zerschlagen hat, sollte allen daran liegen, den Betriebsfrieden zu festigen. Darum ist es erfreulich, daß sich diese Erkenntnis zumindest in einem Unternehmen auf allen Seiten durchgesetzt hat: Die Waiblinger Firma Stihl hat einen – von den Parteien akzeptierten – Spruch bei einer Einigungsstelle vorgelegt. Dieser Kompromiß enthält zwar nur Teile der Arbeitszeit-Flexibilisierung, so wie die Unternehmensleitung es sich gewünscht hatte; aber mit ihm können auch die Gewerkschaften leben. Beide Seiten haben Zugeständnisse gemacht, ohne das Gesicht zu verlieren.

Da es sich bei der Auseinandersetzung im Falle Stihl nicht um ein x-beliebiges Unternehmen handelt, sondern um das des Verhandlungsführers der Metallindustriellen Baden-Württembergs, kommt dem Kompromiß gewissermaßen eine Pilotfunktion zu. Bleibt zu hoffen, daß nunmehr auch anderwärts dem guten Beispiel gefolgt wird.

Schönes Plus

cd. – Die deutschen Außenwirtschaftsergebnisse für 1984 sind zwar sehr erfreulich, aber keineswegs sensationell. Die Bundesrepublik hatte 1974 und 1978 weit höhere Überschüsse in der Leistungsbilanz erwirtschaftet. Aber gerade die Leistungsbilanz zeigt mit ihrem Plus von knapp 18 Mrd. DM, wie sehr sich die deutsche Außenwirtschaftsposition in den letzten Jahren wieder verbessert hat, nachdem dieser Kern der gesamten deutschen Zahlungsbilanz in den Jahren 1979 bis 1981 stark in die roten Zahlen geraten war, 1980 sogar mit fast 29 Milliarden. Außer Japan weist kein anderes Land einen so hohen Leistungsbilanzüberschuß auf wie die Bundesrepublik. Nach alten „Regeln" müßte sich diese günstige deutsche Position eigentlich auch im Wechselkurs der D-Mark widerspiegeln. Doch das ist wegen der politisch bedingten Stärke des Dollars und des Kapitalexports nicht der Fall. Deshalb sollten wir uns freuen, daß unser Leistungsbilanzüberschuß wenigstens ausreicht, den Kapitalexport zu finanzieren.

KLÖCKNER-KRUPP / Fusion tritt am 1. Juli rückwirkend zum Jahresbeginn in Kraft

Gienow kündigt Gespräch mit Frau Breuel über Georgsmarienhütte an

VWD/rtr/dos, **Duisburg/Bochum/Hannover**

Die im Herbst angekündigte Fusion der Stahlbereiche von Klöckner und Krupp unter Einbeziehung des australischen Rohstoff-Konzerns CRA wird im Frühjahr zu den erforderlichen Beschlüssen führen, erklärte der Vorstandsvorsitzende der Klöckner-Werke AG, Dr. Herbert Gienow, vor der Presse. Die Fusion solle dann zum 1. Juli mit einer Rückwirkung zum Jahresanfang praktisch vollzogen werden.

Gienow hält alle derzeit öffentlich erörterten Schwierigkeiten für überwindbar. „Ich sehe nicht, wer es verantworten könnte, sich der Fusion entgegenzustellen." Unter Einbeziehung der Australier erhalte das neue Unternehmen die von der Politik gewünschte Stärke, um für die nächsten zehn Jahre bei gleichen Wettbewerbsbedingungen „auch bei Sturm überstehen zu können". Gienow kündigte an, daß er in den nächsten Tagen ein Gespräch mit der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (CDU) über die Zukunft von Georgsmarienhütte führen werde.

Der Vorwurf aus Niedersachsen einer „Unternehmenspolitik der verbrannten Erde" habe ihn persönlich tief getroffen. Die Walzstahlproduktion in Georgsmarienhütte könne wegen zusätzlicher Kosten von 100 Millionen Mark jährlich nicht fortgesetzt werden. Das Unternehmen wolle aber einen Beitrag leisten, um diese Region industriell nicht verelenden zu lassen. Nicht jeder einzelne der 3000 Arbeitsplätze von insgesamt 43 000, die durch die Fusion in Georgsmarienhütte, Leverkusen und Heithof wegfallen, sei ersetzbar.

Das habe die Politik von den anderen Stahlkonzernen, wie Thyssen und Hoesch, auch nicht verlangt. Jedoch wolle man große Anstrengungen für neue Arbeitsplätze unternehmen, versicherte der Chef der Klöckner-Werke AG.

Mit Interesse allerdings wird in Hannover die Einlassung registriert, daß im Rahmen der Fusion „große Anstrengungen für neue Arbeitsplätze" vorgesehen seien. Im Vordergrund der niedersächsischen Bemühungen stehe der Erhalt der 2400 Arbeitsplätze in Georgsmarienhütte. Ein Termin für das von Gienow angekündigte Gespräch mit der Landesregierung, so der Sprecher, stehe noch nicht fest.

Gienows Ankündigung, die Walzstahlproduktion in Georgsmarienhütte stillzulegen, stößt bei der niedersächsischen Landesregierung nach wie vor auf offene Ablehnung. Ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums erklärte auf Anfrage, in dieser Frage sei das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Nach Gienows Angaben prüft die Prüfungsgesellschaft Treuarbeit gegenwärtig das Fusionskonzept. Gienow rechnet mit einem positiven Ergebnis, weil die Fusion zu einer größeren Marktstärke führe als die bisherigen Einzelkonzepte von Krupp und Klöckner. Außerdem gehöre der große Beitrag der Australier dazu. Die vorgesehene Reduzierung der Rohstahlkapazität von 14 auf zwölf Millionen Jahrestonnen sei ein Stabilisierungsbeitrag, der einen Anspruch auf staatliche Unterstützung rechtfertige. Schließlich handele es sich um eine unternehmensübergreifende Kooperation.

Die von Gienow fest eingeplante Strukturverbesserungshilfe ist nach den technischen und organisatorischen Einzelheiten der Fusionspläne auf 350 Mill. DM zu veranschlagen. Die ursprünglich einmal in der Diskussion befindliche „Morgengabe" von 500 Mill. DM ist aber offenbar nicht mehr im Gespräch.

Zugleich äußerte sich Gienow nur vorsichtig optimistisch zur weiteren Entwicklung der Stahlindustrie. Im Gegensatz zu anderen Vertretern der Stahlindustrie rechne er nur mit einem Mengenwachstum im laufenden Jahr zwischen „null und drei Prozent". Allerdings setzte er neben der bereits für den 1. April geplanten Preiserhöhung von 30 DM je Tonne noch auf eine weitere im Verlauf des Jahres in ähnlicher Größenordnung. Mittelfristig erwarte er im Inland eher eine Stagnation oder gar leichte Abnahme der Stahlnachfrage, während weltweit ein durchschnittliches Plus von einem Prozent möglich sei.

HANDELS- UND LEISTUNGSBILANZ

Der Exportboom ließ die Überschüsse kräftig wachsen

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die Bundesrepublik erzielte 1984 einen Leistungsbilanzüberschuß von 17,9 Milliarden Mark, der die Erwartungen (rd. 15 Mrd. DM) deutlich übertraf. Damit war dieser Aktivsaldo, der sich aus dem Warenverkehr mit dem Ausland, den Dienstleistungen einschließlich der sogenannten Ergänzungen zum Warenverkehr und den unentgeltlichen Leistungen ergibt, um 7,6 Milliarden Mark höher als im Vorjahr.

Zu dieser kräftigen Verbesserung der deutschen außenwirtschaftlichen Position hat ganz maßgeblich die Steigerung des Ausfuhrüberschusses von *42,1 Milliarden auf einen neuen* Rekord von 54 Milliarden Mark beigetragen. Der bisher höchste Exportüberschuß war 1982 mit 51,3 Milliarden Mark erzielt worden. Darin spiegelt sich, daß die Ausfuhr dem Wert nach um 13 Prozent auf 488,2 Milliarden Mark stärker zugenommen hat als die Einfuhr, die um elf Prozent auf 434,2 Milliarden Mark wuchs.

Die Dynamik des deutschen Exports war jedoch wesentlich stärker, als dies in den Zahlen zum Ausdruck kommt. Berücksichtigt man, daß die Preise im Ausfuhrgeschäft moderater stiegen als bei der Einfuhr, so daß die Durchschnittswerte des Exports nach Schätzung des Statistischen Bundesamtes nur um knapp vier Prozent höher waren als 1983, die der Einfuhr jedoch um sechs Prozent, dann ist das deutsche Exportvolumen 1984 um neun Prozent gestiegen, während sich die Importe um real fünf Prozent erhöhten. In dem Auseinanderklaffen der wert- und volumenmäßigen Entwicklung von Aus- und Einfuhr spiegelt sich die Verteuerung des Imports durch den hohen Dollarkurs, der einen negativen Effekt auf die Austauschverhältnisse im Außenhandel (terms of trade) hatte; andererseits war der hohe Dollarkurs neben der kräftigen Konjunkturerholung in den wichtigsten Absatzländern ein kräftiger Exportmotor, weil er die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Ausfuhr verbesserte.

Günstig auf die Leistungsbilanz hat sich auch der Rückgang des Defizits im Dienstleistungsverkehr von 10,6 auf 4,9 Milliarden Mark, den niedrigsten Betrag seit 1972/73, ausgewirkt, nach dem das Dienstleistungsminus 1982 auf 16,5 Milliarden geklettert war. Allerdings stieg das Defizit bei den Übertragungen, in denen die Heimatüberweisungen der Gastarbeiter enthalten sind, von 26,7 auf eine neue Höchstmarke von 31,2 Milliarden Mark.

Der 1984er Leistungsbilanzüberschuß wurde entscheidend vom Dezember-Plus mitgeprägt, das mit 6,4 Milliarden so hoch war wie nie zuvor, nachdem bereits die beiden Vormonate zusammen zwölf Milliarden Überschuß gebracht hatten. Der Außenhandel schloß im Dezember mit einem Aktivsaldo von 6,1 (Vorjahr 4,1) Milliarden Mark.

Schwerer Verzicht

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Mut und Verhandlungsgeschick braucht die italienische Regierung, wenn sie während ihrer EG-Präsidentschaft den Schlußstrich unter die Gespräche mit Spanien und Portugal ziehen will. Die in den kommenden Wochen fälligen Entscheidungen verlangen von allen Beteiligten Opfer, am meisten aber von Rom. Dies gilt besonders für die „Integrierten Mittelmeer-Programme", ohne die die Griechen der EG-Erweiterung nicht zustimmen werden.

Seit dem Dubliner EG-Gipfel im Dezember ist klar, daß die Pläne für einen neuen Ressourcentransfer zwischen den nördlichen und südlichen Regionen zu ehrgeizig konzipiert waren. *Die Schuld daran trifft die alte* EG-Kommission. Mit dem Eifer von Weltverbesserern hatten die Brüsseler Strategen die bevorstehende Erweiterung zum Anlaß genommen, einen kräftigen Anstoß zur Milderung des regionalen Gefälles in der Gemeinschaft zu geben. Sie vergaßen dabei, daß sowohl die Bereitschaft der reicheren EG-Länder zur Finanzierung derartiger Hilfsprogramme wie auch deren finanzieller Spielraum recht begrenzt sind.

Die Idee der Mittelmeer-Programme ist bereits 1980 entstanden, als sich die Kommission im Zusammenhang mit den britischen Wünschen für eine gerechtere Finanzverfassung, mit der Reform der europäischen Agrarpolitik und der Entwicklung neuer Schwerpunkte der Integration befaßte. Seither sind den interessierten südlichen Mitgliedsländern diese Pläne immer wieder versprochen worden, sogar in den Kommuniqués des Europäischen Rates.

Beratungen über die Kommissionsvorschläge und deren finanzielle Folgen haben jedoch erstmals in Dublin stattgefunden. Dabei zeigte sich, daß die Erwartungen über Ausmaße und Dotierung der geplanten Maßnahmen weit auseinandergehen.

Die Kommission hat für einen Zeitraum von sechs Jahren 14,7 Milliarden Mark vorgesehen, von denen 6,47 Milliarden auf Italien, 5,58 auf Griechenland und 2,45 Milliarden auf Südfrankreich entfallen sollen. *Dabei ist ungewiß, ob die bisherigen* Strukturleistungen (regional, sozial und Agrarfonds) anzurechnen wären.

Der jüngste Kommissionsvorschlag geht von ergänzenden Aktionen aus. In den Ratssitzungen haben Vertreter der EG-Behörde aber auch schon gegenteilige Auskünfte gegeben. In Dublin wurde die Forderung auf 11,15 Milliarden Mark reduziert. Die nördlichen Mitgliedsländer waren indes nur bereit, einen kleinen Bruchteil davon bereitzustellen.

Ein Ausweg aus der Sackgasse ist nur dann möglich, wenn das Gesamtprojekt bescheidener angelegt wird. Dies wäre zum Beispiel der Fall, wenn Italien und Frankreich auf Zuschüsse außerhalb der bestehenden Fonds verzichten oder die geplanten Maßnahmen über einen längeren Zeitraum gestreckt würden. Während Frankreich dazu bereit ist, halten sich die Italiener vorerst noch bedeckt.

Es bedarf vieler innenpolitischer Courage, von den bisherigen Forderungen Abstand zu nehmen, zumal Italien seit Jahr und Tag darüber Klage führt, daß es bei der Agrarpolitik zu kurz *komme* und wegen seiner zurückgebliebenen wirtschaftlichen Strukturen im Mezzogiorno den Wettbewerb mit dem Norden nicht bestehen könne.

Die Bundesregierung und erst recht die britische Premierministerin Thatcher sehen wegen der knappen EG-Mittel jedenfalls überhaupt nur die Möglichkeit, ein „griechisches Fenster" zu öffnen, zusätzliche Hilfs*programme also nur in dem Mit*gliedsland zu finanzieren, dem die Eingliederung in die EG noch immer besonders schwerfällt. Bereits seit zweieinhalb Jahren diskutiert der Rat über Maßnahmen zur Stärkung der griechischen Wirtschaft. Athen erhielt 1982/83 immerhin Nettozahlungen von 3,64 Milliarden Mark aus der EG-Kasse. Auch ohne neue Programme wird es bis 1989 voraussichtlich 5,6 Milliarden Mark aus dem Regional- und Sozialfonds bekommen.

Premierminister Andreas Papandreou ist freilich kaum zuzumuten, sein Veto gegen die Erweiterung aufzuheben, solange die EG-Kommission bei ihren überhöhten Zahlungen bleibt. Die Tatsache, daß sich Jacques Delors persönlich die Zuständigkeit für die „Integrierten Mit*telmeer-Programme*" gesichert *hat*, leitete bereits ein Umdenken ein. Nun müssen auch Italien und Frankreich zurückstecken. Nur dann kann der Weg zu einem Kompromiß freiwerden.

AUF EIN WORT



„Bund und Länder feiern den Abbau der Neuverschuldung als *große* Erfolge. Wenn der Staat ebenso effizient arbeiten würde wie die private Wirtschaft, gäbe es dieses Problem nicht."

Reinhard Mohn, Aufsichtsratsvorsitzender der Bertelsmann AG, Gütersloh FOTO: DIE WELT

Stahlproduktion zehn Prozent höher

dpa/VWD, **Düsseldorf**

Die eisenschaffende Industrie der Bundesrepublik erzeugte 1984 insgesamt 30,2 Mill. Tonnen Roheisen, 39,4 Mill. Tonnen Rohstahl und 28,0 Mill. Tonnen Walzstahlfertigerzeugnisse. Diese Ergebnisse gab die Außenstelle Düsseldorf des Statistischen Bundesamtes bekannt. *Gegenüber 1983* nahm die Produktion von Roheisen um 13,6 Prozent, von Rohstahl um 10,2 Prozent und von Walzstahlfertigerzeugnissen um 7,3 Prozent zu. Auch die Erzeugung von Eisen-, Stahl- und Temperguß war mit 3,4 Mill. Tonnen um 2,3 Prozent höher als 1983. Die Eisenerzförderung blieb mit 977 000 Tonnen praktisch gleich (plus 0,1 Prozent).

HWWA-PROGNOSE

Die Rohstoffpreise bleiben auch in diesem Jahr gedrückt

J. BRECH, **Hamburg**

Die Preise für Industrierohstoffe werden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, über den größten Teil des Jahres 1985 nicht steigen. Im Jahresdurchschnitt, so schreibt das Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, dürfte das Preisniveau merklich niedriger als 1984 liegen. Im Januar habe es auf Dollarbasis fast zehn Prozent unter dem Durchschnitt des Vorjahres gelegen.

Dieser *Preisprognose für die* Industrierohstoffmärkte liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Industrieproduktion sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Westeuropa 1985 nur noch in verhaltenem Tempo erhöhen wird und der Verbrauch an Industrierohstoffen nur mäßig zunehmen wird. Außerdem werden die Rohstofferzeuger versuchen, die Zunahme des Angebots gering zu halten. Die Erfolge dürften allerdings begrenzt sein. Vor allem bei Nichteisen-Metallen werden die Anbieter bestrebt sein, zur Minderung ihrer Verschuldungsprobleme die Exporte zu steigern.

Günstiger sind dagegen, die Voraussetzungen für Angebotsbeschränkungen bei Rohstoffen, die überwiegend in den Industriestaaten selbst hergestellt werden. Keine preisbedingte Gefahr sieht das HWWA auf den Erdölmärkten. Das nach wie vor vorhandene Überangebot wird zu einem weiteren Preisrückgang führen, sobald sich eine saisonale Abschwächung der Nachfrage durchsetzt.

Einen Stillstand beim Preisrückgang sagt das HWWA bei Nahrungs- und Genußmitteln voraus. Bei Getreide sei zudem mit einer höheren Einfuhr der UdSSR zu rechnen.

ÖFFENTLICHE HAUSHALTE

Die Steuereinnahmen waren 1984 geringer als erwartet

dpa, **Bonn**

Die ursprünglichen Erwartungen über die Steuereinnahmen für *1984* sind nur bei den Gemeinden übertroffen worden, während insbesondere der Bund erhebliche Verluste hinnehmen mußte. Gegenüber den Schätzungen vom November 1983, die den öffentlichen Etats 1984 zugrunde gelegt wurden, verringerten sich die Steuereinnahmen für den Bund um knapp 2,9 Milliarden und für die Länder um 766 Millionen Mark. Lediglich die *Gemeinden konnten 582 Millio*nen Mark mehr kassieren, als vor gut einem Jahr angenommen.

Wie aus einer Übersicht des Bundesfinanzministeriums hervorgeht, betrugen die gesamten Steuereinnahmen nach vorläufigen Berechnungen 414,4 Milliarden Mark, womit das Aufkommen von 1983 um 4,5 Prozent übertroffen wurde. Die volkswirtschaftliche Steuerquote – der Anteil der Steuern vom nominalen Bruttosozialprodukt – blieb mit 23,71 Pro*zent gegenüber 1983 mit 23,72 Pro*zent fast gleich.

Der Steuerkuchen verteilt sich wie folgt: 197,2 Milliarden Mark enfielen auf den Bund, 145,5 Milliarden auf die Länder und 56,9 Milliarden auf die Gemeinden und Stadtstaaten.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer als der größten Einzelsteuer wuchsen 1984 gegenüber 1983 um 5,8 Prozent auf 136,4 Milliarden Mark. *Das Ministerium wertete diesen An*stieg wegen der „niedrigen" Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltssumme (einschließlich Beamtenpensionen), die etwa drei Prozent betrug, als gering. Außerdem führte der Jahresausgleich bei der Lohnsteuer für 1983 im vergangenen Jahr nur zu Mindereinnahmen des Staates von 5,9 Milliarden Mark. Ein Jahr zuvor betrugen sie noch 6,4 Milliarden Mark.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

BAG erwartet mäßige Preisentwicklung

Köln (dpa/VWD) – Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG) in Köln rechnet für 1985 mit einer „weiterhin nur mäßigen Preisentwicklung". BAG-Präsident Heinrich W. Heyer berichtete im BAG-*Nachrichtendienst, eine Erhebung* der Bundesarbeitsgemeinschaft über die Entwicklung der Einkaufspreise für die im ersten Halbjahr 1985 zum Verkauf kommenden Waren hätten diese Erwartung bestätigt. Die Erfahrung zeige, daß aufgrund des harten Wettbewerbs im Einzelhandel die Steigerung der Einkaufspreise nicht voll weitergegeben werden könne.

Notar haftet

Frankfurt (dpa/VWD) – Wenn ein Notar in Warentermingeschäfte eingeschaltet ist, muß er damit rechnen, für die Ansprüche geschädigter Kunden haftbar gemacht zu werden. Der 9. Zivilsenat des Oberlandesgerichtes Frankfurt hat in einem am Montag veröffentlichten Urteil in einem derartigen Fall die Haftung eines Notars bejaht und ihn zur Zahlung von Schadenersatz in Höhe von rund 48 000 DM verurteilt. Im vorliegenden Fall hatte ein Kundenehepaar bei einer Vermittlerfirma trotz Mitwirkung eines Notars rund 48 000 DM eingebüßt, nachdem die Firma sich bei der Abrechnung als vermögenslos entpuppt hatte. Den Kunden war vorgespiegelt worden, der Erwerb von Warenterminoptionen werde von dem Notar kontrolliert, so daß ein „Höchstmaß an Sicherheit" gewährleistet sei.

Mehr Urlauber im Inland

Bremen (dpa/VWD) – Der Deutsche Fremdenverkehrsverband erwartet für 1985 zwei bis 2,5 Prozent mehr Buchungen im Inland als im Vorjahr. Nachdem sich die Situation, die 1984 außer von der wirtschaftlichen Rezession auch von den Ar*beitskämpfen und anhaltenden Re*genperioden gekennzeichnet war, entspannt hat, blicke der Verband optimistisch in die Zukunft, sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Jürgen Werner, in Bremen. Werner wies auf die nach wie vor große volkswirtschaftliche Bedeutung des Tourismus hin. Mehr als 1,5 Millionen Arbeitnehmer sind im Tourismusbereich beshäftigt. Das Umsatzvolumen des deutschen Gastgewerbes mit 55 Mrd. DM entspreche etwa 3,5 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Kohlepolitik wie bisher

Bonn (dpa/VWD) – Die Bundesregierung *will grundsätzlich ihre bis*herige Kohlepolitik fortführen. Für die Anschlußregelung des 1988 auslaufenden Hüttenvertrages erwartet sie, daß zunächst die Vertragspartner des Steinkohlenbergbaus und der Stahlindustrie ein realistisches und akzeptables Konzept entwickeln.

„Billigflaggen" beliebter

Hamburg/Genf (dpa/VWD) – Auf der Sitzung der UNO-Organisation für Handel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf geht es unter anderem um sogenannte Billigflaggen. Immer mehr deutsche Reeder lassen *ihre Schiffe unter ausländischen* Flaggen fahren, nutzen „Offene Register" von Ländern wie Panama, Liberia oder Singapur. Ende 1983 waren 40 Prozent der deutschen Handelsflotte ausgeflaggt (1980: 25 Prozent). Das Ausflaggen wird von den Reedern vor allem mit scharfem Konkurrenzdruck begründet. Unter fremder Flagge lassen sich Kosten sparen, da deutsche Vorschriften für die Schiffsbesetzung, deutsche Tarifverträge und Urlaubsbestimmungen entfallen. Ertragsunabhängige Steuern können gespart und einige Sicherheitskontrollen deutscher Institutionen umgangen werden.

Höherer Kernkraft-Anteil

Frankfurt (dpa/VWD) – Kernenergie hatte 1984 in der Bundesrepublik einen Anteil an der gesamten Stromerzeugung für das öffentliche Netz von rund 27 (Vorjahr 21) Prozent. Die Kernenergie-Erzeugung ist um rund 41 Prozent auf 92,5 Mrd. Kilowattstunden gestiegen. Nach Angaben der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW, Frankfurt) wurden allein für die Deutsche Bundesbahn 1,1 Mrd. Kilowattstunden Strom aus Uran erzeugt. Da Strom aus Uran in der Grundlast um drei bis fünf Pfennig je Kilowattstunde billiger ist als Strom aus Steinkohle, ergab sich für die Verbraucher nach VDEW-Berechnungen eine Ersparnis von minde*stens drei (zwei) Mrd. DM.*

Mehr Forint nach Ungarn

München (AFP) – Ungarn hat jetzt die Ein- und Ausfuhrbestimmungen für die Landeswährung gelockert, meldete der ADAC aus München. Laut ADAC dürfen Ungarn-Reisende statt 100 Forint nun das Vierfache, nämlich 400 Forint (rund 23 Mark), in Landeswährung ein- und ausführen. *Der Einzelwert der Banknote darf al*lerdings 100 Forint nicht überschreiten. Damit ist Ungarn unter den osteuropäischen Ländern ein Sonderfall. In allen diesen Staaten ist es streng verboten, Währungen dieser Länder mitzuführen. Die Mitnahme von West-Währung jedoch ist unbegrenzt möglich, die Beträge müssen aber bei der Einreise deklariert werden.

DG-Bank zum Zinstrend

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Fortsetzung des Zinsabwärtstrends in der Bundesrepublik dürfte nach Einschätzung der DG-Bank, Frankfurt, im späteren Jahresverlauf erst nach Überwindung eines „Zinsbuckels" möglich sein. Als Erklärungsgründe für den starken Dollar sieht das Spitzeninstitut der deutschen Genossenschaftsbanken derzeit vor allem die „kraftvolle Neustrukturierung" der Rahmenbedingungen durch die US-Wirtschaftspolitik. Hinzu komme der anhaltend starke Konjunkturaufschwung in den USA und der da*durch ausgelöste Kreditbedarf* der US-Wirtschaft.

Swing besser nutzen

Berlin (dpa/VWD) – Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann drängt die „DDR" zur stärkeren Ausnutzung des Swings im innerdeutschen Handel. Der zinslose Kredit von 600 Mill. Verrechnungseinheiten (gleich DM) sei derzeit nur zu etwa einem Drittel ausgenutzt. Bangemann sagte am Montag im Club Berliner Wirtschaftsjournalisten, er werde dieses Verlangen bei seinem Besuch der Leipziger Frühjahrsmesse unterbreiten. Bangemann vertrat die Auffassung, eine völlige Verlagerung der Finanzierungen auf freie Kredite trage nicht zur Förderung des innerdeutschen Handels bei.

GROSSBRITANNIEN

Die Großbanken haben die Zinsen erneut heraufgesetzt

WILHELM FURLER, **London**

*Die Pfund-Schwäche hat in Groß*britannien zu einer erneuten Zinserhöhung geführt. Als erste Großbank hob gestern die Barclays Bank ihren Basis-Ausleihesatz um zwei Punkte auf 14 Prozent an, gefolgt von den anderen. Dies ist der höchste Satz seit Februar 1982. Erst vor zwei Wochen hatten die britischen Geschäftsbanken ihre Basis-Zinsen in zwei Schritten von 9,5 auf zwölf Prozent erhöht. *Damals hatte die Bank von England* den vor vier Jahren abgeschafften Diskontsatz, die Minimum Lending Rate, für einen Tag wieder eingeführt.

Die jetzige Zinsanhebung war erwartet worden, wenngleich nicht in diesem Ausmaß, nachdem die Geldmarktsätze am Bankplatz London scharf angezogen hatten. Hinter dieser Entwicklung steht in erster Linie die Unsicherheit, welche die Ölpreisgespräche der Opec-Minister in Genf umgibt. Es sieht so aus, als würden die Opec-Referenzpreise um bis zu 2,50 Dollar je Barrel gesenkt.

Dies hat zu Spekulationen geführt, daß auch der offizielle Preis für britisches *Nordseeöl gesenkt wird*, was erhebliche Einnahme-Verluste für die britische Staatskasse zur Folge hätte. Damit wurde der Druck auf das Pfund Sterling verstärkt. Der Londoner Aktienmarkt reagiert auf die jüngste Entwicklung mit einem scharfen Kurseinbruch. Bis zum frühen Nachmittag gab der Financial-Times-Index für 30 führende Werte um 43 Punkte auf 959,8 nach. Erst am vergangenen Dienstag hatte er mit 1024,5 Punkten einen neuen Rekordstand erreicht. Der 40-Punkte-Rückgang im Financial-Times-Index ist der schärfste Tagesfall überhaupt.

EINKOMMENSVERTEILUNG / Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft

Steigende Löhne als Konjunkturbremse

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die Chancen für einen Aufschwung haben sich in jüngster Zeit wesentlich verbessert. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln, das in erster Linie von der Industrie getragen wird, führt dies vor allem auf die Tarifabschlüsse des vergangenen Jahres zurück.

*Das Institut hatte die Zusammen*hänge zwischen Verteilung und Konjunktur empirisch überprüft. Und zwar wurden die quantitativen Zusammenhänge zwischen Lohnquotenveränderungen und dem Investitionstrend zwischen 1960 und 1983 dargestellt. Es wird nachgewiesen, daß Verteilungsänderungen fast immer Veränderungen des Investitionstrends vorausgegangen sind.

Fazit des Instituts: Eine verteilungspolitische Weichenstellung ist die Grundvoraussetzung für die Erholung von Konjunktur und Beschäftigung. Erst wenn sich die Erträge der Unternehmen verbessert hat, nimmt nach der Analyse die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu und schafft die Grundlage für mehr Pro*duktion und Beschäftigung*. Umgekehrt wirken steigende Löhne und Gehälter, die zu Lasten der Unternehmenserträge gehen, als Konjunktur- und Beschäftigungsbremse.

Die Erfahrung der vergangenen 25 Jahre stehen nach Ansicht des Kölner Instituts im Gegensatz zum rein nachfrageorientierten Konjunkturverständnis. Dieses setzt als Voraussetzung für den Aufschwung auf öffentliche Ausgabenprogramme und höhere Löhne, es favorisiert das Kaufkraftargument. Die nach diesem Rezept ausgerichtete Konjunkturpolitik habe in den siebziger Jahren die Ent*stehung der hohen Arbeitslosigkeit* nicht verhindern können.

„Die Chancen für eine Verbesserung der Konjunktur- und Beschäftigungslage haben sich in jüngster Zeit wesentlich erhöht", schreibt das Institut. Der Grund: In den letzten Tarifrunden seien die einkommenspolitischen Rahmendaten so abgesteckt *worden, daß die Unternehmen ver*stärkt investieren konnten. Damit seien, das zeigen die Erfahrungen in der Vergangenheit, die verteilungspolitischen Grundlagen für eine wirtschaftliche Erholung geschaffen worden.

Aus den früher beobachteten Zusammenhängen zwischen Einkommensverteilung und Konjunktur gehe allerdings hervor, daß eine Erholung der Beschäftigungslage nicht unmittelbar auf die Ertragslage folgt. Den zeitlichen Abstand veranschlagt das Institut auf ein bis zwei Jahre. Den Wendepunkten der Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung sei eine Reduzierung der Lohnquote vorausgegangen. Dagegen seien die Abschwünge mit einem Anstieg der Lohnquote verbunden gewesen.

USA – JAPAN

Handelsdefizit im Gespräch

AP, **Tokio**

Die Vereinigten Staaten und Japan haben gestern in Tokio zweitägige Handelsgespräche begonnen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht der große Überschuß Japans im US-Handel, der 1984 gegenüber dem Vorjahr um 12,4 auf 34 Mrd. Dollar hochschnellte. Japan macht für das Ungleichgewicht im bilateralen Handel den Mangel an Exportinitiative der US-Unternehmer und die Überbewertung des Dollars verantwortlich, die US-Produkte im Ausland verteuert und ausländische Produkte in den USA verbilligt. Die USA meinen, Ursache des Ungleichgewichts sei der erschwerte Zugang zum japanischen Markt durch bürokratische Maßnahmen Tokios.

Die Handelsgespräche waren auf einem Treffen von US-Präsident Ronald Reagan mit dem japanischen Ministerpräsidenten Yasuhiro Nakasone am 2. Januar vereinbart worden. Ihre Vorbereitung wurde von Andeutungen der USA über die Notwendigkeit zur Ergreifung protektionistischer Maßnahmen begleitet.

Außenminister Shintaro Abe erklärte bei einem Treffen mit dem US-Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Allen Wallis, Washington solle sich bei den Klagen vor Einseitigkeit hüten.

ITALIEN / Investitionen real um drei Prozent gestiegen – Nur ein Nullwachstum in diesem Jahr angestrebt

Exporte kurbelten die Industrieproduktion an

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Die italienische Industrieproduktion ist im Jahre 1984 um vier Prozent gestiegen, wobei die stärksten Antriebskräfte von der Ausfuhr – und erst in den letzten Monaten des Jahres – von der Inlandsnachfrage ausgingen. Die Investitionen erhöhten sich real um drei Prozent. Für 1985 wird in diesen Fall mit einer Steigerung von fünf bis sechs Prozent gerechnet.

Die Ausfuhr stieg real um 6,6 Prozent, während die Inlandsnachfrage um etwas über zwei Prozent zunahm. Das Bruttosozialprodukt wuchs um real 2,8 Prozent. Im laufenden Jahr wird offiziell mit einem Wachstum des Bruttosozialprodukts von 2,5 Prozent gerechnet. Dabei wird davon ausgegangen, daß der Export mit aller Wahrscheinlichkeit weniger stark zunehmen dürfte als im vergangen Jahr. Regierungsamtlich wird eine Ausfuhrsteigerung von real 4,8 Prozent erwartet – etwa ebenso hoch wie die der Einfuhr. Das heißt, daß die italienischen Exportunternehmen die schon 1984 eine Positionsverminderung auf den Weltmärkten hinnehmen mußten, im laufenden Jahr im Weltvergleich noch stärker zurückfallen dürften. Die Steigerung der Gesamtnachfrage wird trotzdem nur um wenige Punkte hinter dem Komma niedriger ausfallen als im vergangenen Jahr, da die Haushalte aller Voraussicht nach ihre Nachfrage noch ausgeprägter ausdehnen werden als in dem soeben verflossenen Jahr.

Zu den positiven Erwartungen der Haushalte trägt derzeit vor allem die günstige Kaufkraftentwicklung bei. Im vergangenen Jahr erhöhten sich die Lebenshaltungskosten um nur noch 10,6 Prozent (fünf Prozentpunkte unter der Inflation des Jahres 1983), im Dezember gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat sogar nur um 8,8 Prozent. Da die Lohn- und Gehaltseinkommen gleichzeitig um über elf Prozent zunahmen trat auch diesmal ein leichter Kaufkraftgewinn ein, obwohl die Regierung ein Nullwachstum als Ziel gesetzt hatte.

Im laufenden Jahr wird von der Regierung ebenfalls ein Nullwachstum angestrebt, da von einer allzu starken Belebung der Binnennachfrage eine Verschlechterung der Auslandspositionen befürchtet wird. Die Gewerkschaften drängen aber darauf in diesem Jahr die inflationsbedingte Mehrbesteuerung der Einkommen durch eine Abflachung der Progressionskurve zu vermindern. Gewerkschaftliche Untersuchungen haben ergeben, daß zwischen 1973 und 1983 mit steigender Tendenz durchschnittlich 35 Prozent der Einkommensteuerlast auf dem inflationsbedingten Fiscal Drag zurückging. Sollte es zu den geforderten Steuererleichterungen kommen ist daher mit Sicherheit auch in diesem Jahr mit einem Kaufkraftgewinn zu rechnen.

Negative Auswirkungen hatten die über die ursprünglichen Ansätze hinausgegangenen Lohnsteigerungen im vergangenen Jahr nicht zuletzt für die Entwicklung der Arbeitskosten. Sie lagen in fast allen Industriebereichen über der Inflationsrate. Eine ähnliche Entwicklung erwartet die Industrie auch in diesem Jahr wenn es nicht gelingen sollte, den Indexmechanismus der gleitenden Lohnskala stärker unter Kontrolle zu bringen.

Das könnte Wirtschaftsbeobachtern zufolge negative Folgen für die Preisentwicklung haben und die Inflationsbekämpfung erschweren. Offiziell ist für 1985 ein Inflationsziel von sieben Prozent ins Auge gefaßt worden. Schon in ihrer letzten Jahresprognose erwartet die OECD aber eine Steigerung von 8,8 Prozent. Die Gefahren einer langsameren als der vorgesehenen Stabilisierung haben die Währungs- und Kreditbehörden deutlich vor Augen. Die italienische Kreditpolitik wird daher auch in den kommenden Monaten von großer Vorsicht gekennzeichnet bleiben. Das schlägt sich nicht zuletzt in dem Lira-Kurs nieder, der innerhalb des EWS schon seit Monaten stabil ist.

Weiter hohe Zinsen sind schon deswegen unvermeidlich weil nicht nur die Zinsentwicklung im Ausland eher nach oben gerichtet ist, sondern auch das Staatsdefizit real nur langsam abgebaut werden kann. Im Jahre 1984 erhöhte es sich in laufenden Preisen um fünf Prozent, so daß real erstmals seit zehn Jahren eine Abnahme eintrat. Im Jahre 1983 hatte die Zunahme 25 Prozent (real zehn Prozent), im Jahr vorher sogar 50 Prozent (real 30 Prozent) betragen.

GROSSBRITANNIEN / Mehr Öl und Kohle importiert

Sehr schwache Handelsbilanz

WILHELM FÜRLER, **London**

Großbritanniens Außenhandel hat sich im vergangenen Jahr erheblich verschlechtert. Klammert man die Aus- und Einfuhr von Öl und Ölprodukten aus, dann stieg das Defizit im britischen Warenhandel gegenüber dem Vorjahr um immerhin 40 Prozent auf 11,4 Mrd. Pfund (gut 40 Mrd. Mark).

Den jüngsten Statistiken des Ministeriums für Handel und Industrie zufolge fiel der Überschuß in der britischen Leistungsbilanz gegenüber 1983 von knapp 2,3 Mrd. auf nur noch 200 Mill. Pfund. 1982 hatte der Leistungsbilanzüberschuß noch bei 4,9 Mrd. Pfund gelegen. Dabei hat sich die Dienstleistungsbilanz in den letzten drei Jahren ausgesprochen günstig entwickelt: Ihr Überschuß stieg von 2,82 Mrd. Pfund 1982 auf 4,33 Mrd. Pfund im letzten Jahr.

Für den geschrumpften Leistungsbilanzüberschuß ist vor allem der lange Bergleute-Streik verantwortlich. Er hat die Importe von Öl und Kohle krass ansteigen lassen. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß in erster Linie der Anstieg der Wareneinfuhren zu der dramatischen Verschlechterung der britischen Außenhandelszahlen geführt hat.

Während die Warenexporte ausgenommen Öl im vergangenen Jahr volumenmäßig um 9,5 Prozent stiegen, nahmen die Importe um immerhin zwölf Prozent gegenüber 1983 zu. Allein während der letzten drei Monate des vergangenen Jahres lag das Importvolumen um fast 17 Prozent über dem Durchschnitt von 1983. Allerdings läßt sich aus den jüngsten Statistiken auch Positives herauslesen: So haben auch die Warenexporte in den letzten drei Monaten 1984 ein Volumen erreicht, das um beachtliche 18 Prozent über dem Jahresdurchschnitt von 1983 lag.

Wie stark sich die britischen Ölexporte inzwischen entwickelt haben, wird an der Ölhandelsbilanz deutlich. Trotz des massiven Einsatzes von Öl anstelle von Kohle in den Kraftwerken auf Grund des Kohlestreiks stieg der Überschuß im Ölhandel gegenüber 1983 von 6,9 auf 7,3 Mrd. Pfund (1982: 4,6 Mrd. Pfund).

NAMEN

Robert Jasper, Vorstandsmitglied der Krauss-Maffei AG, München, wurde zum Präsidenten des Verbandes der Deutschen Lokomotivindustrie (VDL), Frankfurt, gewählt. Er tritt die Nachfolge von **Hans U. Wolf** an, der eine neue Aufgabe innerhalb des Thyssen Konzerns übernahm.

Dr. **Bernd Michaels** (49) seit 1983 stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Provinzial Versicherungsanstalten der Rheinprovinz, Düsseldorf, ist als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Dr. **Georg Voß** (65) zum Vorstandsvorsitzenden ernannt worden.

Frau **Gudrun Schwarz-Pützmann**, Mitglied der Geschäftsleitung der Konzern-Holding GfE Gesellschaft für Eigentumsschutz mbH, Wiesbaden, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1985 zum alleinigen Geschäftsführer der Berliner Unternehmen der Gesellschaft ernannt.

SPIELBANKEN / Glückskugel lockt immer mehr Deutsche in österreichische Gefilde

Ein neuer Qualitätsgast erhöht die Umsätze

PETER SCHMALZ, **München**

Die Glückskugel lockt immer mehr Deutsche in österreichische Gefilde. Die Österreichische Spielbanken AG blickt auf einen Gästezuwachs von 7,7 Prozent aus dem nördlichen Nachbarland. Daß auch der Umsatz der deutschen Spieler überdurchschnittlich gestiegen ist, führt Generaldirektor Leo Wallner auf den erfolgreichen Versuch zurück, ein neues Publikum anzusprechen. „Zu uns kommt aus Deutschland ein neuer Qualitätsgast: Der 35- bis 45jährige Aufsteiger mit einem Monatsverdienst zwischen 10 und 15 000 Mark, der einen Besuch im Casino als ein gesellschaftliches Vergnügen erkannt hat."

Knapp 1,3 Millionen Gäste (+ 11 Prozent) besuchten im vergangenen Jahr eines der elf Casinos in Wien, Baden, Badgastein, Bregenz, Graz, Kitzbühel, Kleinwalsertal, Linz, Salzburg, Seefeld und Velden. Jeder dritte Besucher kam aus dem Ausland, davon wiederum 40 Prozent aus der Bundesrepublik. Der Jeton-Umsatz betrug fünf Milliarden Schilling (714 Mill. DM), was einem Abendumtausch je Gast von 3800 Schilling (540 DM) entspricht. Der statistische Verlust jedes Spielers wird mit 350 Schilling (50 DM) pro Abend angegeben.

Dennoch dominieren wenige große Spieler mit fünf- bis sechsstelligen Einsätzen. „Zwei Prozent unserer Gäste machen 40 Prozent unseres Umsatzes." Der Casino-Manager, der aus der Politik zum Roulette wechselte und auf dessen Schultern noch immer Hoffnungen der Österreichischen Volkspartei lasten, läßt jedoch sorgsam auf die Bonität seiner Besucher achten und hat nicht weniger als 80 000 Spieler auf seiner „Schwarzen Liste", davon 10 000 aus Einkommensgründen. Die Steuerabgaben stiegen um 82 Millionen Schilling (11 Mill. DM) oder 14 Prozent auf 661 Millionen (94 Mill. DM).

Nach der Neueröffnung der Grazer Spielbank im vergangenen Herbst ist keine weitere Expansion im eigenen Land geplant, obwohl 200 Gemeinden ihr Interesse an einem Casino bereits schriftlich geäußert haben. Mit dem Umzug des Bregenzer Etablissements in einen Neubau soll die Attraktivität für den Stuttgarter und Augsburger Raum vergrößert werden, für die beengten Räumlichkeiten in Wien ist ein Übersiedeln in den Kursalon im Stadtpark geplant.

Erfolgreich wird dagegen das Auslandsengagement über eine eigene Consulting-Gesellschaft in Chur (Schweiz) ausgedehnt. Neben zahlreichen Know-how-Verträgen in Europa, darunter auch mit dem größten europäischen Casino Mont Parnes bei Athen, schwimmt das Wiener Roulette-Geschäft zu Wasser im Gewinn. Einige der schwimmenden Vergnügungshallen werden von den Österreichern in eigener Regie betrieben, darunter auch der Salon auf dem teuersten Luxuskreuzer der Welt, der „Sea Goddess I", deren Schwesterschiff in diesem Jahr in See stechen wird. Doch schon hat sich Casino-Wallner, der selbst noch nie einen Jeton setzte, ein neues Element als Aktionsbasis ausgesucht: das Glücksspiel in der Luft.

Champagner hat Hochkonjunktur

J. Sch. **Paris**

Der französische Champagner hatte letztes Jahr Hochkonjunktur. Mit einer Absatzsteigerung von 17,9 Prozent auf 188 Millionen Flaschen (auf je einen Liter umgerechnet) wurde ein neuer Absatzrekord erzielt. Das bisherige Bestergebnis von 1978 wurde um zwei Millionen Flaschen übertroffen. Den starken Verkaufsanstieg hatte die Champagne 1984 vor allem dem Export zu verdanken, der um 26,5 Prozent auf 62,8 Millionen Flaschen zunahm und damit ein Drittel des gesamten Absatzes stellte. Demgegenüber erhöhte sich der Inlandsabsatz um 14 Prozent auf 125,27 Millionen Flaschen, was angesichts der allgemeinen Nachfrageschwäche allerdings immer noch ein beachtliches Ergebnis war. Der Champagner bewies damit in Frankreich erneut Krisenunempfindlichkeit.

An erster Stelle unter den Auslandskunden standen die USA mit 12,8 Millionen Flaschen, Großbritannien folgte mit 11,9 Millionen Flaschen. Nummer 3 blieb die Bundesrepublik mit 7,4 Millionen Flaschen.

PORTUGAL / Die Zinszahlungen belasten das Budget

Regierung zeigt Zuversicht

AP/AFP, **Lissabon**

Das portugiesische Parlament hat in erster Lesung das Budget und den Wirtschaftsplan für das Jahr 1985 gebilligt. Der Etat sieht eine Erhöhung der Staatsverschuldung um 33 Prozent auf den Rekordbetrag von 335,6 Mrd. Escudo (über sechs Mrd. Mark) vor. Dadurch steigt der Anteil der Staatsschulden am Bruttosozialprodukt von 8,5 auf 9,5 Prozent.

Finanzminister Ernani Lopez bestritt jedoch, daß die Finanzpolitik auf Expansion ausgelegt sei. Er verwies dabei auf den hohen Anteil der fixen Ausgaben am Gesamtetat. So müssen allein 33,7 Prozent der für 1985 bereitgestellten Mittel für Zinszahlungen verwendet werden.

Nach zwei Jahren des Rückgangs der Realeinkommen und der Wirtschaftsleistung um zusammen mehr als 2,1 Prozent erwartet die Regierung für 1985 ein dreiprozentiges Wirtschaftswachstum. Zugpferd sollen dabei die Exporte spielen, die bereits 1985 um zwölf Prozent gestiegen waren und dieses Jahr um 7,5 Prozent zunehmen sollen.

Die von Sozialisten und Sozialdemokraten gebildete Regierung begründet ihren Optimismus mit der bisher erzielten Verbesserung der Handelsposition. So wurde das Defizit im Außenhandel zwischen 1982 und 1984 von 3,2 Mrd. auf knapp 700 Mill. Dollar abgebaut.

Zu diesem Ergebnis trugen die restriktive Finanzpolitik und die dadurch verminderten Einfuhren um 4,4 Prozent bei. Für 1985 erwartet die Regierung einen erneuten Anstieg der Importe um acht Prozent und des Leistungsbilanzdefizits um 300 Millionen Dollar.

Die Hoffnung auf Besserung stützen auch steigende Auslandsinvestitionen. In den vergangenen Jahren hatte sich auf diesem Gebiet wenig entwickelt. Jedoch scheint sich der für 1986 geplante EG-Beitritt positiv auszuwirken. Bereits 1984 nahmen die Auslandsinvestitionen im Vergleich zu 1983 um 31 Prozent auf 191 Mill. Dollar zu.

FLEXIBLE ARBEITSZEIT / Einigung auf Kompromiß

Pilotabschluß bei Stihl

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Beim der Welt größten Motorsägenhersteller, der Maschinenfabrik Andreas Stihl, Waiblingen, wird vom 1. April 1985 an mit differenzierten Wochenarbeitszeiten gearbeitet werden. Am vergangenen Wochenende ist ein Spruch der Einigungsstelle, die angerufen worden war, weil sich Geschäftsführung und Betriebsrat über die Umsetzung des Manteltarifvertrags nicht einigen konnten, von den Beteiligten akzeptiert worden. In der Metallindustrie wird diesem Vorgang – man spricht von einem Pilotverfahren – besondere Aufmerksamkeit geschenkt, weil es sich hierbei um das Unternehmen handelt, in dem der Vorsitzende des Verbandes der Metallindsutrie Baden-Württembergs, Hans Peter Stihl, geschäftsführender Gesellschafter ist.

Die Entscheidung sieht vor, daß vom 1. April 1985 an 27 Prozent von über 2600 Beschäftigten weiterhin 40 Stunden pro Woche arbeiten. Demgegenüber haben 73 Prozent der Beschäftigten eine wöchentliche Arbeitszeit von 37,9 Stunden. Daraus ergibt sich für die Belegschaft ein Durchschnitt von 38,5 Stunden pro Woche, wie sie auch der Manteltarifvertrag vorsieht. Besonders qualifizierte Fachkräfte, darunter beispielsweise Meister, Vorgesetzte usw., haben bis Ende dieses Jahres eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden. Dieser Anteil mit einer 40-Stunden-Woche verringert sich ab Anfang 1986 dann auf 13 Prozent. Für die dann von der Zeitverkürzung betroffenen Facharbeiter und Spezialisten sinkt die Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden, wogegen sie für die große Mehrzahl dann auf 38,3 Stunden ansteigt. Auf diese Weise bleibt es wiederum bei einem Durchschnitt von 38,5 Wochenstunden.

Die Konfliktsituation hatte sich daraus ergeben, daß die Unternehmensleitung von Anfang an darauf abzielte, die durch den neuen Manteltarifvertrag geschaffenen Möglichkeiten der Flexibilisierung der Arbeitszeiten weitgehend auszuschöpfen. Auf der anderen Seite ging es dem Betriebsrat darum, eine Arbeitszeit von 38,5 Stunden wöchentlich für alle festzusetzen.

BAYERISCHE LANDESBANK / Trotz guter Risikovorsorge die Spur gehalten

In „gewohnter Solidität" entwickelt

DANKWARD SEITZ, München

Ertragsmäßig zu den „guten oder zumindest doch zufriedenstellenden Jahrgängen" kann nach Ansicht von Ludwig Huber, Präsident der Bayerischen Landesbank in München, das Bankenjahr 1984 zugeordnet werden. Obwohl der konjunkturelle Aufschwung überwiegend erst im vierten Quartal so richtig spürbar geworden sei, habe sich das Institut in „gewohnter Solidität" weiterentwickelt und auch „unter Beachtung strenger Maßstäbe in der Risikovorsorge die Spur gehalten".

Dazu war jedoch eine erheblich größere Kraftanstrengung als im Vorjahr notwendig. Wertberichtigungen von etwa 500 (300) Mill. DM mußten diesmal verdaut werden. Der absolut größte Brocken in der Geschichte der Landesbank entfiel davon mit rund 175 Mill. DM auf die Deutsche Anlagen-Leasing GmbH, Mainz, an der die Bank mit 16,7 Prozent beteiligt ist. Bereits im Vorjahr waren für diesen Fall, der noch immer nicht abschließend beurteilt werden kann, ungefähr 100 Mill. DM aufgewendet worden. Geradezu bescheiden nehmen sich dazu die bekannten Risiken im Auslandskreditgeschäft aus, deren Anteil am Gesamtvolumen von Huber auf 28 bis 30 Prozent beziffert wird.

Trotz dieser hohen Risikovorsorge können der Freistaat Bayern und die Sparkassen vermutlich wieder mit einer Dividende von sieben Prozent auf das ohne Agio eingezahlte Grundkapital von 850 Mill. DM rechnen. Aus Kontinuitätsgründen wäre auch bei einer geringeren Belastung, wie Huber betont, an eine höhere Ausschüttung nicht gedacht worden. Zum 2. Januar wurde das Grundkapital um weitere 50 Mill. DM aufgestockt. Einschließlich der vorgesehenen Rücklagendotierung (wieder 80 Mill. DM) erreicht die Kapitalausstattung damit mindestens 2,5 Mrd. DM.

Bei einer Steigerung der Bilanzsumme um etwa 4,2 (4,7) Prozent auf 104 Mrd. DM war die Ertragslage des Instituts 1984 nach Angaben von Huber bei nur marginal veränderter Zinsspanne von einem Prozent durch einen auf gut 870 (850) Mill. DM verbesserten Zinsüberschuß gekennzeichnet. Der Provisionsüberschuß lag mit 114 Mill. DM ziemlich genau auf Vorjahreshöhe. Das Teilbetriebsergebnis, im Vorjahr um fast 26 Prozent gestiegen, wird mit „reichlich" 530 (524) Mill. DM beziffert.

Das Gesamtkreditvolumen der Bank (einschl. der Bausparkasse) erhöhte sich 1984 bei anziehender Nachfrage in den Herbstmonaten, wie Huber mitteilte, um 2,9 (3,8) Prozent auf 70,6 Mrd. DM. Das Volumen *der Auslandskredite ohne Geldhandel* erreichte – teilweise auch bedingt durch den hohen Dollarkurs – rund 8,3 (7,4) Mrd. DM.

In der Refinanzierung der Bank lag die Emission eigener Schuldverschreibungen mit 11,6 (11,5) Mrd. DM Bruttoabsatz leicht über dem Vorjahr. Kaum Veränderungen ergaben sich bei den Einlagen mit rund 35 Mrd. DM. Höheren Einlagen der Sparkassen (knapp 18 nach 15 Prozent) und der sonstigen Kunden (gut 25 nach 24 Prozent) stand ein entsprechender Abbau von Bankeinlagen (57 nach 61 Prozent) gegenüber. Die Gesamtverbindlichkeiten stehen wieder mit rund 42,7 Mrd. DM zu Buche.

NORITSU / Neuer Trend auf dem Amateurfotomarkt

Blende auf für das schnelle Bild

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Auf dem Amateurfotomarkt zieht im Bildergeschäft ein neuer Trend die Aufmerksamkeit auf sich. Dem weitverbreiteten Verbraucherwunsch folgend wird neuerdings immer stärker das schnell und individuell verarbeitete preiswerte Bild propagiert. Ermöglicht wird dieses Verfahren, das sich von der Massenfotoverarbeitung der Großfinisher abhebt, durch die sogenannten Minilabs, das *sind kompakte, mit viel Elektronik* vollgestopfte Farbbildentwicklungsmaschinen. Mit einem Anteil von rund 80 Prozent am gesamten Weltmarkt für Minilabs (eine ähnliche Größe gilt auch für den deutschen Markt) ist die japanische Firma Noritsu mit Abstand Marktführer. Weltweit dürften derzeit etwa 7000 Minilabs installiert sein, wobei der Löwenanteil in den USA (etwa 3000 Anlagen) steht. Dort haben von Minilabs verarbeitete Fotos bereits einen Marktanteil von etwa 25 Prozent am gesamten Bildergeschäft.

Von dieser Relation ist man in der Bundesrepublik noch weit entfernt. Gleichwohl meint Gerd Thalhammer, Verkaufsleiter der Noritsu (Deutschland) GmbH, Ratingen, einer Vertriebstochter der japanischen Firma, in Europa in fünf bis sieben Jahren auf einen Marktanteil der Minilab-Bilder von 15 bis 18 Prozent kommen zu können. Der Bedarf an qualitativ hochstehender Fotoverarbeitung und *schneller Lieferung* sei *groß*. Diese Entwicklung werde überdies die Marktbereinigung in der von Überkapazitäten gekennzeichneten Großfinisher-Sparte beschleunigen.

Entsprechend den Wachstumsperspektiven hat die Noritsu Koki Co., Nakajima Wakayama/Japan, am Stammsitz den Bau einer neuen Fertigungsanlage in Angriff genommen, in die umgerechnet rund 100 Mill. DM investiert werden und die Mitte des Jahres in Betrieb gehen soll. Das Unternehmen wird dann in der Lage sein, statt bisher rund 200 Minilabs monatlich 400 bis 500 Stück herzustellen. In seiner Normalausrüstung kostet ein Minilab etwa 220 000 DM. Erkennbar sei, daß sich hierzulande insbesondere Fotofachhändler und Kaufhäuser für die neue Technik interessierten.

Noritsu dürfte im laufenden Geschäftsjahr 1984/85 (31. 3.) auf einen Umsatz von rund 250 (Vorjahr: 225) Mill. DM kommen. Für das kommende Geschäftsjahr 1985/86 wird ein Umsatz von 400 Mill. DM angepeilt. Nach der Fertigstellung des neuen Werks wird Noritsu, die Vertriebstöchter in USA, Großbritannien und der Bundesrepublik hat, 1100 Mitarbeiter (derzeit 700) beschäftigen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Coesfeld: Werner Klocke, Kaufm., Gronau; **Düsseldorf:** HERMO GmbH Baustahl; Robert Purrico, Rechtsanwalt; Ehalin Bauchemie Produkte GmbH; **Frankfurt:** Eurobus Vertriebsges. mbH; Stein u. Dieter GmbH; **Gelsenkirchen:** Karl Freund, Kaufm., Haltern; **Gütersloh:** Josef Epkenhans GmbH & Co. KG; **Kaiserslautern:** Dieter Sühlfleisch, Bautenschutz, Winnweiler; **Koblenz:** Elektrobau Metz GmbH; **Mönchengladbach:** H. J. Kleinen GmbH, Hückelhoven-Ratheim; **Neustadt:** Nöpker Baustoffhandel; **Rendsburg:** Nachl. d. Wilhelm Hansen, Rentner; **Soest:** Westermann & Sohn GmbH Bauunternehmen, Bad Sassendorf-Lohne; **Stuttgart:** Nachl. d. Rosa Deimold geb. Carle, Wwe.; Stängle Baustoffe GmbH, Herrenberg; ***Weilheim:*** *MR Marketing-Revisor* Ges. f. Marketingprüfung u. -beratung mbH, Tutzing; **Wolfratshausen:** Elektro – von Daak GmbH, Dietramszell; **Wuppertal:** Mercator-Bau-Ges. mbH & Co. Betreuungs- u. Anlagenberatungs-KG, Velbert 15; Mercator-Bauges.mbH & Co. KG, Velbert 15; Nachl. d. Eugen Georg Schlossare; Carl Neuhaus Werkzeugfabrik GmbH.

Stollwerck zahlt wieder sieben Mark

dpa/VWD, Köln

Die *Stollwerck AG, Köln*, wird für 1984 eine Dividende von wiederum 7 DM auf das von 35 Mill. auf 40 Mill. DM erhöhte Grundkapital zahlen. Nach Angaben des Aufsichtsratsvorsitzenden Hans Imhoff steigerte die Stollwerck-Gruppe im abgelaufenen Jahr ihren Umsatz um 7,5 Prozent auf 572 Mill. DM, davon entfielen 70 Mill. DM auf den Export. Auch die anderen zur Imhoff-Gruppe gehörenden Schokoladenfabriken erwirtschafteten 1984 ein positives Ergebnis. Den Umsatz der *Sprengel-Gesellschaften* in Hannover beziffert Imhoff auf 190 Mill. DM, die Hildebrand-Gruppe in Berlin habe ihren Umsatz um zehn Prozent auf 336 Mill. DM steigern können. Im laufenden Jahr will die gesamte Gruppe 59 Mill. DM investieren.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Gerüchte um BP

Hamburg (JB) – Die deutsche Mineralölindustrie, die seit einigen Jahren schwere Verluste in der Verarbeitung und Vertrieb hinnehmen muß, steht unverändert vor tiefgreifenden Strukturmaßnahmen. Nachdem in den vergangenen Tagen eine Reihe von deutschen Mineralölkonzernen auf diese Notwendigkeit hingewiesen haben, steht nun offenbar die Deutsche BP AG vor weiteren tiefgreifenden Entscheidungen. Vor dem Hintergrund zahlreicher Gerüchte hat das Unternehmen für Dienstag eine öffentliche Stellungnahme angekündigt. Dabei dürfte es um die Stillegung weiterer Raffineriekapazitäten gehen und die weitgehende Konzentration auf das Handelsgeschäft. Die BP hat bereits in der Vergangenheit ihre Verarbeitungskapazitäten drastisch reduziert und die Strukturmaßnahmen nur durch hohe Zuschüsse der englischen Mutter BP überstanden.

Rückzug

München (sz.) – Zu einem erheblichen Teil hat die Siemens AG, Berlin/München, jetzt den bereits Mitte 1983 angekündigten Rückzug aus dem Musikgeschäft vollzogen. Siemens, bisher gemeinsam mit dem niederländischen Philips-Konzern je zur Hälfte an der Polygram-Gruppe beteiligt, hat diese Beteiligung auf zehn Prozent reduziert. Übernommen wurden die Anteile „vorübergehend", wie es heißt, von Philips. Hier ist man überzeugt, daß die Zukunft von Polygram, zu der auch die Deutsche Grammophon Gesellschaft gehört, am besten durch das Zusammengehen mit einem Partner aus dieser Branche gesichert werden kann. Ursprünglich wollte der US-Unterhaltungskonzern Warner Communications diesen Anteil übernehmen. Dies ist jedoch am Widerspruch der amerikanischen Kartellbehörden gescheitert.

Kooperation bei Achsen

München (sz.) – Ein Kooperationsabkommen zur Entwicklung von *Hypoid-Achsen für schwere Lastkraftwagen* und Busse haben jetzt der Unternehmensbereich Nutzfahrzeuge der MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG und die amerikanische Eaton Corp., Cleveland unterzeichnet. Die Zusammenarbeit soll später auf die Produktion erweitert werden. Beide Gesellschaften wollen so eine bessere Auslastung ihrer Kapazitäten im Komponentenbereich erzielen.

FORD-WERKE / Schwieriges Autojahr 1985 erwartet

Marktanteil verbessert

HARALD POSNY, Düsseldorf

Eine für 1985 schwierige Situation für die deutsche Autoindustrie sagt der Vorstandsvorsitzende der Ford-Werke AG, Köln, Daniel Goeudevert, voraus. „Die allgemeine Verunsi*cherung der Käufer in Zusammen*hang mit der Katalysator-Diskussion hat im vergangenen Jahr branchenweit zu rückläufiger Produktion und sinkenden Auftragseingängen geführt", meint der Ford-Chef. Hinzu komme, daß auch der lange Streik im Frühsommer sowie die erheblichen Kosten für die Entwicklung schadstoffarmer Autos die Ertragsaussichten für den Abschluß 1984 negativ beeinflußten.

Als schwierig schätzt Goeudevert das Jahr 1985 für alle westeuropäischen Autohersteller ein. Der Markt sei von Überkapazitäten, wettbewerbsverzerrender Subventionspra*xis in einzelnen Ländern und einer* insgesamt unbefriedigenden Ertragslage gekennzeichnet.

Dennoch hat sich Ford Deutschland 1984 „im Markt gut durchsetzen" können. Bei den Pkw-Neuzulassungen von knapp 2,4 Mill. Fahrzeugen (minus 1,4 Prozent) steigerte Ford die Inlandszulassungen um rund zwei Prozent auf 288 000 und den Pkw-Marktanteil von zwölf auf 12,5 Prozent.

Die *marktbedingt* europaweit sinkende Nachfrage ließ die Fertigung von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen um fünf Prozent auf 792 000 Einheiten zurückgehen, der Export verringerte sich um sieben Prozent auf 534 000 Pkw und Transit, das waren 64 Prozent der Pkw-Verkäufe. Erfolgreichstes Modell war wieder der Escort (267 000), gefolgt von Sierra (212 000) und Fiesta (157 000). In den deutschen Werken und im belgischen Gent waren am Jahresende 46 533 (48 000) Mitarbeiter beschäftigt.

GERLING-HOLDING / Höhere Beteiligungserträge von den Erstversicherern

Verlust im Weltkonzern ist gewachsen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der Holding des Gerling-Konzerns, der Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG (GKB), Köln, sind aus Erträgen der konsolidierten Gesellschaften im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) wesentlich höhere Beträge zugeflossen *als im Jahr zuvor. Damit* erhalten auch die Eigentümer, die mehrheitlich bei der Flick-Gruppe liegende Versicherungs-Holding der Deutschen Industrie GmbH (51 Prozent) und Hans Gerling (49 Prozent), erheblich höhere Ausschüttungen. Aus 27,1 (21,5) Mill. DM Jahresüberschuß werden die Rücklagen mit unverändert 4,5 Mill. DM dotiert und 20 (16) Mill. DM auf das Grundkapital von 140 Mill. DM verteilt. Das entspricht einer Dividende von 14,3 (11,8) Prozent.

Wie aus der Pflichtveröffentlichung im Bundesanzeiger hervorgeht, wird das Ergebnis vor allem aus den Gesamterträgen von 77,8 (63,6) Mill. DM gespeist: 6,1 (6,6) Mill. DM aus Gewinnabführungsverträgen, rund 43 (28,5) Mill. DM aus Beteiligungen, etwa 7,7 (7,2) Mill. DM aus anderen Finanzanlagen sowie 17,4 (15,3) Mill. DM aus Zinsen und 2,7 (6) Mill. DM aus sonstigen Erträgen. Die *Beteiligungserträge fallen bei den* meisten der Konzern-Erstversicherungstöchter, die Gewinnabführungen bei den Auslandstöchtern an, die in der Zwischenholding Gerling-Konzern Welt-Versicherungs-Pool AG zusammengefaßt sind.

Den Erträgen stehen ein Personalaufwand von 29,5 (27,2) Mill. DM sowie ein Steueraufwand von 12,7 (7) Mill. DM infolge der gestiegenen Beteiligungserträge gegenüber.

Bilanz- sowie Gewinn- und Verlust*rechnung des GKB-Weltkonzerns per* Ende 1983 spiegeln einerseits die verbesserten Ergebnisse der Gerling-Konzern Allgemeine (GKA) AG, des Kompositversicherers und andererseits die weiterhin schlechten Ergebnisse der Rückversicherung wider. Nach nur um 2,6 Prozent auf fast 4,5 Mrd. DM gestiegener Brutto- und um 3,5 Prozent auf 3,4 Mrd. DM gestiegener Nettoprämie wurden 1983 reichlich 64 nach 8,3 Mill. DM den *Schwankungsrückstellungen* zugeführt, was den technischen Verlust auf 155 (188) Mill. DM drückt.

Die auf 374 (358) Mill. DM gewachsenen Erträge aus Kapitalanlagen von 12,9 (11,7) Mrd. DM liegen jedoch weit über dem Verlust des Versicherungsgeschäfts. Aufwendungen, Schuldzinsen und Steuern lassen jedoch einen Jahresfehlbetrag von 15,4 (14,9) Mill. DM erscheinen, der sich zusammen mit dem Verlustvortrag auf 57,8 (17,6) Mill. DM addiert. Nach *Rücklagendotierung von 4,5 (4,5) Mill.* DM vermindert sich der Konzernverlust durch Entnahme aus dem Konsolidierungsausgleichsposten auf 41 (24) Mill. DM.

JWT / Viele Werbe-Budgets sind aufgestockt worden

Umsatz kräftig gestiegen

hg. Frankfurt

Die Werbeagentur J. Walter Thomson/Deutschland (JWT), Frankfurt, konnte im vergangenen Jahr das von ihr betreute Werbevolumen um knapp 10,4 Prozent oder 40,8 Mill. DM ausweiten. Damit sei der Umsatz 1984 *auf 434,5 Mill. DM gestiegen, teilt das* Unternehmen mit. Viele langjährige Kunden hätten ihre Budgets erhöht. Für das laufende Jahr werden die Aussichten ebenfalls günstig beurteilt.

Die „überdurchschnittliche" Wachstumsrate begründet die Agentur zum einen mit der ungebrochenen Bereitschaft der Wirtschaft, in die Werbung zu investieren. Zum anderen sei JWT ständig bemüht, „das Produkt Werbung" zu verbessern, *„um so gemeinsam mit dem Kunden* erfolgreiche Marken oder Dienstleistungen auf- und auszubauen". Zum Erfolg hätten auch die Anfang 1983 gegründeten Agenturen JWT, Düsseldorf, und JWT, Hamburg, beigetragen. Gleichermaßen auf Erfolgskurs befinde sich die Tochter JWT Corporate Communications.

Die Leistungs- und Qualitätssteigerungen seien vor allem durch eine verstärkte Schulung der JWT-Mitarbeiter erreicht worden, heißt es weiter. Allein 1984 hätten 94 Firmenangehörige an Fortbildungsseminaren teilgenommen. Insgesamt beschäftigt die Agentur 425 Mitarbeiter.

Zu den 78 Auftraggebern zählen nach Angaben von JWT unter anderen die Holsten-Brauerei, Okal, Pepsi und Texaco. Insgesamt werden 110 Produkte oder Dienstleistungen in der Bundesrepublik Deutschland betreut. Innerhalb der internationalen *JWT-Gruppe, deren Zentrale sich in* New York befindet, sei JWT Deutschland das fünftgrößte Büro in der Welt und in Europa das zweitgrößte nach London, teilt die Agentur weiter mit.

Bei kleinem Geschäft uneinheitlich

Erst im Verlauf brachten Auslandskäufe mehr Farbe in den Markt

DW. – Die neue Börsenwoche begann an den Aktienmärkten mit ungewöhnlicher Geschäftsstille. Erst zur Mitte der Börsenzeit, als die Einheitskurse für kleine Aufträge festgestellt wurden, belebte sich der Aktienhandel ein wenig, wobei auch Auslandskäufe beobachtet wurden. Sie beschränkten sich jedoch auf wenige Spitzenwerte und einige Papiere wie Sondersituationen, bei denen die Notierungen dann leicht anzogen. Im weiteren Verlauf verbreiterte sich das Geschäft, blieb aber vergleichsweise ruhig.

Interesse fanden in erster Linie Elektrowerte. Siemens profitieren von Auslandskäufen. Die Farben-Nachfolger konnten sich mit kleinen Abweichungen nach beiden Seiten nur mehr oder weniger behaupten. Etwas mehr im Blickpunkt standen auch Stahlaktien, vor allem Hoesch und Thyssen. Unter den Maschinenbauern lagen nur Babcock etwas freundlicher. Am Bankenmarkt gab es, von einigen Sonderbewegungen wie bei BHF-Bank abgesehen, nur kleine Änderungen. Relativ unbeachtet auch Autowerte. Der Beginn des Winterschlußverkaufes ging an den Aktienkursen der Warenhauspapiere so gut wie unbemerkt vorbei. Festverzinsliche gaben nach.

Düsseldorf: Deutsche Atlanten und Dyckerhoff gaben um 4 DM und Kochs Adler und Stahlwerke Bochum um je 5 DM nach. Verseidag verloren 2 DM. Keramag stockten um 2,50 DM und Rhein. West. Kalk um 5 DM auf. Bei den Versicherungen erhöhten Aachen Münchner Bet. um 15 DM und Victoria um 250 DM.

Frankfurt: MAN Roland erhöhten um 15 DM. Audi um 10,20 DM und Elektroaktien Hartmann + Braun um 15 DM. Porsche gaben um 12 DM und Enka um 14,50 DM nach. Steigenberger stiegen um 40 DM und Treuwo erholten sich um 7,50 DM auf 38 DM.

Hamburg: HEW waren mit 88,50 DM nur knapp gehalten. NWK-Vz. wurden mit 169 DM bezahlt. Bruchteilig höher bewertet wurden Phoenix Gummi bis 116 DM sowie Hapag Lloyd bis 91 DM. Beiersdorf verkehrten auf letzter Basis zu 430 DM. Wenig verändert lagen Triton bei 127,90 DM, sowie Bremer Vulkan bei 64,50 DM.

München: Aigner verloren 3 DM und Brau AG Nürnberg 1 DM. Brauhaus Coburg verminderten um 8 DM und Leonische Draht um 2 DM. Süd Chemie gaben um 3 DM und Zahnräder Renk um 4,50 DM nach. Aufstocken konnten Audi AG um 4 DM und AKS um 1,40 DM. Rathgeber verbesserten sich um 10 DM und Spinnerei Kolbermoor um 7 DM.

Berlin: Kempinski zogen um 9 DM an. DeTeWe wurden um 4 DM, herlitz St. und Orenstein um je 3 DM heraufgesetzt. DUB-Schultheiss konnten sich um 1 DM erholen. Berthold ermäßigten sich um 4,50 DM. Berliner Elektro und Schering verloren je 2 DM und Herlitz Vz. 1,50 DM.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex: 166,3 (165,5)
WELT-Umsatzindex: 2980 (3370)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Optionshandel

Frankfurt: 28. 01. 85

1108 Optionen = 58 200 (61 450) Aktien,
davon 172 Verkaufsoptionen = 9000 Aktien

Kaufoptionen: **AEG** 4-110 4, 4-120/1,5, 7-100 14,4, 7-110 7,8, 7-120/3, 10-100 15,5, 10-110 11, 10-120/6, **BASF** 4-159,65 22, 4-180/8, 4-190/3, 4-200 1, 7-169,65 17,85, 7-180 14, 7-190 7, 7-200 3,9, 10-200/6,4, 10-210 3,4, **Bayer** 4-190 6, 4-200 3,5, 4-210 1,5, 7-190/14, 7-200 8,45, 7-210 3,4, 10-190 20, 10-200 12,8, 10-220 5,5, **Bekula** 7-85/2,8, **BMW** 4-400 6,1, 7-410 10, 7-420 6,5, **Commerzbk.** 4-170 9,2, 4-180/2,9, 4-190 1, 7-170 12, 7-180 6,5, 7-190 4, **Conti** 4-120 6,3, 4-130 1,05, 7-120 8,65, 7-130 3,5, **Daimler** 4-620 24,9, **Dt. Babcock St.** 4-160 6, 7-160 12, 10-170 9,9, **Deutsche Bk.** 4-386,75 33, 4-370/33, 4-400/13, 4-410 8,4, 4-420 5, 7-430 8,5, 7-440 4,2, 10-410/22, 10-430 12, **Dresdner Bk.** 4-200 4,1, 7-210 4,45, 10-190/19, 10-200 13,9, 10-210/7, **GHH St.** 7-180/5, **Hoechst** 4-190/8, 4-190 4, 4-200 2, 7-180 18, 7-190 10, 7-200 4, 7-210 2, 10-200 7,4, **Hoesch** 4-100 7, 4-110 2,7, 4-120 1,2, 7-100 13, 7-110 6,25, 7-120 3, 10-120/4,9, **Karstadt** 4-240 4, **KHD** 7-200/13,4, **Klöckner** 4-65 12, 4-70 7,1, 4-75 5,8, 4-80 3, 4-85/1,6, 7-65 12,5, 7-70 11, 7-75 7,9, 7-80 4,6, 7-85 2, 10-80 6,8, 10-85/4,8, **Lufthansa St.** 7-190/11,5, 7-200/6, **MAN** 4-160 7, 4-170/3,6, **Mannesmann** 4-150 9,9, 4-160/3,9, 7-160 8,35, 7-170 3,7, 10-160 10,6, 10-170 6,6, **RWE St.** 4-160/9,4, 4-170/3, 7-170 6,4, **RWE Vz.** 4-170 1,9, 7-170 4,4, **Schering** 4-420/12, 4-460 25,8, 4-480 10, **Kali + Salz** 4-260 16, 4-270/9, 4-280/5, 7-280 10, 7-290 3,6, **Siemens** 4-510 11, 4-520/7, 4-530/4, 7-500 24, 7-510 19, 7-520 15,4, 7-530 9, 7-540/5,4, 10-510/24,8, 10-540 11, 10-550 6, **Thyssen** 4-80 12, 4-85 7,2, 4-90/4,80, 4-95 2,5, 7-80 15, 7-85 10,6, 7-90 7,5, 7-95 4,2, 7-100/2,9, 10-95 6,9, 10-100 5,8, **Varta** 4-180 5, **Veba** 10-190 4, **VW** 4-190 12,8, 4-200 7,9, 4-210 5, 4-220 1,5, 7-190 21, 7-200 13, 7-210 8, 7-230 3,9, 7-240 2,2, 10-210 14, 10-230 6, 10-240 4,8, **Alcan** 4-80 17, 4-85 12,5, 4-90 7,6, 7-85 13,1 10-85/14,9, 10-90 11,2, **Chrysler** 4-90 20,5, 4-95 16,2, 4-110 8,8, **elf** 4-75 5, **IBM** 4-400 29, 7-400 46, 7-410 38, **Litton** 4-210 17, **Norsk Hydro** 4-35 4,2 4-40 1,55, 7-35 8

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 28. 1. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅛– 8¼	5½–5⅞	5¼–5⅜
3 Monate	8¼– 8½	5¾–6	5¼–5½
6 Monate	8½– 8⅝	5⅞–6¼	5¼–5½
12 Monate	9⅛– 9⅜	6 –6¼	5¼–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 28. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1495,00	1886,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1205,00	1465,90
5 US-Dollar (Liberty)	495,00	678,30
1 £ Sovereign alt	217,00	270,18
1 £ Sovereign Elizabeth II.	214,00	266,76
20 belgische Franken	166,00	216,60
10 Rubel Tscherwonez	234,00	282,72
2 südafrikanische Rand	212,00	263,34
Krüger Rand, neu	960,00	1134,30
Maple Leaf	960,00	1134,30
Platin Noble Man	875,00	1037,40
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	231,00	290,70
20 schweiz. Franken „Vreneli"	176,00	224,58
20 franz. Franken „Napoléon"	176,00	226,86
100 österr. Kronen (Neuprägung)	884,00	1071,60
20 österr. Kronen (Neuprägung)	176,00	223,44
10 österr. Kronen (Neuprägung)	92,00	121,98
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	408,00	505,02
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	97,00	133,38

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

28. 1. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,1648	3,1728	3,1489	3,09	3,20
London¹)	3,518	3,532	3,465	3,46	3,61
Dublin¹)	3,104	3,116	3,044	3,02	3,17
Montreal³)	2,3875	2,3955	2,3707	2,34	2,44
Amsterd.	88,350	88,570	88,43	87,50	89,50
Zürich	118,890	119,090	119,02	117,50	120,25
Brüssel	4,991	5,011	4,941	4,89	5,09
Paris	32,625	32,785	32,315	31,75	33,50
Kopenh.	27,970	28,090	27,645	26,75	28,50
Oslo	34,470	34,590	33,965	33,50	35,25
Stockh.**)	34,910	35,070	34,345	34,25	36,00
Mailand²) **)	1,618	1,628	1,587	1,56	1,66
Wien	14,220	14,260	14,197	14,14	14,58
Madrid**)	1,802	1,812	1,775	1,74	1,86
Lissabon**)	1,818	1,838	1,722	1,43	2,25
Tokio	1,2450	1,2480	–	1,20	1,28
Helsinki	47,540	47,740	46,865	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,4160	2,4700	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5780	2,5970	–	2,52	2,62
Johannesbg.*)	1,4830	1,5020	–	1,26	1,51

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar.
⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Zur amtlichen Notiz lag der Dollar mit 3,1688 fast 1 Pf über Vortag. Ansonsten gestaltete sich das Geschäft am 28. 1. bei Abstinenz der Bundesbank recht schwierig, da keine klare Tendenz sich herausbildete. Das ausgezeichnete Ergebnis der deutschen Handels- und Leistungsbilanz für Dezember wurde kaum beachtet. Stärker beachtet wurde die Kursentwicklung des englischen Pfundes. Angesichts des OPEC-Treffens wurde die Basisschwäche dieser Währung sichtbar, und die Geschäftsbanken stemmten sich durch die Erhöhung ihrer Baserate von 12 auf 14 Prozent gegen weiter drohende Kursverluste. Die heute amtliche Notiz von 3,525 stellt einen absoluten Tiefstkurs dar. US-Dollar in: Frankfurt 3,1688; Amsterdam 3,5825; Brüssel 63,38375; Paris 9,6900; Mailand 1953,74; Wien 22,2470; Zürich 2,6631; Ir. Pfund/DM 3,111; Pfund/Dollar 1,1124; Pfund/DM 3,525.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 28. Januar: In D-Mark 2,22010 (Parität 2,24184); in Dollar 0,700679 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 28. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Pfund/Dollar- und Pfund/D-Mark-Deports nach der erneuten deutlichen Erhöhung der Baserate der Geschäftsbanken am 28. Januar auf 14 Prozent kräftig erhöht.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,69/0,59	2,01/1,91	4,05/3,85
Pfund/Dollar	0,51/0,48	1,47/1,42	2,50/2,40
Pfund/DM	3,00/1,60	7,40/6,00	12,80/11,40
FF/DM	21/04	47/31	86/70

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 28. 1.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,70–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 5,80–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 28. 1.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 28. 1.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,03) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,30, Rendite 6,94.

Renten etwas leichter

Über dem Rentenmarkt lastet nach wie vor die Ungewißheit über die künftige Zinspolitik der Deutschen Bundesbank. Hinzu kommt die Massierung im Angebot neuer Papiere, die mit Furcht vor einer Überforderung des Marktes auf die Kurse drückt. So wurden Bundesobligationen am Montag bis um 0,2 Prozentpunkte zurückgenommen. In der Spitze bis um fast einen halben Punkt schwächten sich öffentliche Anleihen ab. DM-Auslandsanleihen hatten kaum Geschäft. Ruhig und abwartend tendierten Pfandbriefe und Kommunalobligationen.

Bundesanleihen

		28. 1.	25. 1.
F 8½ Bund 73 I	3/85	100,25	100,25
7 dgl. 79	4/85	100,15	100,15
7½ dgl. 79 II	6/85	100,4	100,4
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,65G	100,65
8 dgl. 76 IV	10/85	101,3	101,3
5½ dgl. 78 II	3/86	99,25	99,05
5¼ dgl. 78	5/86	99,05G	99,05
7½ dgl. 78 I	12/86	101,55	101,55
6¾ dgl. 79	1/87	100,35G	100,35
7¼ dgl. 76 II	1/87	101,35	101,75G
6¾ dgl. 77	4/87	100,85	100,85
6½ dgl. 77	7/87	100	100,2
6 dgl. 77	10/87	99	99,15G
6 dgl. 78 I	1/88	98,9	98,9
6½ dgl. 78 I	9/88	99,5	99,75G
6½ dgl. 78 II	12/88	99,7	99,7
6¾ dgl. 79	1/89	100,85G	100,85
7½ dgl. 79 I	4/89	101,75	101,75
10 dgl. 81	4/89	110,5	110,50
7½ dgl. 79 I	6/89	102,1	102,28
8 dgl. 79 I	7/89	103,7	104
8 dgl. 79 II	8/89	103,55	103,8
7½ dgl. 79 II	9/89	101,7	102,2
7¾ dgl. 79 II	11/89	102,5	102,5
7¾ dgl. 80 I	1/90	102,8	102,8bG
10 dgl. 80	4/90	111,45	112,55
5¾ dgl. 78	5/90	95,80	95,80
8¾ dgl. 80 I	7/90	104,55	104,85
8¾ dgl. 80 II	11/90	105	105,05
7¾ dgl. 82	11/90	102,75	103,05
9 dgl. 81	2/91	107,75	107,75
10½ dgl. 81	7/91	114,7	114,7
10¾ dgl. 81	9/91	117,85	117,8
10 dgl. 81 II	12/91	114,35	114,4
9¾ dgl. 82 I	1/92	112,4	112,4
9¾ dgl. 82 II	3/92	112,5	112,5
6 dgl. 78 II	3/93	94,95G	94,95
9,5 dgl. 82	4/92	111,1	111,3
9 dgl. 82	5/92	108,5	108,55
8½ dgl. 82	5/92	106,6	106,6
9 dgl. 82	8/92	108,85	109
F 8 dgl. 79 I	7/89	103,65	103,85G
6 dgl. 78 I	2/90	96,2	96,2
8 dgl. 80 II	7/90	103,35	103,8
9 dgl. 81	3/91	108,2G	108,3
10½ dgl. 81	9/91	116G	116G
10¾ dgl. 81	11/1	115,05	115,15
8 dgl. 80 I	2/92	102,85	103,25
10 dgl. 82	2/92	114,25G	114,35
9½ dgl. 82	7/92	111,6	111,7
8 dgl. 82	11/92	103,6	103,7
7¾ dgl. 83	1/93	101,9	102
8¼ dgl. 83	10/93	105,35	105,25
8¼ dgl. 84	6/94	105,15	105,15
7¾ dgl. 84	10/94	99,65	99,5
7½ dgl. 85	1/95	99,5	100

Bundespost

		28. 1.	25. 1.
F 6½ Bdpost 68	5/88	100,4	100,46
8 dgl. 72 I	9/87	103G	103G
10 dgl. 81	3/89	110,55	110,55
10¾ dgl. 81	6/89	111,8	111,9
8 dgl. 80	3/90	103,4	103,5
7¾ dgl. 80	9/90	102,3	102,5
8¾ dgl. 80	12/90	107,1	107,4
10½ dgl. 81	10/91	116,45	116,6
9¾ dgl. 82	2/92	112,5	112,8G
8¾ dgl. 82	6/92	107,3	107,5
8½ dgl. 82	10/92	106,3	106,4
7¾ dgl. 83	2/93	101,8	102
8½ dgl. 83	9/93	106,65	106,65
8¾ dgl. 84	2/94	105,35	105,35
8 dgl. 84	9/94	103,75	104

Länder – Städte

		28. 1.	25. 1.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	99,7	99
8¼ dgl. 82	92	104,25G	104,5
M 7 Bayern 65	86	101G	101G
6½ dgl. 67	87	102,5bG	102,5bG
6 dgl. 68	85	99,6bG	100G
6 dgl. 78	88	97,60G	97,75bG
8¾ dgl. 80	90	106bG	106,25bG
8¾ dgl. 82	92	106,85bG	106,9bG

	28. 1.	25. 1.
M 7 dgl. Pf 20	100G	100G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	102,5bG	102,5bG
7 dgl. Pf 31	101G	101
6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G
6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G
8 dgl. Pf 51	100	100G
Ha5 Brit.am. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	94,75G	94,75G
7½ dgl. Pf 87	100G	100G
6 dgl. KS 29	85,75G	85,75G
7 dgl. KS 30	101,15G	101,15G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5G	119,5G
5 dgl. Pf 54	118G	118G

	28. 1.	25. 1.
D 5 RW Bodencr. Pf C	126G	127,5G
5½ dgl. K	107G	107G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
8 dgl. Pf 28	98G	98,5G
6½ dgl. Pf 67	91G	89G
5½ dgl. KO J+E	120,51G	122T
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 Rhhyp. Mannh. Pf 59	110G	110G
5½ dgl. Pf 108	78G	78G
7 dgl. Pf 125	101G	101G
7 dgl. Pf 128	96G	96G
8 dgl. Pf 177	102,5G	102,5G
6 dgl. KS 77	95G	95G

Industrieanleihen

	28. 1.	25. 1.
F 6 Badenwerk 78	97,85G	97,85
F 8 Chem. Hüls 71	100,8G	100,8bG
7¾ Cont. Gum. 71	100,9G	100,9
5¾ HEW 62	98,6G	98,6G
7½ dgl. 71	100,35G	100,35G
4½ Harpen 59	220bG	220bG
7½ Hoesch 71	100,5G	100,5
7½ Karstadt 71	100,7G	100,7G
7½ Kaufhof 71	101G	101G
7¾ dgl. 71	100,5G	100,55

Optionsanleihen

	28. 1.	25. 1.
7 RENFE 79	99,75bG	99,75G
10 RENFE 82	111,25bG	111,25G
8¼ RENFE 83	102,50bG	102,75G
8¼ Stockh. G. 75	100,85G	100,85G
7¾ Sumito F. 82	102,50bB	102G
7½ Sun Int. 73	99,80G	99,80G
7¼ Svenska C. 73	100,40	100
10¼ Svensk E. 81	108G	108,50
9½ Svensk Ex. 82	104,25bG	104,35G
5½ Tauernaut. 78	92,25G	92,75
9¾ Tauernaut. 82	112,50	112,75G
6½ Tokyo El. 79	100bG	100,05G
8 TVO-Kraftw. 78	97,75G	97,75G

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Bruchteilig fester schlossen am Freitag die Goldnotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Knapp behauptet ging Silber aus dem Markt. Kupfer gab in den ersten beiden Sichten geringfügig nach und in allen weiteren Kontrakten kam es zu sehr kleinen Besserungen. Überwiegend schwächer schloß Kaffee. Durchweg fester schloß Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	25. 1.	24. 1.
März	347,00	344,75
Mai	341,75	340,50
Juli	332,75	330,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	25. 1.	24. 1.
St. Lawrence 1 CW	248,34	248,84
Amber Durum	248,89	249,49

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	139,50	140,90
Mai	144,50	145,40
Juli	148,50	149,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	131,70	131,60
Mai	131,30	131,60
Juli	130,50	130,00

Hafer Chicago (c/bush)	25. 1.	24. 1.
März	170,50	172,50
Mai	169,75	171,75
Juli	168,50	169,50

Mais Chicago (c/bush)		
März	271,50	270,50
Mai	277,50	276,50
Juli	280,00	279,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	25. 1.	24. 1.
März	136,60	136,80
Mai	137,70	137,70
Juli	136,60	136,70

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	25. 1.	24. 1.
Terminkontr. März	151,40	150,90
Mai	146,40	146,50
Juli	143,75	143,60

Kakao New York ($/t)	25. 1.	24. 1.
Terminkontr. März	2205	2160
Mai	2230	2185
Juli	2220	2166
Umsatz	6465	2519

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	4,53	4,20
Mai	4,90	4,56
Juli	5,24	4,92
Sept.	5,47	5,16
Okt.	5,62	5,33
Umsatz	19 550	10 375

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	25. 1.	24. 1.
	3,55	3,61

Kaffee London (£/t) Robusta-	25. 1.	24. 1.
Kontrakt Jan.	2375–2380	2341–2345
März	2408–2410	2377–2380
Mai	2424–2425	2388–2390
Umsatz	2740	2832

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	2085–2087	2078–2079
Mai	2113–2115	2092–2093
Juli	2105–2108	2079–2080
Umsatz	–	3465

Zucker London ($/t), Nr. 6		
März	127,40–127,60	138,00–141,00
Mai	135,40–135,80	142,00–145,00
Aug.	144,00–144,60	153,00–156,00
Umsatz	6356	1939

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	25. 1.	24. 1.
schw. Sarawak spez.	465,00	465,00
weißer Sarawak	700,00	700,00
weißer Muntok	710,00	710,00

Orangensaft New York (c/lb)	25. 1.	24. 1.
März	179,00	181,25
Mai	180,05	181,70
Juni	181,50	182,50
Sept.	178,70	180,00
Nov.	177,20	178,75
Umsatz	1500	4000

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	25. 1.	24. 1.
Südstaaten fob Werk	39,00	38,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	29,75	29,50

Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	26,65	26,25
Mai	26,05	25,75
Juli	25,45	25,20
Aug.	24,80	24,70
Sept.	24,65	24,70
Okt.	24,10	24,10
Dez.	23,55	23,65

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	27,50	27,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	24,00	24,50
Choise white hog 4% fr. F.	19,00	19,00

Talg New York (c/lb)		
top white	20,00	20,00
fancy	19,75	19,75
bleachfäbig	18,00	18,00
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Febr.	51,60	51,85
April	48,70	48,80
Juni	53,65	53,75

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	71,20	71,60
März	72,00	71,90
Mai	72,95	73,55

Häute Chicago (c/lb)	25. 1.	24. 1.
Ochsen einh. schwere River Northern	44,00	45,00
Kühe einh. schwere River Northern	41,00	47,50

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	596,50	593,00
Mai	608,50	604,50
Juli	617,00	612,50
Aug.	618,00	614,00
Sept.	610,00	607,00
Nov.	611,00	608,50
Jan.	624,00	622,25

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	143,20	142,60
Mai	148,80	148,10
Juli	154,50	153,40
Aug.	156,50	155,50
Sept.	158,50	157,00
Okt.	161,00	149,00
Dez.	166,40	164,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	25. 1.	24. 1.
März	352,70	352,50
Mai	359,50	359,40
Juli	364,90	364,40

Kokosöl New York (c/lb)	25. 1.	24. 1.
Westküste fob Werk	41,00	41,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	28. 1.	25. 1.
jegl. Herk. cif	–	915,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	580,00	580,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	577,50	570,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	231,00	228,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	835,00	830,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	291,00	290,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	25. 1.	24. 1.
März	65,17	65,30
Mai	66,15	65,53
Juli	67,25	67,46
Okt.	67,45	67,45
Dez.	67,30	67,60
März	68,70	68,80

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS–1:	41,75	42,00

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	25. 1.	24. 1.
Jan.	518	518
März	514–519	516–518
Mai	527–528	527–528
Umsatz	75	40

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	25. 1.	24. 1.
März	unerhältl.	unerhältl.
Mai	unerhältl.	unerhältl.
Juli	unerhältl.	unerhältl.
Aug.	unerhältl.	unerhältl.
Umsatz	–	0
Tendenz: –		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	25. 1.	24. 1.
März	587,00–588,00	586,00–587,50
Mai	595,00–596,00	594,00–595,50
Juli	600,00–602,00	599,50–603,50
Umsatz	19	119

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	25. 1.	24. 1.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	25. 1.	24. 1.
Febr.	12 178	12 115
Febr.	12 245	12 191

Kautschuk London (p/kg)	25. 1.	24. 1.
Nr. 1 RSS loco	64,00–66,00	64,00–66,00
Febr.	70,00	59,00–64,00
März	62,00–67,00	59,50–64,50
April	63,00–68,00	60,50–65,50
Tendenz: sehr ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	25. 1.	24. 1.
Febr.	190,50–191,50	192,00–193,00
März	194,00–194,50	195,50–196,00
Nr. 2 RSS Febr.	181,50–182,50	182,50–183,50
Nr. 3 RSS Febr.	178,00–179,00	179,00–180,00
Nr. 4 RSS Febr.	171,00–172,00	172,00–173,00
Tendenz: sehr ruhig		

Jute London (£/lgt)	25. 1.	24. 1.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	28. 1.	25. 1.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	344,72–345,07	341,56–341,74
drittfolg. Monat	356,38–356,56	352,37–352,55
Blei: Basis London		
laufend. Monat	137,04–138,45	136,13–136,48
drittfolg. Monat	123,97–124,33	124,25–124,61
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1660,04–1660,75	1605,89–1606,59
drittfolg. Monat	1644,15–1645,21	1601,98–1602,34
Zink: Basis London		
laufend. Monat	262,07–262,78	259,32–259,67
drittfolg. Monat	261,37–261,72	257,90–258,08
Produz.-Preis	285,55	284,75
Reinzinn 99,9%	4101–4141	4109–4149

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	28. 1.	25. 1.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	446,79–448,56	448,27–450,04
Blei in Kabeln	145,25–146,25	144,00–145,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	28. 1.	25. 1.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	419–420	419–421
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	454–455	455
MS 63	452–457	453–458

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	25. 1.	24. 1.
(Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	28. 1.	25. 1.
Leg. 225	400–420	400–420
Leg. 226	402–422	402–422
Leg. 231	435–452	435–452
Leg. 233	445–462	445–462

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	28. 1.	25. 1.
Platin (DM je g)	30,108	30,108
Gold (DM je kg Feingold)		
Barren-Vkfpr.	30 850	30 850
Rücknahmepr.	30 100	30 100
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 570	31 010
Rücknahmepr.	30 280	30 240
verarbeitet	33 050	32 530
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	30 470	30 520
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	648,90	620,00
Rücknahmepr.	603,40	601,80
verarbeitet	621,60	647,20

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	28. 1.	25. 1.
10.30	296,60	299,25
15.00	297,75	298,85
Zürich mittags	298,00–298,50	299,20–299,70
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	93 350	93 150
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	534,20	530,90
3 Monate	552,20	545,75
6 Monate	569,69	560,70
12 Monate	602,65	590,75

Platin (£-Feinunze) London	25. 1.	24. 1.
fr. Markt	241,25	242,50
Palladium (£-Feinunze) London		
l. Händlerpr.	110,20	109,40

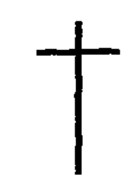
New Yorker Preise	25. 1.	24. 1.
Gold H & H Ankauf	298,95	300,85
Silber H & H Ankauf	567,00	605,50
Platin fr. Händlerpr.	270,25–274,00	269,00–272,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	122,50–124,50	121,00–122,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Jan.	599,30	606,45
Febr.	600,20	600,70
März	603,00	603,00
Mai	611,50	611,20
Juli	620,00	520,00
Sept.	629,80	630,60
Dez.	644,70	645,60
Umsatz	17 000	20 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	25. 1.	24. 1.
Jan.	60,60	60,65
März	61,00	61,10
Mai	51,35	61,30
Juli	61,55	51,60
Sept.	62,45	61,55
Dez.	62,30	62,25
Jan.	62,50	[illegible]
Umsatz	9000	[illegible]

Londoner Metallbörse

	28. 1.	25. 1.
Aluminium (£/t) Kasse	976,00–977,00	972,00–973,00
3 Monate	1009,5–1009,5	1001,0–1002,0
Blei (£/t) Kasse	388,00–392,00	387,00–385,00
3 Monate	351,00	352,50–353,00
Kupfer Higher grade (£/t)		
mittags Kasse	1244,5–1245,0	1244,0–1244,5
3 Monate	1254,0–1254,5	1251,0–1252,0
abends Kasse	–	1243,5–1244,5
3 Monate	–	1252,5–1253,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1233,0–1235,0	1230,0–1233,0
3 Monate	1244,0–1245,0	1242,0–1244,0
Zink (£/t) Kasse	742,00–744,00	739,00–740,00
3 Monate	740,00–741,00	735,50–736,00
Zinn (£/t) Kasse	9880–9890	9875–9820
3 Monate	9855–9865	9705–9715
Quecksilber ($/Fl.)	–	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	65–70



Konsul

Professor Hanns Bisegger

Ehrensenator der Universität Innsbruck
Träger des Großen Tiroler Adler-Ordens

* 13. 6. 1905 † 27. 1. 1985

Nach einem erfüllten Leben verstarb in Bielefeld, der Stadt, mit der er sich durch sein berufliches Wirken bis zu seinem Tode verbunden fühlte, der Gründer der JOBIS.

Wir verlieren in ihm eine große Unternehmerpersönlichkeit.

Es trauern um ihn:
Seine Freunde und Verwandten

Sekretariat: Uhlandstraße 33c, 4800 Bielefeld 1

Beginn der Trauerfeier am Donnerstag, dem 31. Januar 1985, um 14 Uhr in der neuen Kapelle des Bielefelder Sennefriedhofs.

Die Beisetzung im Familiengrab in Düsseldorf erfolgt im Kreise der nächsten Angehörigen.

Bestattungsunternehmen Schormann, Obernторwall 12b, 4800 Bielefeld 1

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 35 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Anatol im Karton

P. Jo. – Ein gewisses Erschrecken kann ich nicht leugnen. Als ich das Paket auspackte – es hatte das Format eines dicken Schallplattenkartons, war nur erheblich leichter – leuchtete mir plötzlich, mit breitem blauem Filzstift geschrieben, der Name „Anatol" entgegen. Aber das war es nicht, sondern das Autogramm, das mit flinkem Stift darübergeschrieben worden war, und die Zahlen 356/1000. Denn damit war, wie sonst bei den Künstlergraphiken üblich, der einfache Wellpappkarton zum Kunstwerk erhoben.

Der Anlaß ist die Ausstellung von Anatol (Herzfeld) im Hildesheimer Roemer-und-Pelizaeus-Museum, wo zu sehen ist, was der Beuys-Schüler, Beuys-Adlatus und nun Beuys-Abtrünnige in den letzten fünf Jahren – neben den allfälligen Aktionen – gemalt und gebastelt hat. 42 Bilder sind das, fünf Plastiken und siebzig Zeichnungen, die man in Hildesheim bis zum 17. März besichtigen darf.

Der Karton aber ist der Katalog. Er enthält, auf Packpapier gedruckt, das Verzeichnis der ausgestellten Werke samt Biographie und gedankenschwerem Wortbeiwerk, sowie dreißig Wellpappen mit der aufgeklebten Farbfotografie Anatolscher Werke. Das ist gewiß eine originelle Katalogidee, und mit einem Preis von 30 Mark durchaus wohlfeil. Da das Ganze sich aber als höchst sperrig für die – notorisch überfüllten – Bücherregale erweist, würde ich ihm normalerweise keine große Überlebensdauer einräumen.

Aber kann man die Pappen, die sich (ohne Kunstbeigabe) beim Verschicken von Fotos oder Schallplatten als vorzüglicher Schutzumschlag eignen würden, einfach so profanieren? Schließlich – die Numerierung samt der Signatur verkünden es mitleidlos – habe ich da offenbar ein Kunstwerk vor mir, das besonderen Respekt erfordert. Da haben das praktische Denken, die billige Frage des Gefallens zurückzutreten. Kunst muß man bewahren.

Vielleicht ist das die subtile Rache eines Künstlers, der dem Museumsbesucher einen Eindruck von den beständigen Qualen der Museumsleiter vermitteln will, die auch eine Menge Kunstwerke aufheben müssen, obwohl sie (und die Besucher) weder Gefallen daran noch den nötigen Raum dafür finden.

Was alle Stammtafeln verschweigen – Auf den Spuren der Gebrüder Grimm

Jakob G. in Haldensleben

Ein Schaukasten in der Unterführung des Hauptbahnhofs Magdeburg – wer würde hier die Brüder Grimm vermuten? Und doch, ich sehe richtig: Es ist das bekannte Doppelporträt, beide im Profil, vorn Jacob, dahinter Wilhelm, das Ganze stark stilisiert. Und was besagen sie? Sie rufen die hunderttausend, die hier Tag für Tag von und zu ihren Zügen eilen, nach Haldensleben.

Haldensleben ist eine Kleinstadt von 20 000 Einwohnern im Bezirk Magdeburg, Richtung Wolfsburg, keine 50 Kilometer von der deutsch-deutschen Grenze entfernt, der Lokalzug von Magdeburg braucht für die Strecke knapp eine Stunde. Wieso in diesem „DDR"-Nest die Brüder Grimm?

Kein Jacob Grimm, der hier spektakuläre Wortfunde gemacht, kein Wilhelm, der hier verschollene Märchen aufgezeichnet hätte, und auch Ludwig Emil, der Malerbruder, hat von Haldensleben nicht die beiläufigste Skizze hinterlassen. Und doch: Wenn Sie den blauen Galafrack sehen wollen, den sich Jacob für die Reise zum Wiener Kongreß hat schneidern lassen, seinen Spazierstock, seine Petroleumlampe, seine handschriftlichen Anmerkungen zu Luthers „Briefen, Sendschreiben und Bedenken" oder Wilhelms Ehrendoktordiplom der Universität Jena, müssen Sie nach Haldensleben/„DDR" reisen.

Was alle Stammtafeln verschweigen, alle Biographen unterschlagen (oder auch einfach nicht wissen): Die Grimms sind nicht ausgestorben! Noch heute lebt ein letzter Nachfahr – und keineswegs irgend etwas Entfernt-Verschwägert-Nebenliniges. Sondern Wilhelm Grimms Urenkel. Hier in Haldensleben stoße ich zum erstenmal auf seine Spur.

Man fragt sich dort nach dem Kreismuseum durch, klettert in den ersten Stock des ehemaligen Schulgebäudes, wandert durch dessen „Grimm-Stube" und sieht sich genau im richtigen Moment – gerade, als es einen zu interessieren beginnt, wie die ganze Sache denn ausgerechnet in diesen Ort geraten ist – dem Porträtfoto einer älteren Frau gegenüber, deren Gesichtsausdruck und Gesichtsschnitt einem seltsam vertraut vorkommen: Albertine Plock geb. Östreich, die Stifterin der Sammlung.

Diese Albertine Plock, erfährt man, sei Lehrerin in Haldensleben gewesen, 1963 habe sie als 82jährige ihren letzten Willen kundgetan: Ihre Grimm-Sammlung solle in den ständigen Besitz des Haldenslebener Kreismuseums übergehen. 1974 ist sie gestorben, 92jährig. „Enkelin Wilhelm Grimms" steht auf ihrem Grabstein. Irgendwo im Westen lebt noch eines ihrer Kinder, ein Sohn.

Rekapitulieren wir die Familiengeschichte der Brüder Grimm. Jacob war unverheiratet und kinderlos, Wilhelm, mit der Kasseler Apothekerstochter Dorothea Wild verheiratet, hatte dreifachen Nachwuchs: Herman, Rudolf und Auguste. Hermans Ehe mit Gisela von Arnim blieb kinderlos, Rudolf und Auguste blieben ledig. Als also im Jahr 1919 Auguste als letztes der drei Wilhelm-Grimm-Kinder starb, galt die direkte Linie als erloschen. Aber Rudolf, Wilhelm Grimms jüngerer Sohn, hat eine Tochter hinterlassen – Frucht einer illegitimen Beziehung: Albertine Östreich. Und sie, als nunmehr einzige Nachkommin, erbte 1919 den größten Teil des Grimm-Nachlasses.

Ein ganzer Eisenbahnwaggon voller Möbel, Bücher und Bilder rollt im Nachkriegsjahr 1919 von Berlin nach Haldensleben – manche der Kisten unterwegs aufgebrochen, ihr Inhalt durcheinandergebracht, vieles beschädigt, etliches geplündert. Die Lebensmittel sind knapp im Lande – überall sucht man nach Eßbarem.

Für die erste Zeit muß die Scheune eines benachbarten Bauern als Depot herhalten, später wird man ein eigenes Magazin errichten: einen Schuppen hinterm Haus. An die hundert Bilder sind auf die einzelnen Räume des bescheidenen Einfamilienhauses am Dammühlenweg aufzuteilen, der Rest wird aus den Rahmen genommen und wandert ins Depot.

Ich habe mich in der Haldenslebener Grimm-Gedenkstätte zum Besuch angesagt. Der pensionierte Eisenbahner, der am Wochenende als Kustos Aushilfsdienst versieht, läßt mich ein, Frau Bandoly, die Leiterin, kommt mir freundlich entgegen. Das Kaffeewasser ist schon aufgestellt, sogar das Rauchverbot wird für zwei Zigarettenlängen ausgesetzt. So herzhaft-gemütlich geht's heute wohl nur noch in der „DDR"-Provinz zu.

Das Brüder-Grimm-Zimmer nimmt innerhalb des Kreismuseums Haldensleben eine Sonderstellung ein – schon das Türschild deutet es an: „Geheizt – bitte schließen!" Daß unter den „bedeutenden Zeitgenossen der Brüder Grimm", die gleich beim Eingang den Besucher begrüßen, Marx und Engels alle anderen überragen, gehört hierzulande zur Routine, und daß eine Zeittafel ihre Lebensdaten mit dem Aufstand der schlesischen Weber, der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und dem Erscheinen des Kommunistischen Manifests in Beziehung setzt, finde ich eine durchaus nützliche Information.

Ich blättere im Besucherbuch des Museums und finde neben den Namen der vielen Schulklassen, Betriebsdelegationen und Jugendherbergsgäste auch so manche beziehungsvolle Eintragung. Das Redaktionskollegium des Deutschen Wörterbuchs war hier, eine Hanni Köhler-Viehmann, die sich als „alte Kasselänerin" und Verwandte der berühmten „Märchenfrau" zu erkennen gibt, und natürlich die Träger des Jacob-und-Wilhelm-Grimm-Preises, 1979 vom „Ministerrat der DDR" gestiftet. Der Ausflug vom Preisverleihungsort Berlin in das Grimm-Städtchen Haldensleben mit Museumsrundgang und Umtrunk beim Bürgermeister hat bereits Tradition. Es ist ein buntes Völkchen: ein Pole, der in seinem Rundfunksender den Deutschunterricht besorgt, ein Portugiese, der ein Lehrbuch für die deutsche Sprache geschrieben, ein Syrer, der Grimms Märchen ins Arabische übersetzt hat. Auch auf die Unterschrift eines liebvertrauten westdeutschen Grimm-Forschers stoße ich: Ludwig Denecke – er hat sogar ein eigens fürs Besucherbuch gedrechseltes Gedicht beigesteuert.

Stolz berichtet die Museumsleiterin, daß der Name Grimm inzwischen auch aufs übrige Haldensleben ausstrahlt: Der Buchladen am Marktplatz heißt seit einiger Zeit „Volksbuchhandlung Brüder Grimm", mag er auch, wie der Direktor des Volksbuchhandels für den Bezirk Magdeburg bedauernd zugibt, derzeit keinen einzigen Grimm-Titel im Sortiment haben. Und im Keller des führenden Magdeburger Restaurants hängen zeitgenössische Märchenillustrationen an der Wand. Das Städtische Puppentheater an der Warschauer Straße hat dort eine Neuinszenierung des „Froschkönigs" auf dem Programm, und die „Kinderteller" des Interhotel-Restaurants heißen „Dornröschen" und „Schneewittchen".

Wie „trivial" sie auch sein mögen: es gibt doch noch weit mehr Ost-West-Gemeinsamkeiten, als man oft zu denken wagt.

DIETMAR GRIESER

Eine erweiterte Fassung des Aufsatzes erscheint im März in dem Band „Mit den Brüdern Grimm durch Hessen" in der Hessen-Bibliothek des Insel-Verlags.



Das unheilstiftende Taschentuch wurde zum Lendentuch: Gigi Hyatt als Desdemona und Gamal Gouda als Othello in Neumeiers neuem Ballett
FOTO: HANNES KILIAN

John Neumeiers „Othello"-Ballett in Hamburg

Leiden und leiden lassen

Seit Jahren trug sich John Neumeier mit der Idee zu einem „Othello"-Ballett. Sogar eine Partitur dazu war schon bei Gerard Humel, dem Amerikaner zu Berlin, in Auftrag gegeben. Doch fiel die frühe Planung, so heißt es, dem Brand des Hamburger Theaterfundus zum Opfer. Man kannte an der Staatsoper über Nacht andere Sorgen als ein neues „Othello"-Ballett.

Nun hat es Neumeier doch noch choreographiert, nicht zu Humels Musik allerdings und nicht in der Staatsoper. Er zeigt seinen „Othello" in der nüchternen Halle der Kampnagelfabrik, dem Ort der Experimente, und suggeriert damit zwangsläufig, im neuen, offenen Rahmen neues, offeneres Tanztheater zu bieten als zuvor und einem neuen Publikum noch dazu.

Nichts davon trat ein. Im Grunde waren die drei die Tanzfläche abgewinkelt umstehenden Tribünen nichts als eine Kulisse, die kurze Zeit nur kaschierte, daß Neumeiers „Othello" waschechtes Staatsopernballett ist. Und auf den Tribünen saß, in Treue fest, Neumeiers Stammpublikum und zollte dem „Othello" den verdienten Willkommensapplaus.

Tatsächlich hat das Werk viele Meriten. Es schließt in eine vom Tonband strömende musikalische Collage aus altenglischen Canzonen und brasilianischer Rassel- und Trommelfolklore drei live gespielte Stücke ein, die aufhorchen lassen: Alfred Schnittkes 1. Concerto Grosso, das sich aus der Verarbeitung des musikalisch Banalen wie Münchhausen am eigenen Zopf immer wieder ins höchst Unbanale emporzieht. Mehr aber beinahe noch bestimmten die Kompositionen des in Berlin lebenden Esten Arvo Pärt den choreographischen Fluß, an Erik Satie erinnernde, äußerlich beinahe armselige Musiken, von allerdings stark meditativem Charakter. Heribert Beissel spielte mit den Hamburger Symphonikern und ihren Geigensolisten Schnittkes und Pärts Stücke so eindringlich, daß man zeitweilig geneigt war, ihnen verbotenerweise mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden als dem choreographierten Bühnengeschehen.

Dabei trägt der Haupttrumpf der Aufführung dennoch einen Tänzernamen: Gamal Gouda. Er, der junge muskulöse Ägypter, ist Othello; geschmeidig und energisch sein Tanz. Gouda kann leiden und leiden lassen. Ihn umgibt die Ferne, Hoheit und Fremdheit des Afrikaners. Er braucht nicht zu grimassieren dabei. Überdies hat ihm Neumeier ein paar sportlich bravouröse Tanzmomente spendiert, die Gouda auf seine kräftige Art kostet. Er wirkt dann im Krauskopf wie ein jüngerer Richard Cragun, eine explosive Naturkraft des Tanzes. Eine Naturkraft des Getänzels dagegen Max Midinet, der Schlangenmensch Jago. Wenn er seine brutalen Exerzitien mit seiner Frau Emilia, der herrlich verstörten, hörigen Anne Brossier, auf Othello überträgt, kommt es zu jenen Augenblicken choreographischer Deutung, in denen Psychologie ganz Tanz, Tanz ganz Psychologie geworden ist.

Aber auch, wie ruhig Neumeier sich die Liebe des Mädchens Desdemona zu dem Mohren entwickeln läßt (das unheilstiftende Taschentuch ist bei Neumeier, sexuell wirksamer, zum Lendentuch des Afrikaners geworden, mit dem auch er sich am Ende erdrosselt), hat einen träumerisch sanften Reiz. Gigi Hyatt ist Desdemona, kein Opferlamm, eine Kraft und ein Temperament, dabei eine Ballerina von feinem Lyrismus. Mit ihr und Gamal Gouda hat Neumeiers Truppe zwei hochattraktive Solisten, auf deren Ausdrucksvermögen sich ein reiches Repertoire bauen läßt.

Ein Tanzballett nach Shakespeare wie „Romeo und Julia" ist Neumeiers Othello nicht und wollte es gar nicht werden. Schade ist es trotzdem. Auch Neumeiers Großbegabung des choreographisch mächtigen Aufrisses von Tanzdramen tritt im „Othello" verhältnismäßig kurz. Er zeigt sich eher am psychologisch ausgeforschten und tänzerisch ausgefuchsten Detail interessiert als an jenem choreographisch-dramatischen Schwung, der ein Ballett eigentlich erst zum Ballett macht. Vielleicht muß ein Choreograph doch erst sein Herz über die Balletthürde werfen – und danach seinen Verstand.

KLAUS GEITEL

JOURNAL

Godards Marienfilm nicht untersagt

dpa, Paris

Der umstrittene Marienfilm des französischen Regisseurs Jean-Luc Godard, „Je vous salue Marie", Frankreichs offizieller Beitrag bei der diesjährigen Berlinale, darf öffentlich vorgeführt werden. Ein Pariser Gericht wies die Klage von zwei katholischen Vereinigungen zurück, die ein landesweites Verbot gefordert hatten, da nach ihrer auffassung der Film obszön, pornographisch, eine Gotteslästerung und eine Beleidigung der Katholiken sei. Die Vorführung des Films war in der vorigen Woche nach heftigen Zwischenfällen in Versailles untersagt worden.

Joseph Beuys in Paris ausgestellt

M. S. Paris

„Die Intelligenz, die benötigt wird, eine Blutwurst weltberühmt zu machen, ist die Intelligenz der Blutwurst." Mit diesen und anderen Sprüchen von Joseph Beuys kann sich nun auch das französische Publikum auseinandersetzen. Die Galerie Beaubourg in der Rue du Renard zeigt bis zum 19. Februar die Ausstellung „Is it about a bicycle?". 15 große rechteckige Holzflächen, schwarz bemalt, liegen auf dem Boden, kreuz und quer mit weißer und bunter Kreide bemalt und beschriftet. Ein altes Rennrad mit 10-Gang-Schaltung komplettiert das Ensemble. Beuys, der bisher erst eine kleine Ausstellung in Frankreich hatte, findet reges Interesse bei Presse und Publikum. Aus Anlaß der Ausstellung hat die Galerie Beaubourg auch das erste französischsprachige Buch über Beuys mit vier Interviews und einem Interpretationsessay herausgebracht.

Explosion beschädigt Ostslowakische Galerie

rst. Kaschau

Eine der größten slowakischen Galerien, die Ostslowakische Galerie in Kaschau, wurde durch eine Gasexplosion schwer beschädigt. Trotz des Einsatzes zahlreicher Feuerwehreinheiten und der Bereitschaftspolizei wurde ein erheblicher Teil der Bildersammlung und der Depots vernichtet.

Das grafische Werk von Georg Baselitz

epl. Trier

Druckgrafiken von Georg Baselitz zeigt das Städtische Museum Simeonstift Trier bis zum 28. Februar. Die rund 160 Blätter in verschiedenen Techniken illustrieren die Entwicklung des Malers Georg Kern, der sich nach seinem sächsischen Geburtsort Baselitz nennt, seit 1963. Die Ausstellung, die anschließend in London und Paris zu sehen ist, wird von einem ausführlichen und technisch vorzüglich bebilderten dreisprachigen Katalog begleitet. Er kostet 30 Mark, im Buchhandel (Prestel-Verlag) 48 Mark.

Schumann-Sammlung aus Amerika erworben

dpa, Düsseldorf

In zehn Kisten verpackt schlummerte jahrzehntelang die umfangreiche Sammlung zu Leben und Werk des Komponisten Robert Schumann und seiner Ehefrau Clara in einem Landhaus im US-Bundesstaat New York. Nun hat die Bundesrepublik zusammen mit dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Düsseldorf die mehrere hundert Stück umfassende Kollektion mit Noten, Büchern, Briefen und Manuskripten von einem Sammlerpaar gekauft und wieder auf deutschen Boden gebracht. Zum Kaufpreis, der zwar „erklecklich", aber nicht zu hoch gewesen sei, mochten sich die neuen Besitzer vor der Presse nicht äußern. Nicht nur von der Korrespondenz, sondern auch von drei Notenmanuskripten seien neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu erwarten, hieß es. Im Heine-Institut der Stadt Düsseldorf, wo Robert Schumann 1852 bis 1854 als städtischer Musikdirektor gearbeitet hatte, sollen die Dokumente nun der Forschung zur Verfügung stehen.

Jugendwettbewerb des Stadttheaters Münster

DW. Münster/W.

Die Städtischen Bühnen Münster richten einen Kinder- und Jugendtheaterwettbewerb aus. Zusammen mit dem Sekretariat für gemeinsame Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen und der Gesellschaft für Musik- und Theaterfreunde Münsters und des Münsterlandes schreiben die Städtischen Bühnen Münster diesen Wettbewerb nun schon zum achten Mal aus, der für Kinder und Jugendliche (im Alter bis zu 25 Jahren) aus Nordrhein-Westfalen und den angrenzenden Gebieten gedacht ist. Anmeldeschluß ist der 14. April 1985. Wettbewerbsbedingungen können angefordert werden bei der Dramaturgie der Städt. Bühnen, c/o Frank Naumann, Naubrükkenstr. 63, 4400 Münster/W.

Deutsche Erstaufführung: „Dante" von J. Szajna

Kostümierte Philosophie

Das Spiel beginnt schon vor dem Spiel: Im Foyer des Essener Opernhauses steht eine große, rot angestrichene Leiter, die in Augenhöhe ein stabiles Brett durchzieht, auf dessen Enden zwei Figuren aufgestellt sind: Charon, der Fährmann, und Cerberus, der Höllenhund.

Sind die beiden aus Fleisch und Blut oder nur Puppen aus einem hauseigenen Wachsfigurenkabinett? Irritation beherrscht die Gesichter der Besucher, sie umkreisen das Arrangement, das sich im Zuschauerraum auf einer hölzernen Treppe vom Parkett zum Rang hoch mit weiteren Figuren fortsetzt. Erst wenn man all diesen phantastisch bemalten und ausstaffierten Gestalten fast hautnah zu Leibe rückt, bemerkt man ein flaches Atmen, vollendete Beherrschung lebendiger Körper: gespielte Erstarrung über dreißig Minuten lang.

Das beeindruckt, läßt Spannung aufkommen, Erwartungen. Denn: Gegeben wird „Dante" von Jozef Szajna, dem weltbekannten polnischen Bühnenbildner, Regisseur und ehemaligen Leiter des Warschauer Studio-Theaters – einem international anerkannten Avantgardisten. Ihm geht es nicht um eine Dramatisierung der „Göttlichen Komödie", sondern um ein assoziatives Gestalten von Motiven daraus. Grundfragen der menschlichen Existenz als szenisches Fragment. Also keine wie auch immer geartete enge Fabel, sondern der Gang einer gleichnishaften Gestalt durch die grauenhafte Geschichte der Welt, auf der Suche nach einem letzten Sinn.

Es bot sich an, just jenen Dante in die Kulissen einer theatralischen Kosmogonie zu schicken: Gewaltiger geht es nicht mehr. Und in Essen ist es denn wohl auch gewaltig danebengegangen. Das lag nicht einmal so sehr am Regisseur des ernsten Spektakels – Jozef Szajna. Es lag zuerst und zuletzt an der Diskrepanz zwischen dem Thema und der Sprache, mit der es bewältigt werden sollte. Zu hören war vor allem das Pathos eines quasi-religiösen Mysterienspiels, dessen dramaturgischer Kulminationspunkt – die gemeinsame Sündenabwaschung von Schauspielern und Zuschauern, die so ins Spiel mit einbezogen werden sollten – schlicht ins Wasser der herumgereichten Schüsseln fiel: das ohnehin nicht sehr zahlreiche Publikum konnte dem Gefühlsangebot Szajnas nicht folgen. Die inflationär in den Saal gehauchte Formel: „Waschet die Hände!" wirkte zum Schluß nur noch peinlich.

Bis zu dieser Katharsis-Szenerie hatte man sich ohne Pause an Dantes Leidens- und Erkenntnisweg durch die Höllenkreise zu gewöhnen. Er geht ihn zusammen mit Pilgern vor allem aus dem Mythos des Neuen Testaments: Judas, Maria, Magdalena, Jakob und Johannes. Cerberus und Charon begleiten den Elendszug der wie blind Umhertappenden, weisen mit ritualisierter Körpersprache und kommentierenden Stereotypen den Höllenweg – Beatrice, das weiße Symbol der Liebe und des Todes, führt schließlich alle. Sie erreichen den Kreis der Toten, aus dem Schatten der Geschichte tritt das blutige Fallbeispiel Troja, das Drama um Tristan und Isolde; klerikale und politische Heuchler werden auf Prunkkarren über die Bühne geschoben, die Fallbeilgerüste assoziieren, sexbesessene Furien fallen über Dante her, der Kreis der sadomasochistischen Perversionen wird erreicht; zuvor erinnern Pappmaché-Leichen, auf Schubkarren gestapelt und von den Pilgern über die Rampe gefahren, an Auschwitz und damit an alle unschuldigen Opfer der Weltgeschichte.

Dante erreicht schließlich, seinen Tod in einem höheren Sinne überlebend, das Fegefeuer, wird von allen Sünden gereinigt und erwacht im Paradies – allein, denn Beatrice, die Liebe, entpuppt sich als: der Tod. Da bleibt nur noch die Harmonie des Universums, der stumme Himmelsfriede, die wesenlose Liebe des auf Erden vergeblich gesuchten Gottes, die alles, was sich bewegt, bewegt.

Szajnas Stück ist ein in Bilder gebrachter philosophischer Traktat über den Dualismus der Menschen- und Welt-Natur. Charon, der aschgraue Fährmann auf dem Fluß Styx, der ins Reich der Toten führt, hat denn auch gegen Ende einen schon einmal verkündeten, nun aber die Szene sozusagen pointierenden weisen Satz zur Hand, der – paradox in seiner Bedeutung – das Mysterium Leben erhellen soll: „Kein andrer Schmerz ist größer, als zu gedenken an des Glückes Zeiten im Elend."

Wie aber soll man Sprüche, selbst wenn sie Widersprüche sind, überzeugend Gestalt annehmen lassen? Die Verfremdungseffekte einer mittelprächtigen Geisterbahn, eine vordergründige Ikonographie reichen dafür jedenfalls nicht aus. „Kunst ist Risiko", hat Szajna einmal geschrieben. Sein Versuch, uns mit den Mitteln fast karnevalistischer Bilder ernsthaft zu ergreifen, bewies es: sie berührten uns kaum.

ULRICH SCHACHT

Kinohit aus Amerika: Der Film „Ghostbusters"

Tollkühne Kammerjäger

Seit Ivan Reitmans Film „Ghostbusters", Amerikas Kinohit des letzten Sommers, tragen die New Yorker Kammerjäger, die Tag für Tag Jagd auf die unvermeidlichen Kakerlaken machen, ihren Namen nicht mehr exklusiv. Denn es gibt jetzt auch Kammerjäger für Gespenster.

In diesem Job versuchen sich jedenfalls (im Film) drei junge Parapsychologen, die wegen höchst unwissenschaftlicher Arbeitsmethoden in Sachen Spuk ihren Job an der Columbia-Universität verloren haben. Kurz entschlossen gründeten sie daraufhin das erste privatwirtschaftliche „Geistervernichtungs-Unternehmen", das schon bald auch kräftig floriert.

Jede Menge paranormaler Phänomene werden nämlich aus New York gemeldet, was unsere drei Wissenschaftler selbst am allermeisten verwundert. Sollte es den Humbug, mit dem sie sich da in ihrer Disziplin so unernst befassen, tatsächlich geben? In der Public Library an der 42th Straße wechseln Bücher, von unsichtbarer Hand bewegt, die Regale. In einem Luxushotel treibt ein schleimiges grünes Ungeheuer makabre Scherze mit den Gästen. Und in einem Penthouse am Central Park West hat sich offenbar gleich eine ganze Horde von diversen Gespenstern eingenistet.

In dicken Kampfanzügen, bewaffnet mit schweren Geistervernichtungskanonen, die an Staubsauger erinnern, stürmen die Gespensterjäger heran und bannen den Spuk, wenngleich sie jedesmal den Schauplatz ihrer Heldentaten als Trümmerfeld zurücklassen. Damit liegen sie allerdings voll im Trend. Machwerke von der Art der „Ghostbusters" haben in letzter Zeit die Leinwand geradezu überschwemmt. Die „Ghostbusters" weichen nur in einem (erfreulich) von der bewährten Schablone ab: Die Helden verblassen hier nicht hinter der spektakulären technischen Kulisse. Sie verstehen es, sich gegen die Spezialeffekte zu behaupten, ja, sie manchmal sogar ad absurdum zu führen.

Drei junge amerikanische Komiker – Dan Aykroyd, Bill Murray und Harold Ramis – spielen die verrückten Wissenschaftler mit umwerfend trokkenem Humor und einer gehörigen Portion Charme. Ihre Auftritte geraten ihnen geradezu zu einer Parodie auf Glanz und Elend der Parapsychologie. Diese Grenzwissenschaft erscheint hier gewissermaßen als ein Spezialfall des amerikanischen Showbusiness, das ebenfalls kräftig verulkt wird. Im übrigen überrascht der Film auch mit hinreißenden Ausblicken auf das nächtliche New York und mit ungewöhnlichen Ansichten von Wolkenkratzern.

Gespensterjagd allein ist freilich nicht abendfüllend. Und wenn die drei Helden bei Weltuntergangsstimmung zum großen Countdown gegen die Geister ausholen, wenn der Gespensterboss plötzlich zu einem riesigen Marshmellow-Mann wird und wie ein Luftballon über der Fifth Avenue zappelt, wenn die Erde bebt und in sich zusammenstürzt, wenn Menschen sich in Höllenhunde verwandeln und wieder erlöst werden und wenn die Massen auf der Fifth Avenue den Geisterjägern zujubeln wie bei einer Parade, werden Kitsch und Klamauk zum Selbstzweck. Dann hat der Film seinen hübschen Ansatz durch allzuviel Efffekthascherei verspielt.

DORIS BLUM



Großer Countdown gegen die Gespenster: Szene aus Ivan Reitmans Film „Ghostbusters"
FOTO: DIE WELT

Oper Zürich: Verdis „Rigoletto" als Sängerfest

Liegt Mantua am Nil?

Zwei Sänger interessierten den Opernmenschen an der Neuinszenierung von Verdis „Rigoletto" an der Zürcher Oper: Mariella Devia als Gilda und Francisco Araiza als Herzog. Araiza hat damit seinen seit langem angepeilten Fachwechsel vom lyrischen Mozart-Tenor zum jugendlichen Helden der italienischen Oper vollzogen. Er wirft sich mit Feuereifer in Verdis Stretta-Gesänge. Er prunkt mit einem hohen Cis am Schluß des Duetts mit Gilda. Furchtlos geht er die halsbrecherische Cabaletta nach dem „Ella mi fu rapita" an. In dieser Partie einmal einen so draufgängerischen Tenor zu hören, macht einen Riesenspaß. Denn Araiza gelingt an diesem Abend auch alles, was er wagt.

Dabei stolziert er durchaus nicht bloß auf hohen Tönen herum. Er singt diesen Herzog mit einer so geschmeidigen Schönheit, daß man durchaus versteht, wieso er auch in Verkleidung jedes Frauenherz erweicht. Araizas Tenor, früher manchmal etwas nasal, entwickelt im neuen Fach jenes betörende Timbre, von dem die alte Singe-Oper lebt.

Diesen Edelklang besitzt zwar Mariella Devia, die Gilda, nicht. Aber der Stimme eignet üppiges Volumen und dabei doch noch die Beweglichkeit eines jungen Koloratursoprans. Die Intonation ist auf den Punkt genau. Die Devia singt mit einer technischen Perfektion und einer Sicherheit des musikalischen Geschmacks, die beide gleich selten geworden sind auf der Opernbühne.

Wie selten, das konnte man in Zürich mitstudieren angesichts der Besetzung der übrigen Hauptrollen mit Bruno Pola (Rigoletto), Hans Franzen (Sparafucile), Anne Gjevang (Maddalena) und Werner Gröschel (Monterone). Auch Nello Santi trug wenig dazu bei, Verdi zu pflegen. Dirigierend verbreitete er Chaos um sich.

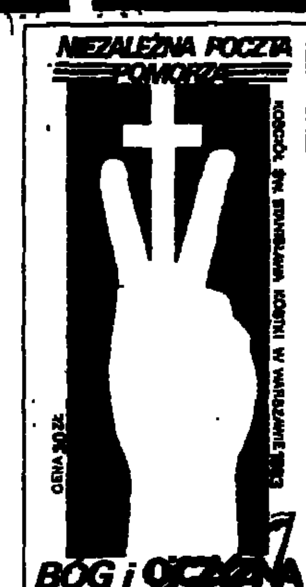
Zwei frühere Ponnelle-Eleven hatten das Stück auf die Bühne gebracht: Grischa Asagaroff (Regie) und Jorge Villareal (Bühnenbild). Zu allererst hätten sie sich einmal gegen die geschmacklich entgleisten Kostüme Jan Skalickys mit ihrer billigen Imitation von Renaissance-Dekadenz wehren sollen. Aber auch Villareals kolossale Bauten mit ihren verunglückten Proportionen erinnern mehr an ägyptische Totenstädte als ans italienische Mantua.

Asagaroff treibt darin jene Art von Regie, die dem Zuschauer ständig versichern will, der Spielleiter habe das Stück ganz genau begriffen. So erfindet er dauernd Erklärungen und Fingerzeige hinzu wie in der Klippschule. Aber das gehört wohl doch eher in die Abschlußklasse als auf die Bühne.

REINHARD BEUTH



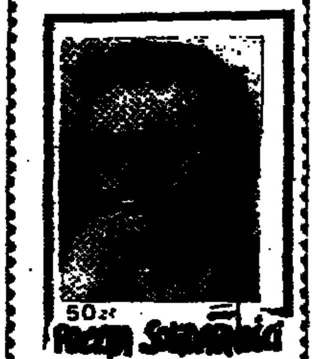




Wichtige Daten aus der jüngeren polnischen Geschichte zeigt der Block der „Untergrund-Post" (links oben). Kreuz und Siegeszeichen sind grafische Elemente der Marken der „Unabhängigen Post in Pommern" (links und rechts unten). Äußerst selten sind Briefe mit dem Stempel der „Solidarität" aus dem Internierungslager Glogow (rechts). Die beiden Ausgaben der „Poczta Solidarności" (rechts unten) sind der Gründung der Gewerkschaft im August 1980 und der Verleihung des Friedensnobelpreises an Lech Walesa gewidmet. Das Foto (links) aus dem Jahre 1980 zeigt den ermordeten Priester Jerzy Popieluszko in der Uniform der polnischen Armee. Es soll eine der nächsten Ausgaben der Untergrund-Post schmücken.

FOTOS: DIE WELT





Die kleinen Stiche der „Solidarität"

j. g./R. Z. Bonn

Von Zeit zu Zeit tauchen sie sogar im regulären Postverkehr innerhalb Polens auf – zur Irritation des Sicherheitsdienstes SB und zur Schadenfreude der Empfänger. Natürlich handelt es sich bei diesen Vignetten nicht um Wertzeichen im eigentlichen „postalischen" Sinn, auch wenn sie wichtige Attribute wie Wertstufen und Gummierung aufweisen. Die kleinen Kunstwerke mit dem Aufdruck „Poczta Solidarności" und „Poczta Podziemna" sind nichts anderes als Briefmarken des Untergrundes, Propaganda der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität".

Diese Vignetten gehören heute zu den begehrtesten Sammlerstücken. Auslandspolen sind bereit, für Stükke, die im Mutterland unter der Hand gehandelt werden, mehrere hundert Mark auszugeben. Und in Polen selbst sind sogar einfache Leute bereit, für Serien einen nicht unbedeutenden Teil ihres Monatslohnes hinzulegen. Mit diesem Geld werden die Untergrundpost und andere konspirative Aktivitäten der „Solidarität" finanziert.

Die Motive dieser Briefmarken und Ganzsachen (Briefe und Karten mit aufgedruckten Marken und Emblemen) tragen in hohem Maße zur kulturellen und geistigen Auseinandersetzung in Polen bei. Das patriotische und religiöse Moment ist unverkennbar. Besonders deutlich wird dies bei einer Serie mit historischen Gedenktagen der jüngeren polnischen Geschichte wie der Hinrichtung polnischer Offiziere durch die Sowjets im Wald bei Katyn 1940, dem Einsatz der Heimatarmee im Zweiten Weltkrieg und den Arbeiteraufständen in Polen seit 1956.

Weitere Ausgaben, von fähigen Grafikern im Untergrund gestaltet, sind Papst Johannes Paul II. und polnischen Nobelpreisträgern gewidmet, darunter Marie Curie-Sklodowska, Henryk Sienkiewicz („Quo vadis"), Czeslaw Milosz (1980) und Lech Walesa (1983). Eine Briefmarke im Nennwert von 30 Zloty und der Aufschrift „Unabhängige Post in Pommern" zeigt eine Faust, die einen Sowjetstern zerschmettert.

Häufiges Motiv ist auch das Kreuz und die zum Siegeszeichen gestreckten Finger. In Vorbereitung befindet sich eine Serie patriotischer Priester mit dem im KZ Auschwitz hingerichteten Pater Kolbe und dem vom polnischen Sicherheitsdienst ermordeten Priester Jerzy Popieluszko.

Mit der Ausrufung des Kriegsrechtes am 13. Dezember 1981 trat in Polen neben anderen Unterdrükkungsmaßnahmen auch die Zensur von Briefen, Paketen und Telegrammen in Kraft. In der wohl beispiellosen Sammlung des Würzburger Briefmarken-Forschers Gerhard Binder sind sämtliche Arten von Zensurstempeln („KWMO", „Urzad Cenzury", „Ocenzurowano", „Wolne od Cenzury" auf Dienstpost) dokumentiert. Daraus geht auch hervor, daß Post bereits Tage vor Ausrufung des Kriegsrechtes zurückgehalten wurde.

Die „Solidarität" rückte die Briefzensur auf ihre Weise an den Rand des Lächerlichen: Ihre Stempel und Zusatzstempel wie „Die Postzensur behindert die ordentliche Zustellung" oder „Unerlaubte Postzensur" irritierten die Polizei. Sogar aus den Internierungslagern wurden Briefe mit dem „Solidarność"-Aufdruck verschickt.

Auch bei umlaufendem Geld setzt die „Solidarität" ihre Nadelstiche gegen das Regime an. So wurde auf der Fünf-Zloty-Münze die winzige Punzierung J.M.N. angebracht, was soviel bedeuten soll wie „Jaruzelski, Mörder des Volkes", und auf dem Zwei-Zloty-Stück steht – nur unter der Lupe zu sehen – ein W mit einem K, Chiffre für „König Walesa".

Discovery: „Mit Erfolg ihr Ziel erreicht"

AFP, Cape Canaveral

Die amerikanische Raumfähre „Discovery" kehrte am Sonntag um 22.23 Uhr Mitteleuropäischer Zeit (MEZ) nach Cape Canaveral (US-Bundesstaat Florida) zurück, von wo aus sie am Donnerstag zu einer geheimen Militärmission ins All gestartet war. Die amerikanische Weltraumbehörde bestätigte lediglich, daß die mitgeführte Rakete „mit Erfolg ihr Ziel erreicht" habe. Dies läßt darauf schließen, daß der Aufklärungssatellit „Sigint" sich jetzt vermutlich in 36 000 Kilometern Höhe südlich des sowjetischen Territoriums befindet, um Funk-, Telefon- und Satellitenverbindungen in der Sowjetunion „abzuhören". Der 15. Flug eines bemannten Space Shuttle wurde von der Nasa und ihrem Auftraggeber, dem Washingtoner Verteidigungsministerium mit einer strikten Informationssperre umgeben. So wurden die genauen Start- und Landezeiten der Raumfähre jeweils erst kurz zuvor bekanntgeben. Gespräche zwischen der Besatzung und dem Kontrollzentrum wurden verschlüsselt geführt, um ein Abhören zu erschweren.

Eingeschränkt schuldfähig

F. D. Berlin

Im Prozeß gegen den früheren Box-Europameister Bubi Scholz ist gestern in Berlin der psychiatrische Sachverständige Gerhard Zeller zu der Auffassung gekommen, der wegen des tödlichen Schusses auf seine Frau Helga Angeklagte sei auch dann nur eingeschränkt schuldfähig, wenn er mit voller Absicht gehandelt habe. Scholz vertrat weiterhin die Version eines Unfalls unter starkem Alkoholeinfluß. Das Urteil wird am kommenden Freitag gesprochen.

Busunglück in Japan

SAD, Tokio

Bei einem Busunglück sind gestern in der japanischen Provinz Nagano, 160 Kilometer nordwestlich von Tokio 25 Menschen ums Leben gekommen. Ein mit 46 Studenten besetzter Bus kam auf einer vereisten Straße ins Rutschen und fiel in ein neun Meter tiefes Wasserreservoir.

Urteil im „Folterprozeß"

dpa, Düsseldorf

Im sogenannten Sexfolter-Prozeß verurteilte die Siebte Große Strafkammer des Landgerichts Düsseldorf gestern den ehemaligen Kabelfabrikanten und Millionär Dieter Engelbrecht (46) zu zehn Jahren Haft. Seine mitangeklagte 18 Jahre jüngere Ehefrau erhielt sechs Jahre Freiheitsstrafe. Das Ehepaar hatte nach Überzeugung des Gerichts die damals 17jährige Silvia aus Duisburg mehr als 15 Monate lang in einem fensterlosen, engen Kellerverlies seiner Villa gefangengehalten und sie sexuell mißbraucht. Die Angeklagten haben sich darum der Freiheitsberaubung, der gefährlichen Körperverletzung, der Vergewaltigung und sexuellen Nötigung schuldig gemacht.

Für karitative Zwecke

DW. Bonn

Die von der Bundespost erhobenen Einzahlungsgebühren bei der Aktion „Ein Tag für Afrika" am 23. Januar sollen an die beteiligten karitativen Verbände gezahlt werden. Das teilte der Bundespostminister mit.

ZU GUTER LETZT

Mit sechs langstieligen Rosen bedankte sich am Montag in Bonn ein mit vielen Vorstrafen belasteter ehemaliger Stadtstreicher dafür, daß ihm der Richter und die hübsche junge Staatsanwältin diesmal seine Unschuldbeteuerungen geglaubt hatten. Den Blumen lag eine Karte bei: „Ich habe meinen Glauben an Recht und Gerechtigkeit wiedergefunden. Ob die Rosen oder die Staatsanwältin schöner sind, bleibt für mich ein Geheimnis."

LEUTE HEUTE

Meisterschüler

Damit sich die deutsche Besatzung in der Mitte Oktober startenden Spacelab-Raumfähre Columbia mit *Amateurfunkern unterhalten kann,* muß sie das Funk-Einmaleins beherrschen. In der Amateurfunkerprüfung *bewiesen die beiden Wissenschafts*astronauten **Ernst Messerschmidt** und **Reinhard Furrer** gestern in der *Oberpostdirektion (OPD) Münster,* daß sie alles können, was verlangt wird. OPD-Präsident **Hans Wilhelm Busch** *überreichte den beiden „Meisterschülern"* nach bestandener Prüfung ihre Funklizenzen.

Vater und Sohn

Zu einem „politischen Bruch" in *der Familie hat es* **Robert Jospin**, Vater des Generalsekretärs der Sozialistischen Partei Frankreichs, **Lionel Jospin**, *kommen lassen: Der 85jährige* trat der Partei **Giscard d'Estaings** bei, der UDF. Der Sohn, *der häufig bei Staatspräsident* **François Mitterrand** zu Gast ist, hat sich zu dem „Fehltritt" seines Vaters bis*her nicht geäußert.*

WETTER: Mild

Wetterlage: *Die* Weströmung über dem Atlantik setzt sich bis Mitteleuropa durch, wobei mitgeführte Tiefausläufer das Wetter wechselhaft gestalten.

28. Januar 1985, nachm. Deutscher Wetterdienst

Stationen 12 bedeckt, West Stärke 5, 12°C, bedeckt, usw. Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb–750mm)

Vorhersage für Dienstag:

Anfangs im östlichen Bayern und im Raum Berlin noch etwas Regen oder *Schneeregen, sonst aufgelockerte* Bewölkung, zum Teil auch aufheiternd und weitgehend niederschlagsfrei. Nachmittags im Westen Bewölkungsaufzug und nachfolgend Regen, in der Nacht ostwärts fortschreitend. Tagestemperaturen im Osten um 4 Grad, im Westen um 7 Grad. Nachts nur geringe Abkühlung.

Weitere Aussichten:

Leicht unbeständig. Weiterhin mild.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	-1°	Kairo	21°
Bonn	0°	Kopenh.	-6°
Dresden	-3°	Las Palmas	18°
Essen	0°	London	6°
Frankfurt	-1°	Madrid	5°
Hamburg	-4°	Mailand	-4°
List/Sylt	-5°	Mallorca	15°
München	-5°	Moskau	-4°
Stuttgart	-1°	Nizza	9°
Algier	16°	Oslo	-10°
Amsterdam	0°	Paris	4°
Athen	15°	Prag	-2°
Barcelona	14°	Rom	8°
Brüssel	2°	Stockholm	-7°
Budapest	2°	Tel Aviv	22°
Bukarest	1°	Tunis	13°
Helsinki	-15°	Wien	-1°
Istanbul	13°	Zürich	-1°

Sonnenaufgang* **am Mittwoch:** 8.03 Uhr, Untergang: 17.08 Uhr; **Mondaufgang:** 11.32 Uhr, Untergang: 2.27 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ein ehrenwerter Beruf ist ins Gerede gekommen

Anwälten in Hannover unsaubere Praktiken vorgeworfen

E. REVERMANN, Hannover

Ein Berufsstand ist ins schiefe Licht gerückt. Gegen 27 Rechtsanwälte, so Wirtschaftsdezernent Dr. Peter Fischer, werde standesrechtlich ermittelt. Sie sollen zu den 300 bis 400 Leuten gehören, die in Hannover jährlich als „Dauertäter" eine Gesetzeslücke ausnutzen und durch erfolgreiche Einsprüche gegen Buß- und Verwarnungsgelder bei Falschparken die öffentlichen Kassen unbotmäßig zur Ader lassen. Die bisher noch nicht bewiesenen Vorwürfe gehen gar so weit, daß insbesondere Rechtsanwälte dem Verdacht ausgesetzt sind, sie hätten Geschäfte damit gemacht.

45 000 Mark allein 1984, hochgerechnet über Jahre eine halbe Million hat allein Hannover nach erfolgreichen Einsprüchen an Anwaltsgebühren und sonstigen Kosten aus öffentlichen Mitteln zahlen müssen. Eine offensichtliche Gesetzeslücke im Verkehrsordnungswidrigkeitsgesetz macht dies seit 1969 möglich.

Parkt ein Kraftfahrer mit einem Fahrzeug, das auf eine Firma oder auf mehrere Personen zugelassen ist, falsch und erhält dafür ein sogenanntes „Knöllchen", dann hat ein Einspruch nach Erkenntnissen von Niedersachsens Justizminister Walter Remmers (CDU) „zu 90 Prozent" Erfolg. Mit der Behauptung des Fahrers, nicht er selbst sei gefahren, sondern „ich-weiß-nicht-mehr-wer" der Kollegen, kommen Verkehrssünder durch. Die dann zwingend notwendige Einstellung des Verfahrens hat für die Kommune zur Folge, daß nicht nur die jeweiligen Anwaltsgebühren zwischen 35 und 70 Mark von der Stadt zu zahlen sind, sondern auch eventuelle Nebenkosten.

Just diese Praxis wird, wie inzwischen auch die zuständige Staatsanwaltschaft Celle bestätigt hat, jenen Anwälten aus Hannover vorgeworfen. Ihre Namen waren in einer Häufigkeit aufgetaucht, die standesrechtliche Ermittlungen zur Folge haben. Dabei wird auch untersucht, ob die Anwälte bewußt Falschparken provoziert haben, um so Gebühren einstecken zu können. Die Beweisführung allerdings dürfte sehr schwer sein. Zum Beispiel hat Ende vergangener Woche ein hoher Regierungsbeamter erklärt, ihm selbst sei von einer Rechtsanwältin ein „halbe-halbe-Geschäft" angeboten worden, dies sei nicht ungewöhnlich.

Für den Präsidenten der für den OLG-Bezirg Celle zuständigen Anwaltskammer, Hans Joachim Brand (Hannover), ist die Angelegenheit mehr als peinlich. Wenn Fehlverhalten erkennbar sei, so Brand am gestrigen Montag, müsse die Kammer hart durchgreifen. Der Münchner Star-Anwalt Rolf Bossi beklagt „nach Jahren des Wohlstandes und der Übersättigung schnödes Profitdenken" nun auch im ehrenwerten Anwaltsstand. „Auch wenn nur 20 auffällig werden, dann ist das ein Alarmzeichen." Hannovers Prominenten-Verteidiger Fritz Willig: „Wer sowas tut, darf kein Anwalt sein." Bedauern auch bei Dr. Klaus Himmelreich, Verkehrsanwalt in Köln. Wenn „mit falschen Karten gespielt wird", werde ein ganzer Berufsstand in Mißkredit gebracht. Er weiß in Köln von Fällen, in denen Rechtsanwälte ihre Ehefrauen ins trickreiche Falschparker-Spiel eingeschaltet haben. „Es ist ein Unding, daß dann der Staat zahlen muß."

Der Verkehrsrichtertag hat in der Vorwoche darauf gedrängt, für solche Fälle die Halter-Haftung einzuführen: Wenn der tatsächliche Falschparker nicht beweiskräftig ermittelt werden kann, soll der amtlich eingetragene Halter die Kosten tragen.

Die „richtige" Hand ist noch lange nicht die rechte Hand

So manchen stellt der Alltag vor immer neue Probleme

DIETER SALZMANN, Hamburg

In der Bundesrepublik Deutschland leben rund sechs Millionen Linkshänder, das sind etwa zehn Prozent der Bevölkerung. Täglich müssen sie erfahren, was es heißt, in einer Welt zu leben, die auf den Gebrauch der rechten Hand ausgerichet ist. Dosenöffner, Lineale und Scheren, alles Dinge, die für die Benutzung mit einer Hand konstruiert sind, können sie nur schwer benutzen. Nahezu alle Arbeitsplätze, bei denen es auf den Gebrauch einer Hand ankommt, beispielsweise Drehbänke, sind für Rechtshänder eingerichtet.

Zwar haben die meisten Linkshänder gelernt, in einer „rechtsorientierten" Welt auch ihre schwächere Hand zu benutzen. Aber nur zu oft sind sie Menschen mit den sprichwörtlichen beiden linken Händen. Die rechte kann nicht richtig benutzt werden, und die Funktion der linken verkümmert mangels Übung.

Heute lassen Pädagogen Kindern die Wahl, mit welcher Hand sie arbeiten möchten. Aber es ist noch gar nicht so lange her, da wurden Schüler bestraft, wenn sie mit der linken Hand schrieben.

Linkshänder zu sein war immer schon mit einem Makel behaftet. Im Mittelalter galt der Verlust der rechten Hand als ehrenrührig. Der Verstümmelte war nicht mehr in der Lage einen Eid abzulegen, weil ihm die Schwurhand fehlte. Nach islamischem Recht steht auf manche Vergehen das Abhacken der rechten Hand. Der Verurteilte ist damit aus der Gesellschaft ausgestoßen, weil die linke Hand als unrein gilt. In der deutschen Sprache ist „rechts" verwandt mit „Recht" und „richtig". Links steht für „link" und „linkisch".

Immerhin können Linkshänder sich auf berühmte „Verwandte" berufen. Michelangelo malte die Sixtinische Kapelle mit der linken Hand. Goethe schrieb seine Werke (wenn er sie nicht diktierte) mit der Linken. Friedrich der Große, Charlie Chaplin und Tennis-Profi Jimmy Connors gehören ebenfalls zu der Riege der Linkshänder. Es besteht kein Grund, diese Hand zu verstecken, denn nach der Statistik sind unter den Linkshändern prozentual mehr künstlerisch Begabte zu finden.

Wissenschaftlich ist das Phänomen der Linkshänder noch nicht gelöst. Die Seitigkeit, der alle Menschen unterworfen sind, hängt mit der stärkeren Ausprägung einer Gehirnhälfte zusammen. Jede Gehirnhälfte steuert die gegenüberliegende Körperseite. Das trifft bei 85 Prozent aller Menschen zu. Warum aber nun bei manchen Menschen die linke und bei den anderen die rechte Gehirnhälfte stärker ist, ist noch nicht erforscht.

Ein anderer Ansatz geht von der These aus, die Seitigkeit habe einen sozialen Ursprung. Mütter hätten in grauer Vorzeit ihre Kinder so getragen, daß die Babys ihre Herztöne hören konnten. Dazu hielten sie die Kinder mit der linken Hand fest, mit der freien rechten Hand konnten die Frauen Arbeiten verrichten, was diese Hand stärker trainierte. Im Laufe der Jahrtausende sei das ins Erbgut übergegangen, meinen die Forscher.

Neuerdings gibt es in München, Hannover und Hamburg Läden, die ein Sortiment für Linkshänder führen. Zeichenbretter, Korkenzieher, Pfeffermühlen und vor allem Scheren werden dort angeboten, ebenso Golfschläger und Bleistiftanspitzer. Der Verkauf läuft gut, für viele Kunden ist es ein Erlebnis, ein Gerät – vielleicht zum ersten Mal in ihrem Leben – „richtig" zu benutzen.